

Preußische Allgemeine



Nr. 32 · 7. August 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Aufgeschreckt

Eine Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern – und die denkwürdigen Reaktionen in Politik und Medien

Seiten 1 und 24



Ostpolitik Vor 50 Jahren unterzeichnete Brandt den Moskauer Vertrag **Seite 10**



Die Verschwiegene Schauspielerin Iris Berben wird 70 Jahre alt **Seite 9**

POLITIK

Eine unerwartete Herausforderung für Regierung und Opposition

Inmitten des Sommerlochs schreckt eine Großdemonstration das politische Berlin auf. Und hinterlässt Fragen zur Zukunft der politischen Landschaft

VON RENÉ NEHRING

Über die Großdemonstration am vergangenen Sonnabend in der Berliner Innenstadt ist in den vergangenen Tagen viel gesagt und geschrieben worden. In der Berichterstattung der Medien ging es vor allem um die Höhe der Teilnehmerzahl, die Mehrheit der Politiker warf den Demonstranten verantwortungsloses Verhalten vor (siehe dazu auch Seite 24). Was die Kommentare bislang ausblendeten, war die Frage, welche Bürger dort eigentlich zu Zehntausenden – so viele waren es in jedem Fall – auf die Straße gingen, und was diese umtreibt.

Eine neue Bürgerbewegung

Angemeldet hatte die Demonstration die „Initiative Querdenken 711“, die zuvor bereits in anderen Städten Proteste gegen die Anti-Corona-Maßnahmen organisiert hatte. Über die Initiative und ihre Organisatoren ist bis dato wenig bekannt. Gründer Michael Ballweg ist ein IT-Unternehmer aus Schwaben, die Webseite „querdenken-711.de“ nennt als wichtigste Ziele der Bewegung die Einhaltung der „ersten 20 Artikel unserer Verfassung“ und fordert zudem „alle Parteien auf, ihr Parteiprogramm auf die neue Lage anzupassen und den Bürgern darzustellen, wie und unter welchen Lebensumständen in der

Sonderlage Pandemie zu rechnen ist“ sowie „Neuwahlen im Oktober 2020“.

Wer sich die in den Zeitungen, Fernsehnachrichten und Internetseiten gezeigten Fotos und Videosequenzen anschaut, sieht dort Bürger aus der Mitte der Gesellschaft: fröhliche Menschen in sommerlicher Kleidung, keine Springerstiefel und Bomberjacken, keine schwarz gekleideten Autonomen. Dafür sind – zwischen zwei schwarz-weiß-roten Flaggen des Kaiserreichs – jede Menge Regenbogenfarben zu sehen sowie auch die Fahnen anderer Länder. Zudem gibt es kein einziges (!) Bild – und übrigens auch keinen Medienbericht – von Ausschreitungen irgendwelcher Demonstrationsteilnehmer: keine Steinwürfe und Tritte gegen die Polizei, keine Molotow-Cocktails, keine eingeschlagenen Fensterscheiben, wie sie bei anderen Anlässen gang und gäbe sind. Nicht zuletzt gab es auch keine einzige Meldung über etwaige volksverhetzende Äußerungen oder sonstige politische Straftaten. Alles zusammen erinnerte der Berliner Demonstrationzug eher an die Loveparade der 90er Jahre als an einen politischen Protest im gereizten Klima des Corona-Sommers 2020.

Um so erstaunlicher die schroff-ablehnenden Aussagen so mancher Politiker. Natürlich ist es das gute Recht – wenn nicht sogar die Pflicht – der Regierenden, die von ihnen verhängten Maßnahmen

gegen die Ausbreitung des Coronavirus zu verteidigen. Und im Vergleich zu anderen Ländern ist Deutschland deutlich besser durch die Krise der letzten Monate gekommen, was all den Befürwortern der Eingriffe gute Argumente gibt. Andererseits ist es in einer Demokratie das gute Recht eines jeden Bürgers, das Handeln der Regierenden zu hinterfragen und im Zweifel dagegen zu demonstrieren. Dieses ureigenste demokratische Grundrecht

Spannend ist die Frage, ob eine Partei den Protest politisch kanalisieren wird

darf auch durch den Gesundheitsschutz nicht aufgehoben werden. Bezeichnenderweise haben in den bisherigen Verwaltungsgerichtsverfahren die Demonstranten durchweg recht bekommen.

Spannend ist die Frage, ob eine Partei den vieltausendfachen Protest gegen die Corona-Maßnahmen aufgreifen und politisch kanalisieren wird. Die regierende Union und die SPD dürften dafür ausfallen, waren sie es doch, die in Bund und

Ländern die von den Demonstranten abgelehnten Maßnahmen im Wesentlichen beschlossen haben.

Doch was ist mit der Opposition? Die Grünen, sonst um keine Attacke auf die Regierung verlegen, zeigten sich im Verlauf der vergangenen Monate äußerst wortkarg. Zu sehr entsprechen die zeitweiligen Eingriffe zum Gesundheitsschutz ihren eigenen langfristigen Vorstellungen vom „Schutz des Klimas“. Die FDP? Lässt schon seit Jahren klassisch liberale Themen wie die Wahrung der Eigentumsrechte oder die Meinungsfreiheit im Zeitalter der sozialen Medien liegen. Die AfD ist seit Monaten mehr oder weniger mit sich selbst beschäftigt. Und die Linke? Die hat Bernd Rixinger ...

Gesprächsbedarf

Stellen sollten sich die Verantwortlichen in allen Lagern den Demonstranten in jedem Fall. Eine Bewegung, die ohne Unterstützung der Medien und der Parteien an einem extrem heißen Hochsommertag zehntausende Menschen auf die Straße bringt, sollte grundsätzlich niemand unterschätzen. In Frankreich haben die „Gelbwesten“ vor rund zwei Jahren gezeigt, wohin sich Unmut entwickeln kann, der von der Politik nicht aufgegriffen wird. Die Demonstranten von Berlin waren allesamt friedlich. Das darf als Zeichen gewertet werden, dass sie es gut meinen.

IN DIESER AUSGABE

Gesellschaft

Geschlechtsumwandlungen wie am Fließband schon bei Kindern und Jugendlichen **Seite 2**

Politik

Ist das Bildungswesen auf das neue Schuljahr vorbereitet? **Seite 4**

Wirtschaft

Wer wusste wann etwas von den Ungereimtheiten bei Wirecard? **Seite 7**

Ostpreußen

Tag des Bernstein vor dem Wrangelturn, dem Zentrum des „Goldes der Ostsee“ **Seite 13**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite paz.de



4 191814 302902 32
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Transgender In England werden immer mehr Kinder zu Transsexuellen erklärt und früh mit Hormonen behandelt. Dagegen regt sich nun Widerstand

Geschlechtsumwandlung wie am Fließband

Der Kulturkampf um die umstrittenen Methoden des Gender Identity Development Service

VON CLAUDIA HANSEN

Das Schicksal von Keira Bell, einer jungen dunkelhäutigen Frau, hat viele Briten bewegt, und es wirft unangenehme Fragen zum Thema Transsexualität auf. Als Teenager fühlte sich Keira Bell unwohl mit ihrem biologischen Geschlecht. Sie war erst 15 Jahre alt, als ihr im staatlichen Krankenhaus Tavistock Centre in Nord-London eine medizinische Behandlung angeboten wurde. Nach „ungefähr drei Sitzungen“, so erinnert sich Bell, wurde schon eine Hormontherapie begonnen, die mit sogenannten Pubertätsblockern die Ausbildung der weiblichen äußeren Geschlechtsmerkmale stoppte.

Keira Bell wurde zu einem Mann umgeformt, erst mit Hormonen, später sogar operativ. Heute hat sie eine tiefe Stimme, Bartstoppeln sowie männliche Geschlechtsteile. Und sie ist kreuzunglücklich damit. Denn Keira Bell fühlt sich nicht (mehr) als Mann, sondern als Frau. Die heute 23-Jährige lässt sich derzeit zurückoperieren. Sie hat eine Klage eingereicht beim Hohen Gericht in London gegen das Tavistock Krankenhaus und den dortigen Gender Identity Development Service (GIDS), den auf Transsexuellenbehandlungen bei Kindern und Jugendlichen spezialisierten Dienst des staatlichen Gesundheitsdienstes NHS.

„Man hätte mir sagen sollen, ich soll warten“, sagt Bell heute, eine intensive Psychotherapie wäre besser gewesen. Sie sei als 15-Jährige viel zu schnell in Richtung der „Geschlechts-Transition“ geschoben worden. „Ich bin ärgerlich über die ganze Situation, wie sich die Dinge herausstellten für mich nach dem medizinischen Pfad, auf den ich gesetzt wurde“, sagte sie jüngst dem Fernsehsender Sky News. Sie versuche nun, das System zu ändern, um es für Kinder und Minderjährige besser zu machen. Auch eine ehemalige Tavistock-Krankenschwester klagt vor dem High Court und will erreichen, dass bei Kindern unter 18 keine Hormontherapien mehr durchgeführt werden.

Dramatisch ansteigende Fallzahlen

Seit einiger Zeit wird in Großbritannien scharf darüber diskutiert, ob die Gender-Lobbyverbände und das staatliche Tavistock Centre nicht weit über das Ziel hinausgeschossen sind bei ihrer Behandlung von Kindern und jungen Leuten mit „Gender-Identitätsstörungen“ (Gender Dysphoria). Es fällt auf, wie steil die Fallzahlen in die Höhe gestiegen sind. Innerhalb eines Jahrzehnts sind sie beim Tavistock Centre um fast 3000 Prozent gestiegen. Im Jahre 2009 wurden nur 97 Kinder im Alter zwischen drei und 18 Jahren an die Klinik überwiesen. Im Geschäftsjahr 2018/19 waren es schon 2590 Fälle aus ganz Großbritannien, davon mehr als zwei Drittel Mädchen und knapp ein Drittel Jungen, die zum jeweils anderen Geschlecht „transitionieren“ sollten. Es sind Geschlechtsumwandlungen oder Geschlechtsanpassungen, wie die Befürworter sagen, fast schon wie am Fließband.

Kritiker sagen, dass die „Transition“, die Umwandlung, viel zu schnell und leichtfertig beschlossen werde und dass psychisch labile, in ihrer Geschlechtsidentität unsichere Kinder und Jugendliche regelrecht in diese Richtung ermuntert und gedrängt würden. Bei einigen der „Gender Dysphoria“-Patienten spielt Autismus eine Rolle. Manche Kritiker sehen auch einen regelrechten Zeitgeisttrend und Gruppen-



Umstrittene Praxis: Seit Jahren steigt die Zahl der Menschen, die sich einer Geschlechtsumwandlung unterziehen, dramatisch an. Darunter auch viele Jugendliche, die schon bald nach ihrer OP in ihr ursprüngliches Geschlecht zurück wollen *Foto: Mauritius*

druck, besonders unter unsicheren Mädchen. Feministische Kritikerinnen verweisen auf das seltsame Missverhältnis der Zahlen von Mädchen und Jungen; fast drei Viertel der Fälle von angeblichen Transsexuellen sind inzwischen Mädchen. Bei den Mädchen gab es seit 2009 mehr als 5000 Prozent Anstieg der Fallzahlen. Manche Kritiker argwöhnen, dass lesbische Mädchen heutzutage dazu verleitet würden, zu glauben, sie seien im falschen Körper gefangen und hätten in Wahrheit eine männliche Gender-Identität. Ein paar Feministinnen sind inzwischen zu Trans-Kritikerinnen geworden.

Auch innerhalb des Tavistock gibt es Kritiker und Abweichler. Der NHS-Trägerverein gab eine Untersuchung in Auftrag. Die BBC zitierte aus der Befragung des Personals teils sehr kritische Stimmen. Eine hohe Fluktuation beim Krankenhauspersonal zeugt von den internen Problemen. Etwa 40 Klinikärzte und Krankenhausmitarbeiter hätten das Zentrum innerhalb von drei Jahren verlassen, hieß es. Eine Quelle wurde anonym zitiert mit den Worten: „Lasst uns beten, dass ich mich irre, aber

Psychoanalyse und Geschlechtsumwandlung

Die Tavistock Klinik ist ein Zentrum für psychoanalytische Therapie des britischen National Health Service (NHS). Sie wurde 1920 von dem Psychiater Hugh Crichton-Miller gegründet und entwickelte sich schnell zu einem Kompetenzzentrum für die traumatischen Effekte der Kriegsneurose. 1966 entstand die Gender Identity Clinic (Geschlechtsidentitäts-Klinik), die sich mit allen Fragen rund um das Geschlecht befasst. Stark in der Kritik steht der Gender Identity Development Service (GIDS), der Kinder und Jugendliche in der Entwicklung ihrer Geschlechtsidentität betreut und dabei – so die Vorwürfe – viel zu früh mit der Geschlechtsumwandlung beginnt.

wenn ich mich nicht irre, dann sind viele verletzliche Kinder hier sehr schlecht behandelt worden und werden mit potenziell lebenslangen Schäden hier herausgehen.“ Schon im Sommer 2019 hatte die frühere Tavistock-Ärztin Kirsty Entwistle in einem offenen Brief geschrieben, dass sie in der Klinik junge Leute aufgrund eines oft dubiosen Befundes lebenslangen medizinischen Veränderungen unterzögen.

Druck auf Mitarbeiter

Aus dem Bericht ging hervor, dass skeptische Mitarbeiter dazu gedrängt wurden, den Mund zu halten. Marcus Evans, einer der Vorstände der für Tavistock zuständigen NHS-Stiftung, trat aus Protest nach dem Bericht zurück. Trotz aller Kritik lässt der staatliche Gesundheitsdienst NHS England das Tavistock-System aber kaum verändert weiterlaufen. Grundsätzliche Gegner werden regelmäßig als „transphob“ gebrandmarkt.

Ihnen steht eine mächtige Lobby der LGBT-Bewegung (Lesbian, Gay, Bi- und Transsexual) gegenüber. Die Befürworter der Praxis der „Gender-Transition“ verweisen auf einen Bericht der einschlägigen LGBT-Lobbyorganisation Stonewall, für den 3398 Transgender-Patienten des GIDS in den Jahren 2016 und 2017 befragt wurden. Weniger als ein Prozent sollen im Nachhinein Bedauern über ihre Entscheidung geäußert oder sie sogar rückgängig gemacht haben. Allerdings gibt es inzwischen doch Hinweise darauf, dass die Zahlen steigen. In einem Bericht von Sky News im vergangenen Jahr erzählte Charlie Evans von „Hundertern“ Geschlechtsumgewandelten, die dies bedauerten. Evans, 28 Jahre alt, wurde als Mädchen geboren, ließ sich als knapp Volljährige zum Mann umwandeln und machte dann die „De-Transition“ zurück zur Frau.

Um das Thema „Transsexuelle“ tobt inzwischen ein Kulturkampf, der in Großbritannien und Amerika mit besonderer Schärfe ausgetragen wird. Eine breite Front von „Progressiven“ macht Druck für medizinische Gender-Therapien schon bei Kindern. Sie werden in England unterstützt von Lobbyorganisationen wie dem 1995 gegründeten Verein „Mermaids“

(Meerjungfrauen), der auf (tatsächlich oder vermeintlich) transsexuelle Kinder und Jugendliche abzielt. Die Organisation hat gute Kontakte in die Politik, vor allem zur politischen Linken, und auch in die Unternehmenswelt. Mermaids erhielt – trotz Protesten – von der Nationalen Lotterie eine halbe Million Pfund, der Kaffeehauskonzern Starbucks unterstützt sie mit LGBT-Kampagnen und finanziell mit sechsstelligen Summen, etwa durch den Verkauf von speziellen Mermaids-Keksen.

Aus der Wissenschaft gibt es inzwischen ernstzunehmende Warnungen vor den sogenannten „Pubertätsblockern“, mit denen die Tavistock-Ärzte Kinder mit „Gender-Dysphorie“, also gestörter Geschlechtsidentität, behandeln. Der Oxford-Professor Michael Biggs kam in einer Untersuchung zum Ergebnis, dass die Pubertätsblocker die „Gender-Dysphorie“ verstärken und zu einem signifikanten Anstieg von Selbstmordgedanken bei den behandelten Patienten führen. Der ebenfalls in Oxford forschende Mediziner Carl Heneghan nannte Pubertätsblocker für Kinder und Jugendliche ein „unreguliertes Experiment“, dessen Langzeitfolgen nicht bekannt seien.

Dominanz der „Progressiven“

Die „progressive“ Seite im Gender-Kulturkampf, die dieses Experiment befürwortet, scheint indes übermächtig zu sein. Konservative Kritiker sind stark in die Defensive geraten. Gegen kritische Feministinnen wie die Schriftstellerin J.K. Rowling erhob sich ein Sturm der Entrüstung und Beschimpfungen, nachdem die Harry-Potter-Erfinderin es mehrfach gewagt hat, sich kritisch zur Gender-Transition von Kindern und zu „Transfrauen“ zu äußern. Rowlings Twitter-Wortmeldungen zogen einen Tsunami an Transphobie-Vorwürfen und Beleidigungen nach sich. „Transfrauen“ sind biologische Männer, meist noch mit männlichen Geschlechtsorganen, die sich als Frauen identifizieren und bezeichnen. Rowling hat die Sorge geäußert, dass gemeinsame Umkleieräume und Duschen für „Transfrauen“ und Frauen Letztere gefährden könnten.

Für viele Linke und Progressive ist die Unterstützung von „Transfrauen“ und „Transmännern“ zu einem geradezu obsessiven Kampfenfeld geworden, die britische Labour-Partei hat sich im letzten Wahlkampf stark damit beschäftigt. Auch Bürgerrechtsbewegungen wie Amnesty International widmen sich zunehmend dem Kampf für die sogenannten Trans-Rechte, während Präsident Donald Trump „Transgender“ aus dem US-Militär fernhalten will.

Konservative Gegenstimmen hört man in Europa eher selten. Zu ihnen zählen etwa der britische Journalist und Schriftsteller Douglas Murray, Autor des Buchs „Der Wahnsinn der Massen“, oder der Satiriker Andrew Doyle (Schöpfer der super-progressiven Kunstfigur „Titania McGrath“). Am Frauentag Mitte Juli forderte die Tory-Abgeordnete Jackie Doyle-Price in einer Parlamentsrede, man müsse sich der „gefährlichen“ Ideologie der Trans-Lobby entgegenstellen, die schon Mädchen im Alter von nur zehn Jahren mit Hormon-Blockern behandeln wolle.

Kampf um die Schulen

Der Kulturkampf um die Transsexuellen wird zunehmend in den Schulen geführt. Einige englische Schulbehörden schreiben inzwischen gemeinsame Umkleiden für „Transfrauen“ (also biologische Männer) und biologische Mädchen vor. Dagegen klagte eine 13-jährige Schülerin aus der Grafschaft Oxfordshire dieses Jahres vor dem High Court. Ihre Klage hatte faktisch Erfolg, denn der Kreistag hat die Transgender-Vorschriften wieder abgeschafft. Doch an vielen anderen Schulen sind LGBT-Unterstützungspläne Pflichtprogramm.

Allgemein bekommt die LGBT- und auch die Transgender-Bewegung in den britischen Medien große Unterstützung, vor allem links der Mitte, aber nicht nur. Der staatliche britische Rundfunk BBC gab jüngst all seinen 20.000 Mitarbeitern den Rat, in E-Mails ihre Pronomen („er/ihm“, „sie/ihr“ oder „nicht-binär“) dazuzuschreiben, damit Trans-Kollegen, die dies tun, sich nicht diskriminiert fühlen, berichtete die „Times“. Laut einer internen Umfrage soll es allein bei der BBC rund 400 transsexuelle und „nicht-binäre“ Mitarbeiter geben. Nicht-Binäre identifizieren sich weder als Mann noch als Frau. Laut umstrittenen vagen Schätzungen soll es im ganzen Land mehrere hunderttausend transsexuelle oder nicht-binäre Menschen geben. Es könnte jedoch auch sein, dass diese Zahlen stark aufgeblasen sind.

Der nächste Streit droht, wenn die Regierung von Boris Johnson in Kürze die Überarbeitung des Gender Recognition Act von 2004 vorstellt. LGBT-Gruppen haben schon Massenpetitionen gestartet und Demonstrationen in London, Manchester, Bristol und Leeds abgehalten. In der linken Presse wie dem „Guardian“ und in Szenepublikationen wie „PinkNews“ erscheinen schrille Artikel. Sie fordern, dass die Regierung bei der Selbstdeklaration der Gender-Identität keinerlei Einschränkungen vornimmt, auch nicht für Kinder und Jugendliche. Minderjährige sollen also auch gegen den Willen ihrer Eltern „transitionieren“ dürfen. Hinter den Kulissen wird offenbar um die Gesetzesnovelle gerungen, für die die Frauen- und Gleichheitsministerin Liz Truss zuständig ist. Johnson hat nun abermals eine Verschiebung auf den Sommer verkündet.

Der ungeliebte Staat

Wie die Bundesrepublik Deutschland noch immer mit Preußen und seinem reichen historischen Erbe ringt

VON EBERHARD STRAUB

Die Bundesrepublik ist der erste deutsche Staat, der sich Deutschland nennt. Das Heilige Römische Reich, der Deutsche Bund, der Staat Bismarcks, die Weimarer Republik, das „Dritte Reich“ und auch die DDR – sie alle führten das Wort „deutsch“ in ihrem offiziellen Namen, vermieden es jedoch, sich Deutschland zu nennen.

Für das Deutschland-Bild der alten Bundesrepublik prägend wirkte sich die sogenannte Hallstein-Doktrin aus, die – in Abgrenzung zur kommunistischen DDR – den Anspruch erhob, dass die Bundesrepublik die einzige legitime Vertretung des deutschen Volkes sei. Als mit dem Beginn der Neuen Ostpolitik der Regierung Brandt die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze und die Existenz der DDR faktisch anerkannt wurden, entwickelte sich aus dem Alleinvertretungsanspruch allmählich die Haltung, dass der westdeutsche Staat Deutschland allein sei. Was jenseits von dessen Grenzen lag, gehörte nun nicht mehr dazu.

Lossagung von Preußen

Diese Haltung traf unzählige Kernländer der deutschen Geschichte: neben Österreich – das nach 1945 seinen eigenen Weg ging – auch Thüringen mit Weimar und der Wartburg, Sachsen mit Dresden und Leipzig sowie Mecklenburg mit seinen Herrenhäusern und alten Hansestädten. Besonders gründlich verscharrten die West- und Süddeutschen das alte Preußen, jene klassische europäische Großmacht, die bereits die Alliierten 1947 für aufgelöst erklärt hatten. Obwohl nicht unerhebliche Regionen der Bundesrepublik vormals im Guten wie im Schlechten mit der preußischen Geschichte zu tun hatten und zum Teil sogar preußische Provinzen gewesen waren, wollten die Schleswiger und Holsteiner, die Hannoveraner, Westfalen und Rheinländer nicht mehr daran erinnert werden, je mit ihm vereint gewesen zu sein. Die Welt der alten Bundesrepublik hörte an der Elbe auf; jenseits davon lag nur noch das „rote Preußen“ – was durchaus als doppelte Abgrenzung sowohl zur Vergangenheit als auch zur Nachkriegsgegenwart gemeint war.

Die Verdammung Preußens aus dem offiziellen Gedächtnis der Westdeutschen erschien den meisten unter ihnen wie eine Erleichterung. Sie genossen die materiellen Vorzüge ihres wirtschaftlich zweifelsohne erfolgreichen Staates und strömten im Sommer nach Mallorca, Jütland oder Rimini. Darüber verloren sie freilich jede Beziehung nicht nur zu den Landsleuten zwischen Rügen und dem Thüringer Wald, sondern auch zu den noch weiter östlich beheimateten Nachbarvölkern – und mithin jede Vorstellung von der tausendjährigen Geschichte der Deutschen inmitten Europas sowie zugleich eine historisch vertiefte Idee des ganzen Europas.

Doch die Geschichte wollte es anders. Der Fall der Mauer und die anschließende staatliche Einheit holten die Westdeutschen in die Geschichte zurück. Nach hitzigen Debatten mussten sich selbst die hartnäckigsten Verteidiger der Nachkriegsverhältnisse darin fügen, dass Berlin 1991 zum Regierungssitz der „erweiterten Bundesrepublik“ bestimmt wurde. Seitdem ringen die Repräsentanten des Staates nicht nur mit ihrer Hauptstadt. Dabei waren beide deutsche Staaten – Bundesrepublik und DDR – als Bruchstücke aus dem 1871 unter dem preußischen Ministerpräsidenten Otto v. Bismarck konstituierten Nationalstaat hervorgegangen. Ohne Preußen hätte es also auch die Bundesrepublik nicht gegeben.

Dennoch hörte – nicht zuletzt aufgrund eines erschreckenden Unwissens über die Geschichte und deren vielfache Verästelungen, die keine pauschalen Urteile zulassen –



Zeitlose Pracht: Das Gemälde „Unter den Linden mit Denkmal Friedrichs II.“ von Eduard Gaertner (1852/53)

Foto: AKG

die plumpe Verdammung des alten Preußen auch nach dem Regierungsumzug keineswegs auf. Bis heute geben ablehnende Sinnstifter keine Ruhe, die Hauptstadt und die Republik im Ganzen von ihrem preußischen Erbe zu erlösen. Das führt unvermeidlich dazu, dass nichts in Berlin selbstverständlich ist. Es ist eine verkrampfte, unfrohe Hauptstadt geworden, weil sie eingepasst wurde in eine Republik der Freudlosigkeit, die sich gern welfoffen gibt und doch aus der gedanklichen Enge der alten Bundesrepublik kaum herausgekommen ist – und der nichts so fremd ist wie unbefangene Neugier auf das unübersichtliche Leben in seiner Vielfalt gestern, heute und morgen.

Ein Reich der Absurditäten

So ist Berlin ein eigenes kleines Reich grenzenloser Absurditäten geworden. Ein Beispiel dafür war und ist die unendliche Debatte über das Stadtschloss der preußischen Könige. Hatte Walter Ulbricht diesen schönsten römischen Palast jenseits der Alpen am 7. September 1950 sprengen lassen, so sträubten sich westdeutsche Politiker, Geschichtspolitiker und Sinnstifter noch viele Jahre nach der deutschen Einheit energisch gegen die aus der so oft beschworenen „bürgerlichen Mitte“ kommenden Forderungen, das königliche Schloss wieder aufzubauen. Selbst als der Wunsch einer Wiederherstellung zumindest der äußeren Fassaden nicht mehr abzuwenden war und die Verfechter einer modernen Bebauung des Areals ihr Scheitern eingestehen mussten, durfte das Gebäude unter keinen Umständen ein Schloss mehr sein und auch keine festlichen Räume zur staatlichen Repräsentation enthalten. So entstand die verkrampfte Idee eines Humboldt-Forums, das Weltgewandtheit symbolisieren sollte und dennoch schnell unter die Räder absurder Debatten wie diejenigen um den Umgang mit dem Kolonialismus und seinen Hinterlassenschaften geriet. Wenige Monate vor der Eröffnung weiß die Öffentlichkeit noch immer nicht, was dort ausgestellt werden soll.

Andere Staaten und Nationen, die ebenfalls schon lange Republiken sind, haben weit

weniger Probleme damit, in höfischer Pracht zu repräsentieren. In Bayern werden die Schlösser – wie jüngst auf Herrenchiemsee beim Empfang der Bundeskanzlerin durch Ministerpräsident Söder – selbstverständlich für Repräsentationen des Freistaats genutzt. In Wien befindet sich das Bundeskanzleramt der Republik Österreich in der Geheimen Hofkanzlei des Habsburgerreiches, schräg gegenüber von der Hofburg, in der der Bundespräsident residiert. Im Pariser Élysée-Palast sitzt und empfängt der Staatspräsident der Französischen Republik. In Warschau residiert der polnische Präsident in einem aus dem 17. Jahrhundert stammenden Schloss und wohnt im Belvedere-Palast. Überall auf der Welt stehen höfische Pracht und das Verständnis moderner Demokratien nicht im Widerspruch. In Berlin freilich wurde das Schloss der Hohenzollern zum Sinnbild des Schreckens, des „wilhelminischen Imperialismus“ und „militaristischer Prahlerei“ verunglimpft. Dabei hat sich kaum ein Hohenzollernherrscher öfter als durch die Amtsgeschäfte erforderlich hier aufgehalten.

Ein Musterbeispiel für die von Unwissenheit geprägten Debatten war auch die Diskussion um die Aufstellung des Kreuzes auf der Kuppel des wiederaufgebauten Schlosses. Das historische Kreuz wies – trotz aller Staatsvernunft – auf den wahren Souverän und Weltenherrscher, auf Christus, als dessen Stellvertreter und Amtmann sich die Könige verstanden. Das Gottesgnadentum war kein Ausdruck der Selbstherrlichkeit, sondern bildete eine Schranke, die beziehungsreich verdeutlichte, dass der Monarch einer ihm übergeordneten sittlichen Macht verpflichtet war. Insofern war das Kreuz auf der Kuppel ein Hinweis darauf, dass auch der König nicht allmächtig war, sondern buchstäblich unter dem Kreuz stand, das seine Macht beschränkte und rechtfertigte.

In Potsdam, der alten und durch zahlreiche engagierte Rekonstruktionen wieder neuen Residenzstadt der Hohenzollern, zeigt sich die ganze „Preußen-Verkrampftheit“ im Umgang mit dem Wiederaufbau der Garnisonkirche. Trotz ihres Namens war die Kirche für

Was für eine Anmaßung wäre es, wenn ausgerechnet die Bundesrepublik, die so viele Jahrzehnte von Preußen nichts wissen wollte, nun so täte, als ob das im Zentrum der Hauptstadt versammelte Kulturgut ein Resultat ihrer eigenen Leistungen wäre

Soldaten keine Heimstatt der Reaktion, sondern sie gab Zeugnis davon, dass auch der preußische Soldat ein *miles christianus*, ein christlicher Soldat war – und kein „bramarbasierender Hosenmatz“, um mit dem gottesfürchtigen Marschall Blücher zu reden. Dass Adolf Hitler dort 1933 seine Machübernahme inszenierte, konnte diesen erinnerungsmächtigen Raum mitnichten entweihen – wie auch die evangelische Kirche nicht auf den Gedanken kommt, den Berliner Dom als entweiht zu verstehen, nur weil Reichsmarschall Hermann Göring und Emmy Sonnemann dort ihre Hochzeit wie einen Staatsakt gefeiert hatten.

Was wird aus Preußens Kulturbesitz?

Das jüngste Beispiel für die schleichende Entsorgung Preußens aus der deutschen Erinnerung ist der Vorschlag einer Expertenkommission, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz aufzulösen und in vier eigenständige Einrichtungen zu überführen. Ob die Strukturen der Stiftung heute noch die richtigen sind, müssen die zuständigen Fachleute beurteilen. Doch was für ein Signal wäre es, wenn dabei der Name Preußen auf der Strecke bliebe! Schließlich ist es kein Zufall, dass die größte Kultureinrichtung des heutigen Deutschlands diejenige ist, die einst gegründet wurde, um den Nachlass des alten Preußen zu verwalten. Und was für eine Anmaßung wäre es, wenn ausgerechnet die Bundesrepublik, die so viele Jahrzehnte von Preußen nichts wissen wollte, nun so täte, als ob das im Zentrum der Hauptstadt versammelte Kulturgut, das unzweifelhaft ein Erbe der preußischen Geschichte ist, ein Resultat ihrer eigenen Leistungen wäre!

Zu guter Letzt ein Beispiel, das zeigt, wie Geschichte souverän in die Gegenwart integriert werden kann: 1814 weigerte sich Kaiser Franz I. von Österreich, die beiden Obelisken mit den Adlern Napoleons in Schönbrunn abtragen zu lassen. Er befand, dass auch die Niederlagen und die Schmach Österreichs zu dessen Geschichte gehörten, und Schönbrunn seine Würde als kaiserliche Residenz nicht einbüße, weil sich Napoleon dort vorübergehend aufgehalten hatte.

● MELDUNGEN

Abhöraffaire bei Volkswagen

Wolfsburg – Nach Recherchen von „Business Insider“ soll eine Projektgruppe im Volkswagenkonzern systematisch ausspioniert worden sein. Ziel der Arbeitsgruppe im Konzern war es laut dem Bericht, die Geschäftsbeziehungen zu dem bosnischen Zulieferer Prevent zu beenden. Bei internen und vertraulichen Sitzungen dieser Gruppe sollen fast 50 Stunden an Tonaufnahmen heimlich mitgeschnitten worden sein. Laut „Business Insider“ geben die Tonaufnahmen einen „exklusiven Einblick, wie hochrangige Manager einen Zulieferer ausgeschaltet haben“. Bislang gibt es keine Erkenntnisse dazu, wie die Aufnahmen entstanden sind und wie oder von wem sie genutzt wurden. Hintergrund des Konflikts zwischen VW und der Prevent-Gruppe war ein Streit um Preise des Zulieferers. Im Jahr 2016 eskalierte die Auseinandersetzung so weit, dass zwei Prevent-Tochterfirmen die Lieferung von Getriebegehäusen und Sitzbezügen stoppten und damit bei VW die Produktion von Golf- und Passat-Modellen tagelang stilllegten. N.H.

Neue Truppendienstgrade

Berlin – Die Bundeswehr führt zwei neue Dienstgrade ein und möchte so den Dienst in der Mannschaftslaufbahn attraktiver machen. Künftig gibt es die Spitzendienstgrade Korporal und Stabskorporal. Die ersten der zirkulären 1400 Dienstposten sollen ab Ende 2021 beziehungsweise zum 1. April 2022 besetzt werden. Die neuen Dienstgrade sind Teil einer Neuausrichtung der Mannschaftslaufbahn und sind für die „leistungsstärksten Soldatinnen und Soldaten vorgesehen, die mehr Verantwortung übernehmen“. Es handelt sich zunächst um ein Pilotprojekt, bis zum Jahr 2031 ist ein Zielumfang von insgesamt rund 5000 Korporals-Dienstposten veranschlagt. BW / neh

Staatsanwalt in U-Haft

Frankfurt am Main – Ein Oberstaatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt sowie ein 54-jähriger Unternehmer sind Ende Juli in Untersuchungshaft genommen worden. Nach Angaben der Frankfurter Staatsanwaltschaft wird dem „Beamten des höheren Justizdienstes“ gewerbsmäßige Bestechlichkeit vorgeworfen. Laut einem Bericht des Hessischen Rundfunks soll der Inhaftierte Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft gewesen sein. Die Ermittler gehen dem Verdacht nach, dass der Experte für Korruptionsbekämpfung dem Unternehmen eines Schulfreundes Gutachteraufträge in Millionenhöhe verschafft hat. Insgesamt soll das Unternehmen in den letzten zehn Jahren mehr als 12,5 Millionen Euro durch Gutachtenvergütungen von Justizbehörden verdient haben. Mehr als neun Zehntel dieser Einnahmen sollen auf Aufträge zurückgehen, die der verdächtige Staatsanwalt in Auftrag gegeben hat. Als Gegenleistung soll der Beamte allein vom August des Jahres 2015 bis zu diesem Juli mehr als 240.000 Euro von dem Unternehmer erhalten haben. N.H.



Unsichere Aussichten: Ein Schüler am Ende der Sommerferien 2020

Foto: imago images / Westend61

BILDUNG

Steht uns ein Corona-Schuljahr 2.0 bevor?

In einigen Bundesländern neigt sich die Ferienzeit dem Ende zu. Nicht überall sind die Bildungsanstalten auf das neue Jahr optimal vorbereitet

VON JOSEF KRAUS

Das Schuljahr 2020/2021 steht vor der Tür. Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein starten in der ersten oder zweiten Augustwoche wieder in die Schule, in der ersten beziehungsweise zweiten Septemberwoche folgen als letzte Länder Bayern und Baden-Württemberg. Die für alle Beteiligten spannende Frage lautet: Wird es wieder ein Corona-Schuljahr wie das abgelaufene, in dem die Schüler wegen der Schulschließungen ab Mitte März je nach Klassenstufe auf 300 bis 400 Stunden Präsenzunterricht verzichten mussten, das heißt auf rund ein Viertel bis ein Drittel eines regulären Schuljahres?

Trotz der Probleme im alten Schuljahr war alles gerade noch einmal gut ausgefallen. Die Abschlussprüfungen haben stattgefunden, zumeist sogar mit überdurchschnittlich guten Noten. Und nen-

nenswerte Zahlen an Covid-19-Fällen via Schule sind auch nicht bekannt geworden. In Bayern etwa mit seinen mehr als 6.000 Schulen und rund 1,6 Millionen Schülern wurden zwischen März und Juli 2020 ganze sechs Fälle von Infektionen an Schulen registriert.

Nun müssen sich die 42.000 Schulen in Deutschland mit rund zehn Millionen

Zwischen 15 und 20 Prozent der Lehrerschaft zählen zu den Risikogruppen, die nicht in die Schule kommen dürfen

Schülern für alle Eventualitäten rüsten. Natürlich soll der reguläre Präsenzunterricht im Klassenverband Vorrang haben, denn dieser Unterricht in der realen Lehrer-Schüler-Interaktion erbringt die besten Bildungs- und Erziehungsergebnisse. Entsprechend ist es auch offizielles Ziel aller Bundesländer, so rasch wie möglich mit schulischem Regelbetrieb zu starten. Aber es sind, zumal aufgrund der aktuell steigenden Infektionszahlen, Alternativen parat zu halten. Sprich: Lehrer und Schüler müssen für einen Fernunterricht mit entsprechender digitaler Hard- und Software ausgestattet sein. Hier mangelt es zum Teil gewaltig.

Vor allem aber müssen, beziehungsweise mussten die Sommerferien genutzt werden, um die zuletzt teilweise defizitären, aber notwendigen Hygienestandards zu gewährleisten: Waschbecken, Desinfektionsmittel, Schutzmasken, Lüftungstechnik. Ferner müssen die örtlichen Gesundheitsbehörden genügend Kapazität

EU-OPERATION „IRINI“

Einseitig und gefährlich

Bundeswehrgregatte „Hamburg“ soll vor Libyens Küste UN-Waffenembargo durchsetzen helfen

In Libyens Bürgerkrieg erhalten die verfeindeten Parteien Unterstützung aus dem Ausland, die Regierung in Tripolis vor allem von der Türkei und die Rebellen um General Chalifa Haftar insbesondere von Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Russland. Um den Konflikt zu beenden, haben die Vereinten Nationen mehrmals Waffenembargos gegen das nordafrikanische Land verhängt, gegen die jedoch permanent verstoßen wird. Deshalb soll die am 31. März beschlossene und vorerst für ein Jahr geplante EU-Operation „Irimi“ (Frieden) nun den Schmuggel von Kriegsgerät sowie auch von Rohöl zwecks Finanzierung der Kämpfe unterbinden.

Deutschland beteiligte sich an der Mission bisher mit einem Seeaufklärungsflugzeug vom Typ Lockheed P-3C „Orion“ sowie Marinesoldaten, die im Irini-Hauptquartier in Rom und auf dem Flaggschiff „San Giorgio“ des Oberkommandierenden Konteradmiral Fabio Agostini Dienst verrichten. Doch nun will Berlin noch mehr tun und entsendet deshalb die Fregatte „Hamburg“ vom 2. Fregatten-Geschwader der Einsatzflottille 2 der Bundesmarine in Wilhelmshaven ins Mittelmeer. Das 2017 modernisierte Kriegsschiff der „Sachsen“-Klasse ist speziell für die Seeraumüberwachung konzipiert und nahm bereits an Anti-Piraten-Einsätzen

vor der Küste Somalias teil. Gemeinsam mit dem italienischen Hubschrauberträger „San Giorgio“ und der griechischen Fregatte „Spetsai“ soll sie vor der libyschen Küste patrouillieren.

Konflikt mit Türkei programmiert

Kritiker der Mission wenden zu Recht ein, dass die Waffen nicht nur auf dem Seeweg, sondern auch per Flugzeug und über die östliche Landgrenze nach Libyen gelangen. Hiervon profitiert vor allem Haftar, während die Regierung in Tripolis vorwiegend per Schiff beliefert wird. Insofern sorgt Irimi für eine Benachteiligung der von der UN anerkannten Staatsfüh-

ten schaffen, damit an den Schulen regelmäßig mittels Reihen- oder Stichprobenuntersuchungen Corona-Testungen stattfinden und Hotspot-Schulen sofort geschlossen werden können. All das gehört zu einem Plan B, den die 16 Kultusministerien für das neue Schuljahr hoffentlich in der Schublade haben.

Unerwarteter Lehrermangel

Gefordert ist zudem die Personalpolitik der Bundesländer. Auch wenn es eine Menge Geld kostet und die Ersatzlehrer in größerer Zahl kaum auf dem Markt sind, müssen die Schulministerien unbedingt zusätzliche Lehrer einstellen. Damit wird es eher möglich, übergroße Klassen von 30 Schülern und mehr zu vermeiden. Zudem gibt es einen erheblichen Ersatzbedarf an Lehrern, weil zwischen 15 und 20 Prozent der Lehrerschaft aus Altersgründen, wegen Vorerkrankungen oder wegen Schwangerschaft zu den Risikogruppen zählen, die nicht in die Schule kommen dürfen und ausschließlich im digitalen Fernunterricht einsetzbar sind.

Vieles ist im wahrsten Sinn des Wortes ansonsten eine Frage der Erziehung. Schüler und Lehrer müssen die Hygiene-, Abstands- und Gesichtsschutz-Vorschriften einhalten. Gerade die ABC-Schützen, also die Schulanfänger, sollen hier, soweit sie die Regeln nicht schon im Kindergarten verinnerlicht haben, konsequent angeleitet werden. Eltern stehen hoffentlich hinter all dem und achten darauf, dass ihre Kinder, sofern sie Erkältungssymptome haben, zu Hause bleiben. Sie sollten ihre Kinder unbedingt auch für eine angemessene Zeit von zwei Wochen zu Hause lassen, wenn sie unmittelbar aus dem Urlaub in einem Risikogebiet zurückkehren. Die Schulen sollten sich dies konsequent von den Eltern bestätigen beziehungsweise widerlegen lassen.

Ohne eine gewisse Unübersichtlichkeit, das heißt ohne lokale und regionale Sonderregelungen quer durch die Republik, und ohne kreatives Improvisieren wird es nicht gehen, zumal die Möglichkeiten regulären Unterrichts von der Lage vor Ort abhängen, also von der örtlichen Infektionsrate. Ob die Ankündigung von Baden-Württembergs Schulministerin Susanne Eisenmann, für das Schuljahr 2020/2021 die Schulpflicht auszusetzen und den Schulbesuch ins Belieben der Eltern zu stellen, sinnvoll ist, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Eine solche Regelung, so sie denn massenhaft genutzt würde, triebe einen Keil in die Schulen und in jede einzelne Klasse. Eine solche Praxis ließe zudem die Kluft zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Elternhäusern noch größer werden.

Corona darf jedenfalls nicht noch mehr dazu führen, dass viele Schüler abgehängt werden und die Bildungsnation Deutschland noch weiter zurückfällt. Aber auch hier gilt: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Wolfgang Kaufmann

CORONA-NOTHAUSHALT

„Die Gunst der Stunde genutzt“

Schulden in der Krise: Karlsruhe wirft Berliner Senat Missbrauch von Ausnahmegenehmigung vor

VON NORMAN HANERT

Noch vor den parlamentarischen Sommerferien haben SPD, Linkspartei und Grüne im Berliner Abgeordnetenhaus wegen der Corona-Krise einen Nachtragshaushalt beschlossen. Der Haken: Dieser Nothaushalt ist möglicherweise genauso verfassungswidrig wie die zu niedrige Besoldung der Berliner Richter und Staatsanwälte.

Wie aus einer achtseitigen Stellungnahme des Landesrechnungshofs hervorgeht, widerspricht der Corona-Nachtragshaushalt mit seiner Kreditermächtigung über sechs Milliarden Euro den gesetzlichen Vorschriften. Ein wichtiger Punkt in der Kritik des Berliner Rechnungshofs ist die Begründung für die Verschuldung. Die Fraktionen von SPD, Linkspartei und Grünen im Abgeordnetenhaus hatten sich Anfang Juni in ihrem Beschluss auf eine „außergewöhnliche Notsituation“ berufen. Aus Sicht des Rechnungshofs hätte stattdessen zunächst eine Kreditaufnahme aufgrund eines Konjunkturerinbruchs geprüft werden müssen.

Der Grund ist entscheidend

Der Unterschied zwischen beiden Begründungen ist gravierend: Bei einem konjunkturbedingten Verstoß gegen das Schuldenverbot müssten die Kredite bereits mit dem nächsten Wirtschaftsaufschwung bereinigt werden. Die „außergewöhnliche Notsituation“ rechtfertigt dagegen eine Tilgung über Jahrzehnte. Der Landesrechnungshof sieht im langen Tilgungszeitraum aber durchaus ein Risiko für den Haushalt Berlins. Die Stadt hat im Laufe der Jahrzehnte bereits einen Schuldenberg von rund 57 Milliarden Euro angehäuft.

Neue Schulden sind für Berlin und alle anderen Bundesländer seit dem 1. Januar 2020 eigentlich verboten. Ausnahmen sind nur bei Naturkatastrophen, unverschuldeten Notlagen und Wirtschaftskrisen gestattet. Rot-Rot-Grün scheint den Corona-Nachtragshaushalt offenbar tatsächlich auch als Gelegenheit zu sehen, gleich noch Schulden auf Vorrat zu machen. Laut Rechnungshof hätte die beschlossene Kreditermächtigung über sechs Milliarden Euro nämlich nicht pau-



Als wachsende Staatsdefizite noch Sorgen bereiteten: „Schuldenberg“-Aktion der Jungen Liberalen in Berlin 2012

Foto: pa

schal erfolgen dürfen. Korrekt wäre es aus Sicht der Rechnungsprüfer gewesen, wenn die Mittel „nur in Höhe des zu erwartenden pandemiebedingten Bedarfs“ einzelnen Haushaltsjahren zugeordnet würden. Zudem mahnt die Behörde, dass nach 2020 schuldenfinanzierte Ausgaben „nur insoweit und solange geleistet werden, wie sie für die Bewältigung der Notsituation erforderlich sind“.

Die pauschale Bewilligung der Milliardenschulden erleichtert tatsächlich ganz erheblich einen Plan der Koalition: Diese will nämlich eine zeitlich unbegrenzte Rücklage bilden, die sich aus Haushaltsüberschüssen und nicht benötigten Corona-Schulden speisen soll.

Steilvorlage für die Opposition

Für die Opposition wirkt die Stellungnahme der Rechnungsprüfer naturgemäß wie eine Steilvorlage: Die FDP-Haushaltspoli-

tikerin Sibylle Meister warf Rot-Rot-Grün beispielsweise vor, die Gunst der Stunde zu nutzen, um „einen großen Schluck aus der Pulle zu nehmen“ und sich dann viel zu lange Zeit für die Rückzahlung der Kredite zu nehmen. Noch steht nicht fest, ob AfD, CDU oder FDP beim Berliner Landesverfassungsgericht gegen die Haushaltsplanung Klage erheben.

Die Rechnungsprüfer schreiben in ihrem Papier nämlich nicht nur, dass die Kreditaufnahme den gesetzlichen Vorschriften widerspricht. Sie deuten auch generelle Zweifel an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit an.

Nicht der erste Rüffel für Berlin

Höchstrichterlich bestätigt wurde dem Land Berlin vor Kurzem eine Verfassungswidrigkeit bei seiner Richterbesoldung. In einem Urteil entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, dass die ent-

sprechenden Berliner Besoldungsvorschriften nicht mit dem sogenannten Alimentationsprinzip vereinbar sind. Dieses Prinzip sieht eine Verpflichtung des Dienstherrn vor, Berufsbeamte wie Richter und Staatsanwälte so zu bezahlen, wie es Amt, Dienststrang und allgemeinem Lebensstandard entspricht.

Im Fall des Landes Berlin kam Karlsruhe allerdings zu dem Ergebnis, dass die Bezüge der betreffenden Staatsdiener „evident unzureichend“ seien. Das Gericht hielt noch eine weitere Klatsche für die Berliner Politik bereit: Die Verfassungsrichter bewerteten auch die Absenkung der Einstellungsbedingungen für Richter und Staatsanwälte als ein Zeichen für die unzureichende Besoldung in Berlin. Vom Karlsruher Gericht erhielt der Berliner Gesetzgeber den Auftrag, bis zum 1. Juli 2021 die Besoldung verfassungskonform zu regeln.

WIRTSCHAFT

Rotstift trifft die Mark und das Elsass

Alstom fusioniert mit Bombardier – Erlaubt die EU den Franzosen, was den Deutschen verwehrt wird?

Unter Berufung auf Wettbewerbsbedenken hatte die EU-Kommission vergangenes Jahr das Vorhaben des ICE-Herstellers Siemens untersagt, mit dem französischen TGV-Produzenten Alstom zusammenzugehen. Die milliardenschwere Übernahme des kanadisch-deutschen Zugherstellers Bombardier durch Alstom will Brüssel nun offenbar jedoch durchwinken. Laut einem Medienbericht sind die Wettbewerbsbehörden aus Brüssel bereit, die Pläne für einen neuen globalen Bahnriesen unter Auflagen zu genehmigen.

Die von den Franzosen angebotenen Zugstände werden vor allem Standorte in Brandenburg und im Elsass treffen. Wie der Konzern in Paris ankündigte, will Alstom einen Teil der Produktion im Bombardier-Werk in Hennigsdorf abstoßen. In dem Werk bei Berlin stellt Bombardier bislang neben Straßenbahnen

auch ICE-Züge, U-Bahnen und Talent-3-Fernverkehrszüge her. Um die Übernahme von Brüssel genehmigt zu bekommen, plant Alstom, die komplette Plattform für die Talent-3-Züge samt der Produktionsanlage an einen anderen Zughersteller zu verkaufen. Laut Gewerkschaftsangaben arbeiten im Bombardier-Werk Hennigsdorf derzeit rund 2000 Stammbeschäftigte und etwa 500 Leiharbeiter. Mit den Verkaufsplänen würde der Schienenfahrzeugstandort, der in diesem Jahr 110. Geburtstag feiert, in Zukunft zweigeteilt.

Siemens-Pläne von Brüssel gestoppt

Volkmar Pohl, Chef des Betriebsrats am Hennigsdorfer Standort, sieht in den Verkaufsplänen zudem auch den Verzicht auf ein „gut laufendes Projekt“ und warnt vor dem Verlust von Kompetenz. Alstom will des Weiteren seinen Produktionsstandort

im elsässischen Reichshofen zusammen mit der Plattform der dort gebauten „Coradia Polyvalent“-Regionalzüge abgeben. Im Werk in Reichshofen arbeiten für Alstom 800 Mitarbeiter. Auch für die deutsche Hauptstadt zeichnen sich Folgen durch die französischen Übernahmepläne ab. Bombardier Transportation steuert bislang seine weltweiten Geschäfte mit Zügen von Berlin aus.

Ob diese Zentrale in Berlin unter dem neuen französischen Eigentümer noch eine Zukunft hat, ist fraglich. Naheliegender erscheint eher, dass die Geschäfte des neuen Bahnriesen künftig komplett vom Alstom-Hauptsitz in Frankreich geführt werden.

Mit der Übernahme der Bombardier-Bahnsparte erhöht Alstom seinen Auftragsbestand auf 75 Milliarden Euro und steigert seinen Jahresumsatz auf mehr als

15 Milliarden Euro. Mit diesen Zahlen wird das Unternehmen durch die Übernahme von Bombardier Transportation zum größten Schienenfahrzeugkonzern Europas. Nach dem chinesischen Bahnkonzern CRRC steigt Alstom zudem zum zweitgrößten Bahnhersteller der Welt auf.

Bereits 2017 hatte auch Siemens mit Bombardier über einen Zusammenschluss ihrer Bahnsparte verhandelt. Nach dem Scheitern der Gespräche wurde kolportiert, der Münchner Technologiekonzern habe wegen der schlechten Finanzlage der Kanadier die Finger von dem Geschäft gelassen. Siemens entschied sich schließlich dafür, einen Zusammenschluss mit dem französischen Konkurrenten Alstom zu wagen. Dieser Fusionsversuch scheiterte am Veto der EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. N.H.

KOLUMNE

Berlin danach

VON VERA LENGSELD

Alle, die dabei waren, stimmen überein, dass Berlin am vergangenen Sonnabend eine historische Demonstration erlebt hat. Daran ändert der bizarre Streit, wie viele Teilnehmer es gewesen sind, absolut nichts. Tatsache ist, dass der Demonstrationszug vom Brandenburger Tor bis zur Siegessäule reichte und daneben tausende Menschen im Tiergarten verblieben waren, die von der Polizei nicht auf die Demo gelassen wurden.

Gänzlich ungewohnt für Berlin war, dass die Demonstranten völlig friedlich blieben, auch als die Polizei in martialischer Aufrüstung aufmarschierte, den Rednern den Strom abstellte und Redner mit Gewalt von der Bühne zerrte. So weit war nicht einmal die Staatssicherheit bei der legendären Demonstration am 4. November 1989 gegangen, als sich mindestens ebenso viele Menschen auf dem Alexanderplatz versammelt hatten. Damals durfte eine endlose Zahl von Rednern ungehindert sprechen. Die friedliche, fröhliche Stimmung übertrug sich auch auf die Volkspolizei.

Am vergangenen Sonnabend war es vielen Polizisten unangenehm, ihren Befehlen nachzukommen. Sie sind es seit Jahrzehnten gewohnt, von linken Demonstranten mit Steinen, Flaschen, sogar Feuerwerkskörpern oder Molotowcocktails beworfen zu werden. Als Verbündete betrachtet und mit Nachsicht behandelt zu werden, war eine sichtlich neue Erfahrung für sie.

Was die Einsatzleitung betrifft, so muss der Einsatzleiter Innenminister Geisel von der SPD sich fragen lassen, welche Strategie er mit der Anordnung, die Demonstration polizeilich auflösen zu lassen, verfolgte. Wollte er Ausschreitungen provozieren, auch auf die Gefahr hin, dass es Verletzte, wenn nicht gar Schlimmeres, geben würde?

Was wäre gewesen, wenn die Demonstranten nicht erfolgreich, wie einst in der Friedlichen Revolution 1989, jede Provokation verhindert hätten? Die machtvolle Kundgebung hat der Politik einen tiefen Schrecken eingejagt. Mit Recht. Wer so vorgeht, hat sich gründlich delegitimiert. Hat die Demo eine neue Corona-Welle befördert? Kaum. Nach der maskenlosen „Black Lives Matter“-Demo am Alex gab es keinen Anstieg der Infektionsrate.

MELDUNG

Neue Klimapartei

Für den kommenden Sonntag ist in Berlin die Gründung einer neuen Partei angekündigt. Sie soll den Namen „Radikal Klima“ führen. Einige Klimaaktivisten wollen mit dieser Gruppierung zur Wahl des Abgeordnetenhauses 2021 antreten. Sprecher Antonio Rohrßen: „Es braucht einen neuen Impuls, der die Parteien – auch die Grünen – wachrüttelt“. Demnach wollen die Parteigründer ihrem Namen alle Ehre machen und alle übrigen Parteien an Radikalität in der „Klimapolitik“ noch deutlich übertreffen. Antje Kappek von den Berliner Grünen fürchtet bereits den Konkurrenzdruck durch den neuen Zusammenschluss: „Die Gefahr besteht natürlich schon, gerade wenn es um den Run aufs Rote Rathaus geht ...“ F.B.

● MELDUNGEN

Schnellere Abschiebung

Tunis/Rom – Italiens Innenministerin Luciana Lamorgese hat sich bei einem Treffen mit dem tunesischen Präsidenten Kais Sied besorgt gezeigt, dass die Zahlen illegaler Zuwanderer aus dem nordafrikanischen Staat in Richtung ihres Landes steigen. Lamorgese beklagte „unregelmäßige Migrationsströme“, die sich negativ auf die sanitäre und medizinische Versorgungslage in Italien auswirkten. Insbesondere bemängelte die Ministerin, tunesische Einwanderer würden die Aufnahmeunterkünfte in Italien noch vor Ende der vorgeschriebenen zweiwöchigen Corona-Quarantäne wieder verlassen. Die parteilose Innenministerin kündigte an, tunesische Immigranten, die über das Mittelmeer in Süditalien eintreffen, schneller abzuschicken. Gegenüber der Mailänder Tageszeitung „Corriere della Sera“ sagte Lamorgese, dieser Schritt sei nötig, um die zunehmenden Bewegungen von Wirtschaftsmigranten aus Tunesien zu stoppen. N.H.

„Nach hinten losgegangen“

Washington – Ein Lob von Robert Unanue, dem Chef und Miteigentümer von Goya Foods, hat zu Boykottaufrufen in den sozialen Medien gegen den größten hispanoamerikanischen Lebensmittelkonzern in den USA geführt. Bei einem Treffen mit Präsident Donald Trump im Weißen Haus hatte Unanue gelobt, das Land sei „wirklich gesegnet, einen Führer wie Trump zu haben“. Als Reaktion auf den von prominenten US-Demokraten unterstützten Boykottaufruf riefen Trump-Unterstützer zum Kauf von Goya-Foods-Produkten auf. In Virginia hat etwa der Journalist Casey Harper eine Aktion gestartet, Goya-Ware zu kaufen, um sie an Bedürftige zu spenden. Trump veröffentlichte auf Instagram ein Foto aus dem Weißen Haus, das ihn mit etlichen Produkten von Goya Foods zeigt. Per Twitter kommentierte der Präsident den Boykottversuch mit den Worten: „Die Schmutzkampagne der Linken ist nach hinten losgegangen, die Menschen kaufen wie verrückt.“ N.H.

„Lubliner Dreieck“

Lublin – Die Außenminister Polens, Litauens und der Ukraine haben bei einem gemeinsamen Treffen in der polnischen Stadt Lublin ein „Lubliner Dreieck“ ins Leben gerufen. Dieses neue Kooperationsformat soll die Beziehungen zwischen den drei Staaten untereinander sowie zur Europäischen Union und zur Nato stärken. Die drei ostmittel- beziehungsweise osteuropäischen Staaten kündigten an, künftig in politischen sowie Sicherheits- und Wirtschaftsfragen enger zusammenarbeiten zu wollen. Der ukrainische Minister Dmytro Kuleba nannte das „Lubliner Dreieck“ ein wichtiges Element zur Stärkung der Ukraine als Vollmitglied der europäischen und euro-atlantischen Familie der Völker. In einer gemeinsamen Erklärung bezeichneten der polnische Gastgeber Jacek Czaputowicz, Litauens Außenminister Linas Linkevičius und der Ukrainer Kuleba das Vorgehen Russlands in der Ostukraine als „Aggression“.

HONGKONG

Peking eröffnet Sicherheitsbüro

China spricht von inneren Angelegenheiten und verbittet sich eine Einmischung des Auslands

VON BODO BOST

Mit der Eröffnung eines Nationalen Sicherheitsbüros direkt im Zentrum Hongkongs, wo bislang das Zentrum der Demokratiebewegung lag, demonstriert Peking seine neue Macht in dieser ehemaligen britischen Kolonie, die 1997 per Vertrag mit international verbürgten Sonderrechten an die Volksrepublik China (VRC) übergegangen war. Von diesen Sonderrechten will Peking heute jedoch nichts mehr wissen. Ein Lehrbeispiel über die Vertragstreue kommunistischer und autoritärer Regime spielt sich gerade an Chinas Küste ab.

USA wollen TikTok sperren

Ein Nationales Sicherheitsgesetz war am 3. Juli, genau ein Jahr nach Beginn der Massenproteste, in Kraft getreten. Durch seine Formulierung bleibt das Gesetz bewusst vage, es spricht von strafbaren „subversiven Akten, Separatismus, Terrorismus“ oder von „Zusammenarbeit mit ausländischen Kräften“, ohne nähere Konkretisierung. Es ist der bisher weitestgehende Eingriff in die Autonomie der

früheren britischen Kronkolonie. Demokratieaktivisten müssen jetzt Deportationen in die Volksrepublik und langjährige Haftstrafen befürchten.

Das neue Gesetz hebt auch das Hongkonger Parlament aus, das seine Gesetzgebungskompetenz verloren hat. Aus öffentlichen Bibliotheken wurden Bücher entfernt, die Aktivisten der Demokratiebewegung verfasst haben. Hongkongs katholischer Kardinal Joseph Zen Ze-kiun hat Chinas neues Sicherheitsgesetz für Hongkong scharf verurteilt. Auf dieser Grundlage könnten die Behörden alles machen. Der Kardinal, der sich nicht scheut, den Papst wegen seiner Chinapolitik zu kritisieren, sagte: „Jeder muss Angst haben, denn sie sind verrückt.“

Einer der prominentesten Vertreter der Demokratiebewegung, Joshua Wong, hat das Ausland zur Solidarität aufgerufen. Er darf das Land nicht verlassen, weil ein Prozess gegen ihn aussteht. Wong wollte im September bei der Parlamentswahl in der chinesischen Sonderverwaltungszone antreten, wurde aber bereits frühzeitig von Peking mit anderen Vertretern der Demokratiebewegung von der Wahl ausgeschlossen. Kurz darauf wurde

bekannt, dass die Wahl wegen Corona um ein Jahr verschoben wird.

Kanada, Australien und am Ende auch Deutschland haben ihre Auslieferungsabkommen mit Hongkong aufgekündigt. Großbritannien, Australien und Taiwan haben angekündigt, die Aufenthaltsmöglichkeiten für Hongkonger auszuweiten. Die EU zögerte lange, bevor sie sich nach einigen Wochen darauf einigte, den Export von Gütern einzuschränken, die militärisch, zur Niederschlagung von Protesten oder zur Überwachung genutzt werden können. Prozesse gegen Aktivisten der Demokratiebewegung in Hongkong will die EU genau beobachten. Die USA dagegen hatten schon Sanktionen

beschlossen, bevor das neue Sicherheitsgesetz in Kraft getreten ist. Chinas Strategie, die EU durch Investitionen zu spalten, zeigte teilweise Wirkung. Angela Merkel erwähnte das Sicherheitsgesetz für Hongkong bei ihrer Rede vor dem EU-Parlament überhaupt nicht.

China spricht bezüglich Hongkong von inneren Angelegenheiten, in die es keine Einmischung erlaube. Dass es Ernst macht, zeigt das harte Vorgehen seiner Polizei gegen Demonstranten nach der Einführung der Sicherheitsgesetze. Die Demonstrationen sind abgeebbt. Gegen sechs im Exil lebende Aktivisten der Demokratiebewegung wurden Haftbefehle erlassen, darunter auch gegen Samuel Chu, den Präsidenten des „Demokratie-Rates für Hongkong“ in den USA.

Ein großer Teil des Kampfes um Hongkong dürfte sich im Internet abspielen. Da die chinesische Videoplattform TikTok in Hongkong jetzt nur noch die auch in der Volksrepublik verfügbare, zensierte Plattformversion Douyin betreibt, haben Indien und nun die USA ebenfalls angekündigt, das auch in Deutschland sehr beliebte Videoportal zu sperren.

„Jeder muss Angst haben, denn sie sind verrückt“

Joseph Zen Ze-kiun
emeritierter Bischof von
Hongkong



Im Zentrum Hongkongs: Das neueröffnete Nationale Sicherheitsbüro der Volksrepublik China

Foto: Mauritius

WAHL IN WEISSRUSSLAND

Drei Frauen bieten Lukaschenko die Stirn

Nach Verhaftungen: Kandidatin Swetlana Tichanowskaja ist chancenlos, zeigt aber Präsenz

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko steht seinem wohl härtesten Wahlkampf gegenüber. Der Staatschef herrscht seit fast 26 Jahren und setzt alles daran, im Amt zu bleiben. 55 Kandidaten stellten einen Antrag auf Wahlzulassung, die meisten wurden abgelehnt. Auch der Geschäftsmann Viktor Babariko wurde von der Abstimmung ausgeschlossen. Der populäre Ex-Bankmanager sitzt im Gefängnis. Er soll hohe Geldsummen ins Ausland transferiert haben. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International bezeichnet ihn als politischen Gefangenen.

Zur Wahl zugelassen sind vier Herausforderer, darunter Swetlana Tichanowskaja. Sie ist die Ehefrau des prominenten

Bloggers Sergej Tichanowskij, der ebenfalls zwischenzeitlich inhaftiert war. Hat Machthaber Lukaschenko Frauen in der Politik bislang als „nicht ernstzunehmend“ belächelt, droht ihm nun unerwarteter Gegenwind. Die Wahl soll am 9. August stattfinden.

Tichanowskajas Zulassung ist eine Überraschung: Sie war nach der Verhaftung ihres Ehemanns in die Politik gegangen und hat eine Allianz mit Maria Kolesnikowa aus dem Bündnis des inhaftierten Babariko und Veronika Zepkalo, Ehefrau des Unternehmers Valerij Zepkalo, dessen Zulassung ebenfalls abgelehnt wurde, geschmiedet. In dem Wahlkampf, der erst Ende Juli starten durfte, haben sie in den

sozialen Medien mehrere Hunderttausend Unterstützer gewonnen. „Es ist ein Zusammenschluss, der zwar kein Programm hat, aber eine starke Botschaft: Belarus braucht Veränderung, damit faire und freie Wahlen stattfinden können“, sagte die Weißrussland-Expertin Maryna Rakhlei der Deutschen Presse-Agentur. Tichanowskaja hat gar nicht den Anspruch, dauerhaft zu regieren. Im Falle ihrer Wahl wolle sie eine neue Abstimmung mit unabhängigen Bewerbern ansetzen.

Die Stimmungslage im Land ist angespannt. Bis zu 700 Verhaftungen soll es gegeben haben, das Innenministerium versucht zudem, das Internet zu zensieren. Lukaschenkos Stern sinkt auch, weil er die

Corona-Pandemie lange verharmlost und sich despektierlich über Todesfälle geäußert hat. Staatliche Umfragen sehen den Amtsinhaber bei rund 70 Prozent, unabhängige Beobachter gehen von maximal 25 Prozent aus. Doch dass es zu einem Machtwechsel kommen wird, ist unwahrscheinlich: „Tichanowskaja hat keine Chance, selbst wenn sie genügend Stimmen auf ihre Seite ziehen würde. Wenn die Zahlen nicht passend wären, würden sie von staatlicher Seite passend gemacht“, erklärte Christopher Forst, Repräsentant der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung für Belarus. Wichtig sei ihre Kandidatur dennoch. Die Opposition könne zeigen, dass sie keine Randerscheinung sei. P. Entinger

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wer in der Bundesregierung wusste wann was? Diese Frage rückt nun ins Zentrum des Skandals um den börsennotierten bayerischen Zahlungsdienstleister Wirecard.

Der hatte seinen Anfang genommen, als die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) am 4. Juni Anzeige wegen des Verdachts der Marktmanipulation stellte, nachdem bereits ab 2008 immer wieder entsprechende Vorwürfe laut geworden waren. Kurz darauf musste die Führung des Dax-Unternehmens kleinlaut eingestehen, dass die in der Bilanz für 2019 aufgeführten Barmittel von 1,9 Milliarden Euro, die angeblich auf zwei philippinischen Treuhandkonten lagen, „mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht existieren“. Das war das Ergebnis einer Prüfung durch das heute nur noch EY heiße Unternehmen Ernst & Young, das seit 2009 die Bilanzen für Wirecard erstellte. Darüber hinaus besteht der Verdacht weiterer „Luftbuchungen“ in Höhe von rund einer Milliarde Euro, mit denen die Wirecard-Vermögenssituation zusätzlich geschönt werden sollte, um so leichter an Bankkredite zu gelangen und den Aktienkurs nach oben zu treiben. Jedenfalls eröffnete die Staatsanwaltschaft München I ein Ermittlungsverfahren wegen „gewerbsmäßigen Bandenbetruges“ gemäß Paragraf 263 Strafgesetzbuch und erließ Haftbefehl gegen führende Manager des Konzerns, der am 25. Juni als erstes Dax-Unternehmen überhaupt Insolvenz anmelden musste.

Drei Wochen später wurde bekannt, dass Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) schon seit dem 19. Februar vorigen Jahres von Ermittlungen der ihm unterstehenden BaFin gegen Wirecard wusste, ohne aber die Behörde anzuhalten, den Manipulationsvorwürfen so konsequent und zügig wie möglich nachzugehen. So beauftragte diese zwar die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) mit der Durchleuchtung des Finanzgebarens von Wirecard, ließ aber zu, dass sich dort 16 Monate lang nur ein einziger Mitarbeiter mit der Angelegenheit befasste. Außerdem hielt es die BaFin für opportun, gemeinsam mit Wirecard gegen den „Financial Times“-Journalisten Dan McCrum, der den Bilanzbetrug aufgedeckt hatte, juristisch vorzugehen.

Auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) macht keine gute Figur in der Angelegenheit. Immerhin obliegt ihm die Oberaufsicht über die privaten Wirtschaftsprüfer von EY. Die Frage steht im Raum, wie es sein konnte, dass die Prüfer geschlagene zehn Jahre benötigten, um zu bemerken, wie löcherig die



Abendstimmung am Sitz der Wirecard AG in Aschheim Dornach: Peter Altmaier und Olaf Scholz (v. l., Fotomontage) müssen sich dem Finanzausschuss stellen

Foto: imago images/Sven Simon

WIRECARD-BETRUG

Wer hat wann etwas von den Ungereimtheiten gewusst?

Mitglieder der Bundesregierung und die BaFin entziehen sich elegant der Verantwortung für ihre undurchsichtigen Verwicklungen in den Finanzskandal

Bilanzen von Wirecard waren. Diese Frage stellt sich umso mehr, als ja bereits 2008 über Unregelmäßigkeiten berichtet worden ist. Anscheinend hat Altmaier hier seine Kontrollpflichten verletzt.

Zu all dem mussten Scholz und Altmaier am 29. Juli vor dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages in einer Sondersitzung zum Thema „Aktueller Sachstand zu den Vorkommnissen bei der Wirecard AG“ Rede und Antwort stehen. Dabei kam jedoch nichts substanzvoll Neues heraus.

Gänzlich unbehelligt blieb Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), obwohl sie noch im Spätsommer 2019 bei ihrem Staatsbesuch in China recht beflissen Lobbyarbeit für Wirecard betrieben hatte.

Wie aus einer inzwischen publik gewordenen Mail von Lars-Hendrik Röller, dem Leiter der Abteilung für Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik im Bundeskanzleramt, vom 8. September vorigen Jahres hervorgeht, setzte sich Merkel trotz der bereits laufenden Untersuchungen der BaFin für das Unternehmen ein, das nach China expandieren wollte, und versprach anschließend „weitere Flankierung“. Deshalb fordern die Vertreter der Oppositionsparteien im Finanzausschuss nun auch die Vorladung Röllers.

Nach dessen Befragung wäre dann die Einberufung eines Untersuchungsausschusses mit den Stimmen von FDP, AfD, Grünen und Linken grundsätzlich

möglich. Allerdings sind manche Parlamentarier noch unschlüssig, ob sie bei der Aufklärung des Betrugsfalles, durch den Tausende Anleger ihr Geld verloren, mit der AfD kooperieren sollten.

Doch selbst wenn es zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses kommt, ist fraglich, ob er alle Hintergründe des Wirecard-Skandals zu erheilen vermag. Massive Verschleierungsversuche von Merkel, Altmaier und Scholz sowie deren Mitarbeitern sind nicht auszuschließen. Keiner der drei wird gerne öffentlich eingestehen wollen, in der Causa Wirecard grob fahrlässig gehandelt oder gar – das wäre die Alternative – das betrügerische Dax-Unternehmen vorsätzlich geschützt zu haben.

CORONA-HILFEN AUS BRÜSSEL

Auf Italien kommt ein „Geld-Tsunami“ zu

Verstaatlichung von Stahlwerk und Autobahnen: Befürchtung, dass EU-Milliarden wirkungslos bleiben

Zwei Jahre ist es her, dass in Rom der Vorwurf erhoben wurde, der auch im Laufe der Corona-Pandemie oft zu hören war: „Die EU lässt uns allein.“ Bereits im Jahr 2018 beklagte die damalige Regierung aus Fünf-Sterne-Bewegung und Lega, Italien erhalte vom übrigen Europa keine Hilfe bei der Massenzuwanderung über das Mittelmeer.

Jean-Claude Juncker, seinerzeit Chef der EU-Kommission, kontierte und rechnete vor, Brüssel habe allein von 2015 bis 2018 für Hilfe auf diesem Gebiet 882 Millionen Euro nach Rom überwiesen. Der Europäische Rechnungshof sah sich zudem noch genauer an, wie Griechenland und Italien mit EU-Mitteln zum Asylsuchermanagement umgegangen waren. Am Ende stand der Befund, dass die Gelder in beiden Ländern kaum eine Wirkung gezeigt haben, weil sie nicht effektiv verwendet wurden.

Angesichts solcher Erfahrungen werden Befürchtungen laut, dass auch die Geldflut aus dem Corona-Wiederaufbaufonds wirkungslos versickern wird. Als größter Profiteur des Corona-Wiederaufbaufonds kann Italien in den nächsten Jahren mit bis zu 209 Milliarden rechnen. Die Tageszeitung „La Repubblica“ sprach angesichts solcher Summen von einem „Geld-Tsunami“ der auf das Land zukomme. Nach dem Willen der EU-Staats- und Regierungschefs soll das Geld aus dem sogenannten Wiederaufbaufonds vor allem in den „Klimaschutz“ und die Digitalisierung fließen. Tatsächlich wird in Rom nun aber ein Sammelsurium an Maßnahmen diskutiert.

Viele Ideen statt Digitalisierung

Vertreter der beiden Regierungsparteien, Fünf Sterne und Partito Democratico

schlugen etwa vor, mit den EU-Geldern die Einkommenssteuer in Italien abzusenken. Als relativ sicher gilt, dass die italienische Regierung den finanziellen Spielraum für Verstaatlichungen nutzen wird. Die Regierung will die bislang private Autobahngesellschaft Autostrade per l'Italia weitgehend verstaatlichen. Für die Pleitefluglinie Alitalia sind zudem drei Milliarden Euro als Starthilfe vorgesehen. Diskutiert wird auch über einen Einstieg des Staates in das Ilva-Stahlwerk im süditalienischen Apulien. Zumindest dieses Projekt könnte gegenüber Brüssel unter dem Etikett „Klimaschutz“ vorgezeigt werden: Ilva ist nicht nur eines der größten Stahlwerke Europas, sondern wegen starker Industrieemissionen auch ein echtes Gesundheitsrisiko für Beschäftigte und Anwohner. In die Verstaatlichung des

Stahlwerks bei Tarent könnten nochmals fünf Milliarden Euro fließen. Sehr hohe Milliardenbeträge will Rom auch in Straßenbau- und Schienenprojekte stecken.

Gerade bei den Infrastrukturprojekten ist die Gefahr groß, dass wie in der Vergangenheit EU-Gelder als Investitionsruinen enden oder in den Händen der organisierten Kriminalität landen. In der Vergangenheit hat sich zudem gezeigt, dass Italien Probleme hatte, überhaupt Mittel aus den EU-Regional- und Strukturfonds rechtzeitig abzurufen. Zynische Beobachter sehen dahinter nicht nur ein Versagen der italienischen Bürokratie, sondern auch den Umstand, dass sich bei den einzelnen Projekten zuweilen wichtige Akteure nicht über die Aufteilung der „Beute“ verständigen konnten.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Stahlriese unter Verdacht

Genua – Die Staatsanwaltschaft von Genua hat gegen ArcelorMittal Ermittlungen wegen des Verdachts auf Betrug mit Kurzarbeitergeldern aufgenommen. Der weltgrößte Stahlkonzern steht im Verdacht, im März und April auf Kosten des Staates unrechtmäßig auf Kurzarbeitergelder für seine Mitarbeiter zurückgegriffen zu haben. ArcelorMittal hatte während der Corona-Quarantäne von der italienischen Regierung die Erlaubnis erhalten, die Produktion weiter aufrechtzuerhalten. Die Ermittlungen sollen aufgrund einer Anzeige der Metallgewerkschaft FIOM eingeleitet worden sein. Gewerkschaften und auch die Regierung von Premier Giuseppe Conte kritisieren ArcelorMittal auch wegen der Ankündigung, im Ilva-Stahlwerk 5000 Arbeitsplätze abzubauen zu wollen. Noch vergangenen Dezember hatte ArcelorMittal eine Vorvereinbarung unterschrieben, die Arbeitsplätze in dem süditalienischen Werk erhalten zu wollen. Die Regierung hatte im Gegenzug Staatshilfe zugesagt. **N.H.**

Stellen weltweit bedroht

Berlin – Laut Angaben der Bundesregierung schätzt die Weltorganisation für Tourismus der Vereinten Nationen (UNWTO), dass aufgrund des Umsatzrückgangs durch die Corona-Pandemie weltweit 100 bis 120 Millionen Arbeitsplätze in der Tourismusbranche bedroht sind. Von Januar bis April dieses Jahres sei die Zahl der internationalen Ankünfte um 44 Prozent gesunken, bis zum Jahresende rechnet die UNWTO sogar mit einem Rückgang von 60 bis 80 Prozent. Die Bundesregierung wies darauf hin, dass die internationalen Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes aufgrund der Einstufung der Covid-19-Verbreitung als Pandemie seitens der Weltgesundheitsorganisation erfolgt seien, jedoch kein Reiseverbot darstellen. Die Reisewarnungen für EU-Länder, die Schengen-Staaten und Großbritannien sind seit dem 15. Juni grundsätzlich wieder aufgehoben, für einige Länder wie Schweden gelten jedoch noch Ausnahmen. **MRK**

Geld für Afghanistan

Berlin – Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion nach den Ausgaben für Afghanistan gab die Bundesregierung an, dass sie im Jahr 2019 im Rahmen ihres politischen, militärischen und zivilen Engagements in Afghanistan Leistungen in Millionenhöhe erbracht habe: Demnach hatte das Verteidigungsministerium Ausgaben in Höhe von 469 Millionen Euro, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Höhe von 181 Millionen Euro und das Bundesinnenministerium weitere Ausgaben in Höhe von zwei Millionen Euro. Über weitere Zahlungen für nachrichtendienstliche Belange wollte die Regierung keine Auskunft erteilen, da diese der Geheimhaltung unterlägen. Für das laufende Jahr sind Hilfen für den Staat im mittleren Osten in etwa gleichem Umfang wie im Vorjahr geplant. **MRK**

ANALYSE

Heute Hongkong – morgen Taiwan?

FRIEDRICH-WILHELM
SCHLOMANN

Sieht man von einem Sanktionsgesetz Washingtons ab, stieß Peking bei der erfolgten Einverleibung Hongkongs kaum auf Widerstand der Außenwelt. Dies wird die Führung der KPCh unter Präsident Xi Jinping bestärken, weitere Fakten zu schaffen in Form einer Vereinigung mit Taiwan. Obwohl die Insel nie zur Volksrepublik gehörte, sieht Peking sie als „abtrünnige Provinz“, als „festen Bestandteil Chinas“ und lehnt jegliche Verhandlungen darüber ab. Die resolute Präsidentin Taiwans Tsai Ingwen ist verständlicherweise zu einer Unterwerfung nicht bereit. Zwar ist der Inselstaat faktisch unabhängig – und über 80 Prozent der jüngeren Bewohner fordern dies auch offiziell ein –, gleichwohl geht sie diesen Schritt nicht: Peking würde ihn als „ultimative Provokation“ und direkte Kriegserklärung werten.

So erhöht die Volksrepublik den Druck auf Taipeh, indem man es international isoliert und die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Festland-China zu verstärken sucht. Neuerdings häufen sich auffällig Cyber-Attacken, Verletzungen des Luftraums Taiwans und das Auftauchen eines chinesischen Flugzeugträgers in der Formosastraße. Das Verteidigungsministerium in Taipeh rechnet mit einem Angriffskrieg. Dass dieser in Kürze erfolgt, ist indes zu verneinen: Zunächst muss Hongkong der Volksrepublik in jeder Weise angeglichen werden, und man wird die Wahlen in den USA abwarten in der – trügerischen – Hoffnung, der neue Präsident werde in der Taiwan-Frage weniger hart sein als der jetzige.

Der 100. Geburtstag der KPCh

Gefährlich indes könnten die Sommermonate 2021 sein mit dem 100. Geburtstag der KPCh im Juli: Wohl hat Xi eine größere Machtfülle als einst Mao Tse-tung, doch hat er durch seine – notwendige – Anti-Korruptions-Kampagne etliche Feinde und muss ebenfalls im höheren Parteiapparat mit Rivalen rechnen. Umso mehr sollte er zu seinem eigenen Machterhalt bei den pompösen Feierlichkeiten auf größere Erfolge verweisen können. Sein Versprechen, bis dahin die 50 Millionen Arbeitslosen und Wanderarbeiter abgeschafft zu haben, wird er nach jetzigem Kenntnis-

stand nahezu unmöglich einlösen können. Angesichts des Virus mit all seinen Folgen wird er auch kaum mit wirtschaftlichem Wachstum rechnen. Sein einziger Trumpf wäre die Einverleibung Taiwans, hat er selber diese doch als „unausweichliche Voraussetzung“ für „die große Erneuerung Chinas“ hingestellt. Diese wollte schon Deng Xiaoping bis 1990 vollendet haben, doch schreckte er vor einem militärischen Konflikt zurück. Xi indes ist nicht von notwendiger Weitsicht, sondern von Machtgier geprägt.

Bei einer militärischen Intervention hofft er auf einen äußerst kurzen Krieg. Nach dem Verteidigungsminister Taiwans würden in der Tat seine 290.000 Soldaten selbstständig nur „einen Monat“ durchhalten. Sie sind mit modernsten US-Waffen ausgerüstet und in starkem Maße motiviert. Mit den Streitkräften der Vereinigten Staaten gibt es eine recht erweiterte Zusammenarbeit, in den Häfen Taiwans sind US-Kriegsschiffe stationiert. Innerhalb jener Monatsfrist rechnet man mit einem militärischen Eingreifen Washingtons. Nach dem 1979 mit Taipeh abgeschlossenen „Taiwan Relation Act“ verpflichteten sich die USA, dem Inselstaat beizustehen, wenn dessen Sicherheit bedroht ist.

Indes sind diese Versprechen nicht unumstritten: Hohe Militärs sehen in einem solchen Vorgehen Pekings einen direkten Kriegsfall, während Diplomaten eine Minimierung der militärischen Unterstützung Taiwans und eine politische Lösung der Frage anstreben. Natürlich könnten in den ersten Kriegsstunden die Raketen Chinas fast alle nordamerikanischen Stützpunkte in Taiwan vernichten, um einen „Fait-accompli“-Sieg zu erreichen, bevor die Militärmacht der USA antworten könnte – aber durchaus zu einem vernichtenden Gegenschlag imstande wäre.

Vielleicht schon bald wird die Zukunft zeigen, ob Xi wirklich den letzten Schritt wagt und ob der US-Präsident sich an die Verpflichtungen gebunden fühlt. Sollte Washington untätig bleiben, wäre dies allerdings ein Abschied von Asien und seiner Position als erste Weltmacht.

PS: Nach dem neuen Gesetz Pekings hat sich der Autor dieses Beitrags mit seiner Kritik an der KPCh-Führung strafbar gemacht; der Strafrahmen geht dabei bis „lebenslanglich“ ...



Jahrzehntelang ein engagierter Debattenredner: Hans-Jochen Vogel (1926–2020)

Foto: imago images / Sepp Spiegel

HANS-JOCHEN VOGEL

Wie aus einer anderen Zeit

ERIK LOMMATZSCH

Das aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.“ Dies waren die Schlussworte der Rede von Helmut Kohl als Kanzler im Deutschen Bundestag, in der er am 28. November 1989 sein „Zehn-Punkte-Programm“ präsentierte. Die Kameras, die das Ereignis festhielten, schwenkten während des sich anschließenden Beifalls ins Plenum. Deutlich sichtbare Zustimmung zu den Vorstellungen Kohls kam auch aus den Reihen der Opposition. Der mit demonstrativ anerkennendem Nicken applaudierende SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel ist dabei vielen im Gedächtnis geblieben.

Zeitzeuge der Bonner Republik

Vogel, der auf eine lange politische Laufbahn zurückblicken konnte, ist Ende Juli im Alter von 94 Jahren gestorben. Neben den Spitzenämtern in den Reihen der Sozialdemokratie war er unter anderem langjähriger Oberbürgermeister von München, Regierender Bürgermeister von Berlin und Bauminister unter Willy Brandt. In seine Amtszeit als Justizminister im Kabinett von Helmut Schmidt fiel die Schleyer-Entführung im Herbst 1977, als sich der Staat den Linksterroristen der RAF gegenüber unnachgiebig zeigte. 1983 war er Kanzlerkandidat seiner Partei. Nachdem er seine Führungsfunktion

nen schon zuvor abgegeben hatte, kandidierte er 1994 nicht noch einmal für den Bundestag.

Unabhängig davon, ob man dem gern als „Oberlehrer“ titulierte Vogel und den von ihm vertretenen politischen Positionen Sympathien entgegenbrachte oder nicht, so wird mit der Nachricht von seinem Tod und den damit zwangsläufig ausgelösten Erinnerungen deutlich vor Augen geführt, dass er in einer Epoche deutscher Geschichte wirkte, die der Vergangenheit angehört. Dass er einen Politikertypus verkörperte, der in dieser Form nicht mehr zu finden ist. Dass er eine Zeit mitgestaltete, in der Gesten und Sätze möglich oder gar selbstverständlich waren, die heute nahezu unvorstellbar sind.

Vom Ziel der deutschen Einheit war die SPD seinerzeit immer weiter abgerückt. Einen diesbezüglichen Tiefpunkt der Parteigeschichte stellt das im August 1987 gemeinsam mit der SED veröffentlichte Papier dar. Noch Anfang Oktober 1989 hatte Vogel geäußert, die „Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgeredes“ finde auch außerhalb der Partei immer mehr Zustimmung. Immerhin korrigierte er derartige Irrtümer, wenn auch sehr spät, öffentlich, etwa mittels der Reaktion auf die Rede Kohls oder eigener, ähnlich lautender Vorschläge.

In unserer Gegenwart wäre so etwas kaum denkbar. Gar nicht gelingen will das bei Formulierungen wie „Mein Ziel bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zu-

lässt – die Einheit unserer Nation“, die nicht nur aufgrund ihres konkreten Inhalts in historisch weiter Ferne zu liegen scheinen. Oder gar: „Gott segne unser deutsches Vaterland!“ Beides wurde von Helmut Kohl bei seiner Ansprache vor der Ruine der – inzwischen wiederaufgebauten – Frauenkirche in Dresden am 19. Dezember 1989 ausgerufen. Immerhin sagte Bundespräsident Horst Köhler noch 2006 anlässlich des Staatsaktes für seinen Vorgänger: „Johannes Rau hat sich um unser Vaterland verdient gemacht.“ Offenbar ein rhetorischer Ausläufer. Wer würde solche Dinge heute aussprechen? Vor allem: Über wen sollten sie gesagt werden? In einer Atmosphäre, in der man schon zusammenzuckt, wenn allein das Wort „Deutschland“ fällt, in Erwartung des – sinnfreien, aber unhinterfragten – Gegenschwells „rechts“, „rechtsextrem“, „rassistisch“ und so weiter? Ganz zu schweigen von Begriffen wie „Nation“ und „Vaterland“.

Repräsentanten einer anderen Welt

Die Zuschreibung „einer der letzten ...“ sei gestorben, sollte in jedem Zusammenhang vorsichtig eingesetzt werden. Auf Hans-Jochen Vogel trifft sie sicher zu, ebenso wie sie etwa auf Kohl, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher oder Richard von Weizsäcker zutrifft. Sie waren „letzte“ Politiker nicht nur aus einer anderen Generation, aus der „alten“ Bundesrepublik und den ersten Jahren nach der deutschen Einheit, sondern eigentlich schon aus einer anderen Welt.

PORTRÄT

Ein harter Militär-Hund

Das Auswärtige Amt in Berlin dürfte heimlich gebubelt haben, als Richard Grenell zum 1. Juni per Twitter verkündet hatte, seinen Posten als US-Botschafter in Berlin zu räumen. Der Trump-Freund war nicht gerade für sein diplomatisches Feingefühl bekannt und kritisierte permanent über Twitter die lasche Haltung der Deutschen in Sachen Iran-Sanktionen oder NATO-Ausgaben.

Ob bei Grenells designiertem Nachfolger Douglas A. Macgregor ein anderer Wind in der US-Botschaft am Brandenburger Tor wehen wird, darf stark bezweifelt werden. Der Oberst im Ruhestand ist zwar kein Twitter-Lautsprecher, dafür aber ein solcher Hardliner und Querdenker, dass er selbst in den eigenen Reihen der Armee gefürchtet war. Der Absolvent

der West-Point-Militärakademie, einer Elite-Einrichtung für US-Offizierschüler, brachte als siegreicher Panzer-Kommandeur ohne eigene Verluste im Irak-Krieg beste Voraussetzungen mit, um General zu werden. Dieser Karrieresprung blieb ihm wohl auch deshalb verwehrt, weil er

mit vielen seiner Meinungen – unter anderem forderte er den Abzug von US-Truppen aus Afghanistan – beim Pentagon aneckte. Am Ende blieb es beim Colonel.

Für Trump ist der weißhaarige Offizier als US-Botschafter der ideale Mann, zumal er gut Deutsch sprechen soll. Als Militärgeschichtler hat Macgregor diverse Bücher geschrieben, darunter über Panzerschlachten der Deutschen im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Wichtiger dürfte sein, dass er Trumps Linie voll vertritt: höherer NATO-Beitrag der Deutschen, Abzug von in Deutschland stationierten US-Truppen. Wenn der US-Senat seine Nominierung als Botschafter bestätigt, wird sich das Auswärtige Amt wieder mit einem harten Hund konfrontiert sehen. H. Tews



Bald in Berlin: Douglas Macgregor

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Die Verschwiegene

Schauspielerin Iris Berben wird 70 – Die ARD feiert sie mit einem „Altweibersommer“, und im ZDF ist sie „Nicht tot zu kriegen“

VON ANNE MARTIN

Ein langer Weg war es von den „Himmlichen Töchtern“ von 1978 bis zu Frauenfiguren wie Cosima Wagner, Bertha Krupp, Konsulin Betsy Buddenbrook oder Elisabeth Selbert, eine Mitgestalterin des Grundgesetzes, – ein Weg, der immer nach oben führte.

Nebenbei gab Iris Berben auch mal die Abenteuerin Katharina von Strahlberg, die in der afrikanischen Savanne eine neue Liebe sucht. Nicht zu vergessen Kommissarin „Rosa Roth“, die im langen Kaschmirmantel 19 Jahre lang durch das stets winterlich graue Berlin streifte.

Unzählige Rollen hat sie gespielt, und immer noch sieht sie aus wie einem Jungbrunnen entstieg – selbst wenn die Maskenbildner Falten in ihr Gesicht malen und die Haare ausnahmsweise den grauen Ansatz zeigen dürfen.

Am 12. August wird Deutschlands erfolgreichste Schauspielerin nun 70 Jahre alt. Ob die attraktive Optik vom vielen Wassertrinken rührt, wie sie auf Nachfrage gern behauptet, oder mit Hilfe diskreter ärztlicher Kunst konserviert wurde, ist längst kein Thema mehr.

Die Berben ist ganz oben. Ein Star mit Erfolg, Einfluss und eigener Hausmacht: Ihr Sohn Oliver Berben gründete 1996 eine eigene Produktionsfirma, wirkt mittlerweile im Vorstand der Constantin-Film und lieferte seiner Mutter etliche Filmstoffe, darunter die Reihe „Rosa Roth“.

Die ungeschriebene Altersgrenze für Frauen im Fernsehen hat Iris Berben längst ausgehebelt, denn wer verlässlich Quote bringt, darf weitermachen. Solch einem Topstar wird sogar der rote Teppich ausgerollt. Prompt gratuliert das Öffentlich-Rechtliche Fernsehen mit zwei Filmen, welche die Lebensthemen einer Frau in den allerbesten Jahren wie Perlen auf eine Schnur ziehen: In „Mein Altwei-



Diva im Pelz: Iris Berben in dem ZDF-Film „Nicht tot zu kriegen“

Foto: ZDF/Alexander Fischerkoesen

bersommer“ darf sie im Ersten Programm (12.8., 20.15 Uhr) als gut situierte Ehefrau vorübergehend ihren Traum von Freiheit leben, einige Tage lang mit einem Wanderzirkus durch die Lande ziehen und im Bärenfell tanzen. Berben: „Es ist keine Geschichte über das Weglaufen, sondern über das Ankommen.“

Die Diva und ihr Bodyguard

Das ZDF bringt die Krimikomödie „Nicht tot zu kriegen“ (10.8., 20.15 Uhr), in der sie das eigene Image auf die Schippe nimmt – eine alternde Diva im Nerzmantel ist diese Simone Mangus, die sich an ihre Vergangenheit klammert wie ein Schwimmer an seinen Rettungsring. In

ihrem Fotoalbum ein vergilbtes Foto mit Ron Wood von den „Rolling Stones“. An ihrer Seite ein wortkarger Personenschützer, den sie bezirzt wie einst im Mai.

Wer sie persönlich trifft, erlebt eine Frau, die ihr Image genau kalkuliert bis hin zu charmanter Widersprüchen, die ein öffentliches Bild erst geheimnisvoll schillern lassen. Nie wird man Berben dabei ertappen, Privates offenzulegen und damit dem Boulevard Tür und Tor zu öffnen. Der Vater ihres 1971 geborenen Sohnes Oliver? Ein Tabuthema. Genauso wie die Beziehung zu dem zehn Jahre jüngeren Stuntman Heiko Kiesow, den sie 2007 bei den Dreharbeiten zu „Afrika mon amour“ kennenlernte: bitte keine Details.

Gäbe es ein Lehrbuch über die Kunst, den eigenen Namen zur Marke zu machen, sie wäre eine Musterschülerin. Gerne erwähnt Berben ihre wilde Jugend in den 60ern, die Jahre in wechselnden Internaten, die ersten Filme unter der Regie von Willy Bogner und Klaus Lemke, den zeitweiligen Gefährten Abi Ofarim.

Der Abglanz einer ungebärdigen Rebellin läuft in ihrer Vita bis heute als Unterfaden mit. Soll keiner denken, die Berben sei eine arrivierte Diva, die nur noch in Luxushotels Hof hält und künstlerisch auf Nummer sicher geht. Ein Image braucht Brüche, weshalb sie etwa bei der Entertainerin Ina Müller in deren Klammuk-Show „Inas Nacht“ einläuft und

neben der dröhnenden Gastgeberin kaum zu Wort kommt. Egal, die Botschaft sitzt: Berben kann auch Kneipe. Und eine Kuh mit der Hand melken, wie sie verrät.

Kaum ein anderer deutscher Star hat sein Potenzial so klug genutzt wie die gebürtige Detmolderin, die längst in Berlin lebt. Mag die im letzten Jahr verstorbene Hannelore Elsner die größere Schauspielerin gewesen sein – Iris Berben managt ihre Karriere professioneller, hakt mit Hilfe einer Assistentin jeden Termin in ihrem prallgefüllten Kalender penibel ab, betreibt eine perfekt gestaltete Website.

Mag eine Senta Berger mit mehr internationalen Produktionen punkten können – Berben hat dafür ihr Portfolio um ein soziales und politisches Engagement erweitert, das ihr genau jene Ernsthaftigkeit verleiht, die Schauspielerinnen sonst gerne abgesprochen wird. Seit vielen Jahren engagiert sie sich für Israel und gegen Rassismus. Sie tourt mit Lesungen, etwa aus dem Tagebuch der „Anne Frank“, wirkt in einem Musikdrama über die Kinder des KZ-Theresienstadt mit und war Herausgeberin eines Buches über couragierte Frauen. Dafür erhielt sie im Februar die Bayerische Verfassungsmedaille für ihr gesellschaftliches Engagement hinzu.

Neun Jahre lang war sie Präsidentin der Deutschen Filmakademie. Was kann da noch kommen? „Das ist doch das Spannende am Älterwerden, Du traust dich immer mehr,“ bekannte die Jubilarin schon vor Jahren. Also spielt sie weiter, demnächst im TV-Film „Das Unwort“, ein Kammerspiel über antisemitisches Mobbing, sowie in der Verfilmung des Dörthe-Hansen-Bestsellers „Altes Land“ über eine Frau, die nach 1945 als Kind aus Ostpreußen im Obstanbaugbiet bei Hamburg eine zweite Heimat fand.

Und wenn Berben lacht, zeigt sie ein geradezu mädchenhaftes Grübchen. Kalkuliert oder ganz spontan, wer will das schon so genau wissen.

ARCHÄOLOGIE

Ton, Steine, Sterben

Zeugnisse einer Römerschlacht – Krefelder Museum zeigt einzigartige Ergebnisse einer Ausgrabung

Im Archäologischen Museum Krefeld Burg Linn ist die Sonderausstellung „Abenteuer Großgrabung – Gräberfeld, Bataverschlacht und Römersiedlung“ bis zum 22. November verlängert worden. Präsentiert werden ausgewählte Fundstücke und Untersuchungsergebnisse aus der jüngsten archäologischen Grabung in Krefeld-Gellep von 2017 bis 2019.

Insgesamt dokumentierten die Archäologen auf dem Areal in der Nähe des Rheinhafens 3300 Befunde und sicherten etwa 90.000 Fundstücke aus der Zeit 800 vor bis 500 nach Christus. Es zeigte sich, dass dem bekannten, großen römisch-fränkischen Gräberfeld ein Bestattungsort aus der frühen Eisenzeit voranging.

Als wichtigstes Ergebnis gilt, dass die Nachricht des römischen Historikers Tacitus (58–120) über den Kampf der Römer gegen die germanischen Bataver bei Gelduba/Gellep im Jahr 69 n. Chr. bestätigt wurde. Im Herbst 69 lagerten 12.000 römische Legionäre und Hilfstruppen bei der ubischen Siedlung Gelduba, um den Bataveraufstand niederzuschlagen.

Tausende Funde stammen vom Schlachtfeld und dem Bereich des Militärlagers. Nach der gewonnenen Schlacht erbauten die Römer 71 das erste Kastell Gelduba am Niederrheinischen Limes.

In der Ausstellung zieht die Nachbildung eines Siegesdenkmals besondere Aufmerksamkeit auf sich. An den Stellen, wo sich eine Schlacht zu ihren Gunsten wendete, errichteten die Römer für ge-

wöhnlich ihren Göttern geweihte Denkmäler (Trophaea) in Form von Pfählen oder gestutzten Bäumen mit angehängten Schilden, Waffen und Helmen. Stadtarchäologe Hans-Peter Schletter fand Spuren zweier Trophaea und stieß damit auf einzigartige Nachweise für Deutschland. Es waren umgekehrt in den Boden eingelassene Helme, in denen abgebrochene und gefaltete Helmteile lagen. Bevor das

Militärlager verlassen wurde, hatte man die Opferriten im Boden deponiert.

Im „Viculus“, einer an das Militärlager angrenzenden Zivilsiedlung, lebten Händler, Handwerker, Sklaven und die Frauen der Soldaten. Davon zeugen freigelegte Straßenverläufe und Hausfundamente sowie Alltagsgegenstände, Schmuckstücke und Münzen. Eine Seltenheit stellt eine Krugscherbe mit einer Reliefdarstellung der ägyptischen Göttin Isis dar, die den Horusknaben auf dem Schoß hält und stillt. Der am Niederrhein einzigartige Fund belegt die Beliebtheit des Mysterienkults ägyptischen Ursprungs auch in Germanien während der römischen Kaiserzeit. Isis-Heiligtümer mit dazugehörigen Gemeinden konkurrierten noch in der Spätantike mit dem frühen Christentum.

D. Jestrzemski



Gläserner Sarg: Blick in die Ausstellung

Foto: Peter Hadasch

● **Museum Burg Linn** Rheinbabenstraße 85, 47809 Krefeld, geöffnet bis 31. Oktober täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, ab 1. November von 11 bis 17 Uhr. Eintritt: 4 Euro. www.museumburglinn.de

● MELDUNGEN

Bild-Erinnerung

Berlin – Die Gemäldegalerie am Kulturforum zeigt vom 8. August bis 1. November mit „Zwischen Kosmos und Pathos“ Berliner Kunstwerke von der Vor- und Frühgeschichte bis zur Neuzeit, die dem Kunsthistoriker Aby Warburg als Vorlagen seines 1000 Fotografien umfassenden „Bilderatlas Mnemosyne“ dienten. Darüber hinaus werden vom 4. September bis 30. November im Haus der Kulturen der Welt (der ehemaligen Kongresshalle im Großen Tiergarten) alle originalen, mehrfarbigen Abbildungen der Bildersammlung präsentiert. *tws*

Himalaya-Kunst

Hamburg – Das auf 3500 Metern im indischen Ladakh gelegene buddhistische Kloster Alchi bewahrt tausende Malereien aus dem 11. Jahrhundert auf. Zu sehen sind sie jetzt als Fotografien vom 13. August bis 7. März im Hamburger Völkerkundemuseum, das inzwischen MARKK (Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt) heißt. www.markk-hamburg.de *tws*

OSTPOLITIK

Die deutschlandpolitische Kehrtwende der Bonner Republik

Vor 50 Jahren setzte die Regierung Brandt mit dem Moskauer Vertrag den ersten Markstein ihrer Neuen Ostpolitik. Die betroffenen Heimatvertriebenen aus dem Osten wurden nicht auf diesen Weg mitgenommen

VON RENÉ NEHRING

Es war und ist eine der spektakulärsten und weitreichendsten Kehrtwenden der deutschen Geschichte. Am 12. August 1970 unterzeichneten Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und Außenminister Walter Scheel (FDP) für die Bundesrepublik Deutschland sowie Ministerpräsident Alexej Kossygin und Außenminister Andrej Gromyko (beide KPdSU) für die Sowjetunion in Moskau einen Vertrag, in dem sie ihren Wunsch bekundeten, die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern und auszubauen. Das Verhältnis zur Volksrepublik Polen und zur Deutschen Demokratischen Republik wurde anschließend – in ähnlichem Duktus – im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 und im Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 separat geregelt.

Anerkennung des Status quo

Der Moskauer Vertragstext umfasste einschließlich der Präambel lediglich knapp 360 Wörter oder 3.500 Zeichen, doch er hatte es in sich. Er begann mit diplomatischen Formeln, die aus heutiger Sicht banal erscheinen mögen, damals jedoch – 25 Jahre nach dem mörderischen Aufeinandertreffen zweier großer europäischer Nationen – alles andere als selbstverständlich waren. So betonten beide Seiten in der Präambel ihr „Bestreben, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt beizutragen“, und in Artikel 2 versicherten die Unterzeichner, künftige „Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen“ zu wollen.

Der Dreh- und Angelpunkt des Vertrages war Artikel 3, in dem sich die Bundesrepublik und die UdSSR dazu verpflichteten, „die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten“. Zudem erklärten sie, „daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden“ und dass sie „heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich“ erachteten, „einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“. Hatten bis dato alle im Bundestag vertretenen Parteien einschließlich der SPD am Maximalziel einer Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937 festgehalten, so erkannte mit dem Moskauer Vertrag erstmals eine Bundesregierung die im Zuge des Zweiten Weltkriegs entstandene Ordnung in Europa faktisch an.

Allerdings hatte die Bundesregierung Hintertüren offengehalten. So heißt es in Artikel 3, dass die bestehenden Grenzen „unverletzlich“ seien – nicht etwa „unveränderlich“ oder „unverrückbar“. Zudem betonte Außenminister Scheel in einem separaten „Brief zur deutschen Einheit“ an den sowjetischen Außenminister Gromyko, dass „dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

Und in begleitenden diplomatischen Noten an die Westalliierten erklärte die Bundesregierung, dass deren Rechte als Besatzungsmächte durch den Moskauer



Unterzeichnende in Moskau: Bundeskanzler Willy Brandt mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin und dessen Außenminister Andrej Gromyko. Im Hintergrund KPdSU-Parteichef Leonid Breschnew und Kanzlerberater Egon Bahr Foto: pa

Vertrag weder in Bezug auf Berlin noch auf Deutschland als Ganzes angetastet würden. Gerade diese Noten verdeutlichen die mangelnde Souveränität Deutschlands zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung sowie die Erkenntnis, dass jegliche Veränderungen nur in Übereinkunft mit allen vier Besatzungsmächten möglich waren.

Heftige Debatten

Trotz dieser Erklärungen löste der Moskauer Vertrag – zusammen mit den folgenden Ostverträgen – eine der heftigsten Debatten der alten Bundesrepublik aus, in deren Folge Abgeordnete der Regierungsfractionen zur Opposition übertraten und ein Misstrauensantrag gegen Bundeskanzler Brandt gestellt wurde (der freilich an einem Stimmenkauf durch die Ost-Berliner Staatssicherheit scheiterte). Oppositionsführer Rainer Barzel, selbst 1924 im ostpreußischen Braunsberg geboren, sagte etwa im „Spiegel“ (Nr. 34/1970): „Ich sehe in diesem Vertrag (...) eine schwere Beeinträchtigung unserer Lebensinteressen und keine Verbesserung für Gesamteuropa“ und weiter: „Zum Beispiel hat die Regierung den Akzent sehr auf die Wahrung der Rechte der Alliierten gelegt. Ich bestreite, daß sie mit gleichem Nachdruck sich bemüht hat, das Selbst-

bestimmungsrecht des deutschen Volkes zu verankern.“

Bundeskanzler Brandt erklärte noch von Moskau aus in einer Fernsehansprache: „25 Jahre nach der Kapitulation des von Hitler zerstörten Deutschen Reiches (...) ist es an der Zeit, unser Verhältnis zum Osten neu zu begründen – und zwar auf dem uneingeschränkten gegenseitigen Verzicht auf Gewalt, ausgehend von der politischen Lage, wie sie in Europa besteht.“ Für Brandt entsprach es „dem Interesse des ganzen deutschen Volkes, die Beziehungen gerade zur Sowjetunion zu verbessern“, denn diese „ist nicht nur eine der großen Weltmächte – sie trägt auch ihren Teil der besonderen Verantwortung für Deutschland als Ganzes und für Berlin“. Europa, so Brandt, „endet weder an der Elbe noch an der polnischen Ostgrenze“ und „Rußland ist unlösbar in die europäische Geschichte verflochten, nicht nur als Gegner und Gefahr, sondern auch als Partner – historisch, politisch, kulturell und ökonomisch.“

Wie sein Außenminister in dessen Brief an Gromyko betonte auch Brandt in seiner Moskauer Fernsehansprache, am Ziel der Wiedervereinigung festhalten zu wollen: „Morgen sind es neun Jahre her, daß die Mauer gebaut wurde. Heute haben wir, so hoffe ich zuversichtlich, einen Anfang gesetzt, damit der Zerklüftung entgegengewirkt wird, damit Menschen nicht mehr im Stacheldraht sterben müssen, bis die Teilung unseres Volkes eines Tages hoffentlich überwunden werden kann.“

Die Haltung der Vertriebenen

Eine der zentralen Aussagen in Brandts Ansprache war die Feststellung: „Mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war.“ Dies konnte man – im Kontext des Vertragstextes und der begleitenden Erklärungen

– als leicht verklausulierte, aber letztlich deutliche Aussage interpretieren, dass die Bundesregierung die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße als endgültig verloren ansah und etwaige Bestrebungen zur Wiedervereinigung fortan lediglich auf die DDR und Berlin beschränkt blieben.

Auch wenn Brandt mit seiner Feststellung nicht Unrecht hatte – schließlich war es nicht die Politik der Bundesrepublik, die zum Verlust des deutschen Ostens geführt hatte; diese hatte vielmehr die Aufgabe, die materiellen und ideellen Trümmer des zerstörten Landes zusammenzukehren – so verspielte der Bundeskanzler doch mit der Art und Weise, in der er seine Neue Ostpolitik betrieb, nicht nur das Vertrauen der ostdeutschen Heimatvertriebenen, sondern vertiefte auch die Gräben in der deutschen Gesellschaft.

Wer sich die damaligen Stellungnahmen der Heimatvertriebenen und ihrer publizistischen Organe ansieht, wird feststellen, dass auch ihnen durchaus bewusst war, dass es in der Ostpolitik nicht einfach so weitergehen konnte wie bisher. So hält etwa der Chefredakteur des *Ostpreußenblatts*, Hugo Wellems, der Bundesregierung keineswegs Vokabeln wie „Verzicht“ oder „Verrat“ vor, sondern fragt in seinem Kommentar vom 15. August 1970: „Worin liegt denn unser Gewinn?“ und „Was also sind die Gegenleistungen für die Bonner Unterschrift unter das Moskauer Vertragswerk?“

Die Verbandsposition formulierte eine Woche später der damals amtierende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Gerhard Pregel: „Mit der Inkraftsetzung dieses Vertrages hätten die Sowjets (...) ihren Machtbereich endgültig bis zur Elbe und Werra ausgedehnt und könnten sich dafür noch auf die Zustimmung der deutschen Regierung berufen.“

Auch Pregel beklagt, dass der Moskauer Vertrag „nicht die geringste Gegenleistung für die Besiegelung der Dreiteilung Deutschlands“ enthalte: „Millionen deutscher Mitbürger in Ost- und Mitteldeutschland müssen weiter in Unfreiheit leben, Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl bleiben bestehen!“

„Auch wir treten ein für eine zielgerichtete Friedenspolitik“

Gerhard Pregel

1970 amtierender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, im *Ostpreußenblatt*

Zugleich betont Pregel den guten Willen der Landsmannschaft: „Auch wir treten ein für eine zielgerichtete Friedenspolitik (...) Wir, die wir selbst durch die grausame Vertreibung soviel Leid erdulden mußten und auch heute noch im seelischen, menschlichen, teilweise noch immateriellen Bereich ertragen müssen, haben am ehesten erkannt, was Haß und Krieg zwischen den Völkern vermag (...) In unzähligen Verlautbarungen der verschiedensten Gremien der Heimatvertriebenen“, so Pregel, haben diese immer wieder zum Ausdruck gebracht, „daß sie zu einer echten Versöhnung bereit sind. Wir sind davon überzeugt, daß eine solche Versöhnung, wie sie auch mit unseren westlichen Nachbarn möglich gewesen ist, bereits ebenso Geschichte wäre, wenn das polnische und russische Volk frei seinen Willen bekunden könnte.“

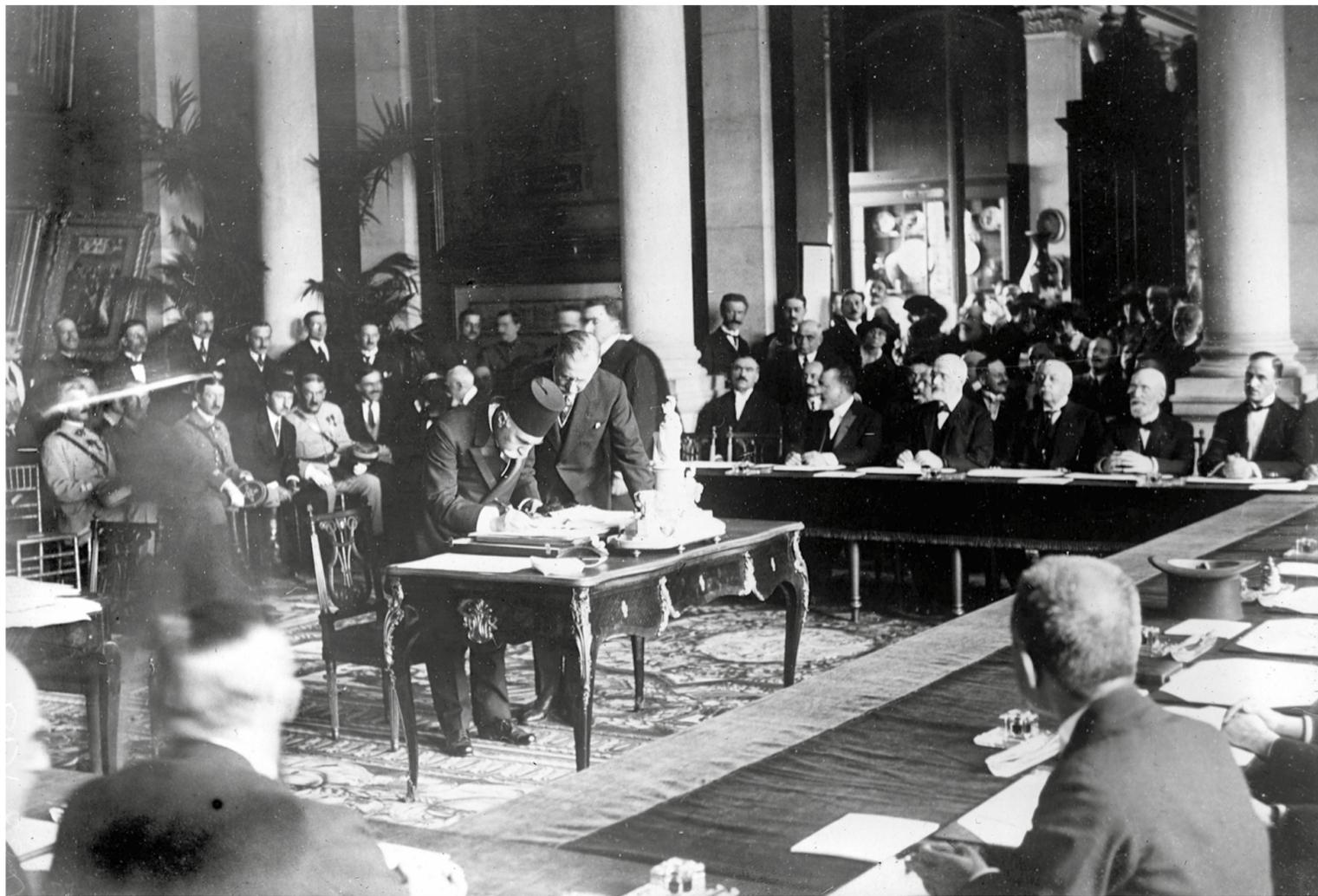
Vertane Chancen

Passagen wie diese zeigen, welche Möglichkeiten zur Stiftung des inneren Friedens die Bundesregierung mit ihrem Vorgehen verschenkt hat. Es hätte den Bundeskanzler nichts gekostet, in seiner Moskauer Fernsehansprache einige anteilnehmende Worte an die Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Ost-Brandenburger in der Bundesrepublik sowie an die Landsleute in der DDR zu richten und ihnen zu versichern, dass ihm ihr besonderes Schicksal bewusst ist. Es hätte ihn nichts gekostet, sie direkt um Verständnis dafür zu bitten, dass die Anerkennung des Faktischen ein Vierteljahrhundert nach dem Kriege aus diesem oder jenem Grunde unerlässlich sei, und dass der Blick nach vorn vielleicht auch ihren Interessen mehr nützt als das Festhalten an Rechtspositionen, die zu keinem Zeitpunkt einlösbar waren. Nur wenige Worte in diesem Sinne – und das politische Klima der Bundesrepublik wäre in der Folgezeit vermutlich weit weniger vergiftet gewesen. Immerhin waren führende Repräsentanten der Vertriebenen wie Wenzel Jaksch, Herbert Hupka und Reinhold Rehs lange Zeit Mitglieder der SPD.

Doch Willy Brandt wählte einen anderen Weg. Während er außenpolitisch auf Entspannung setzte, ließ er im Inneren die Betroffenen rechts liegen. Zahlreiche Medien assistierten ihm dabei. Wer Brandts Ostpolitik mitrug, wurde nunmehr als Teil der Entspannungspolitik gewürdigt; wer diese auch nur hinterfragte, galt fortan als „Revanchist“, „kalter Krieger“ oder „Ewiggestriger“.

„Mit diesem Vertrag geht nichts verloren, was nicht längst verspielt worden war“

Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Moskauer Fernsehansprache



Am 10. August 1920 im Pariser Vorort Sèvres: Bağdatlı Hadi Pascha von der osmanischen Delegation unterzeichnet das Vertragswerk

WOLFGANG KAUFMANN

Als „einen Verbrecher, der auf seine Aburteilung wartet“, bezeichnete der britische Außenminister George Curzon am 4. Juli 1919 das Osmanische Reich. Und der englische Premier Lloyd George prognostizierte: „Wenn die Friedensbedingungen verkündet werden, wird man sehen, zu welcher harten Strafen die Türken wegen ihrer Verrücktheit, ihrer Blindheit und ihrer Morde verurteilt werden ... Die Strafen werden so fürchterlich sein, dass selbst ihre ärgsten Feinde zufriedengestellt sein werden.“ Wie die anderen Mittelmächte Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und Bulgarien bekam auch das Osmanische Reich nach dem Ersten Weltkrieg von den siegreichen alliierten und assoziierten Mächten einen harten Frieden diktiert.

Der vor 100 Jahren, am 10. August 1920, in Sèvres unterzeichnete fünfte und letzte der Pariser Vorortverträge reduzierte das Territorium des Osmanischen Reiches auf einen Bruchteil. Syrien, Mesopotamien und die anderen arabischsprachigen Provinzen des Osmanischen Reiches im Nahen Osten und Nordafrika sollten größtenteils an die alliierten Hauptmächte und europäischen Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich und Italien gehen. Ausgenommen hiervon waren Palästina, das die Juden bekommen sollten, und der im Ersten Weltkrieg als Königreich selbstständig gewordene Hedschas im heutigen Saudi-Arabien mit den heiligen Stätten von Mekka und Medina. Griechenland erhielt Ostthrakien zugesprochen. Darüber hinaus kam die von den Truppen Athens besetzte Hafenstadt Smyrna, das heutige Izmir, samt Umland formell unter griechische Verwaltung. Den Kurden wurde ein eigener Staat in Ostanatolien in Aussicht gestellt, was insofern zum Problem geriet, als die Sieger Armenien ebenfalls ausgedehnte Gebiete in dieser Region zuschanzen wollten. Des Weiteren enthielt der Vertrag noch zahlreiche Regelungen zur Staatsangehörigkeit und dem Schutz von Minderheiten, zur Verfolgung türkischer Kriegsverbrecher und der fast vollständigen Auflösung der Streitkräfte des Osmanischen Reiches sowie zur internationalen Kontrolle der Meerengen zwischen dem Schwarzen Meer und der Ägäis.

UNTERZEICHNUNG DES FRIEDENS VON SÈVRES VOR 100 JAHREN

Erfolgreicher Widerstand gegen einen Diktatfrieden

Als einzige Verlierer des Ersten Weltkriegs verweigerten die Türken dem ihnen oktroyierten Pariser Vorortvertrag die Anerkennung

Die Bedingungen des Friedens von Sèvres waren noch härter als die vorangegangenen Pariser Vorortverträge und gefährdeten die Existenz eines wie auch immer gearteten türkischen Staates. Vor diesem Hintergrund verweigerte die Große Nationalversammlung in Ankara, die an die Stelle des von Sultan Mehmed VI. aufgelösten Parlaments in Istanbul getreten war, die Ratifikation des Vertragswerks. Dessen osmanische Unterzeichner wurden neun Tage nach der Vertragsunterzeichnung zu Vaterlandsverrätern erklärt. Die Türken waren damit die einzigen Kriegsverlierer, welche die Anerkennung des ihnen zugedachten Pariser Vorortvertrags verweigerten. Und sie kamen damit durch.

Der seitens Griechenland mit Einverständnis der Briten unternommene Versuch vom Brückenkopf Smyrna aus, weitere Teile der Türkei zu erobern, um die Türken zur Ratifikation des Vertrages von Sèvres zu zwingen, scheiterte auf ganzer Linie. Das Fiasko führte schließlich zur Abdankung des griechischen Königs Konstantin I. und zur Hinrichtung von Ministerpräsident Dimitrios Gounaris wegen Hochverrates.

Härtester der Vorortverträge

Ebenso wie in diesem 1922 beendeten Griechisch-Türkischen Krieg war die türkische Seite auch in dem am 24. September 1920 ausgebrochenen Türkisch-Armenischen Krieg erfolgreich. In dem diesen beendenden Vertrag von Alexandropol vom 2. Dezember 1920 verpflichtete sich die damals für wenige Jahre bestehende Demokratische Republik Armenien, auf die im Vertrag von Sèvres zugesicherten Gebiete in Ostanatolien zu verzichten.

Großbritannien und Frankreich sahen dem Scheitern der Griechen und Armenier praktisch tatenlos zu, widmeten sie ihre Aufmerksamkeit zwischenzeitlich doch eher dem russischen Bürgerkrieg und dem Polnisch-Sowjetischen Krieg. Darüber hinaus war es der Regierung in Paris augenscheinlich wichtiger, Deutschland zur Einhaltung der Bestimmungen des Versailler Diktats zu nötigen.

„Wenn die Friedensbedingungen verkündet werden, wird man sehen, zu welcher harten Strafen die Türken wegen ihrer Verrücktheit, ihrer Blindheit und ihrer Morde verurteilt werden ... Die Strafen werden so fürchterlich sein, dass selbst ihre ärgsten Feinde zufriedengestellt sein werden“

Lloyd George
britischer Premierminister von
1916 bis 1922

Vor diesem Hintergrund verlief der bewaffnete türkische Widerstand gegen die Bestimmungen des Friedens von Sèvres immer erfolgreicher. Bald vermochten es die Türken auch, die französische Besetzung Kilikiens zu beenden. Ein entsprechender bilateraler Vertrag wurde am 20. Oktober 1921 in Ankara unterzeichnet.

Revision durch Frieden von Lausanne

Schließlich gaben die Sieger des Ersten Weltkrieges den Versuch auf, auf der türkischen Anerkennung der Bestimmungen des Friedens von Sèvres zu bestehen. Das Ergebnis dieses Einlenkens war der vom Völkerbund initiierte Vertrag von Lausanne. Dieser am 24. Juli 1923 zwischen den Hauptvertragspartnern des Friedens von Sèvres geschlossene Vertrag lief auf eine formelle Revision des inzwischen drei Jahre alten Diktatfriedens hinaus. Beispielsweise erhielt die Türkei Ostanatolien und Ostthrakien nun für immer zugesprochen. Ebenso gab Italien seine Ansprüche auf das Gebiet um Antalya auf, wenn die Türkei dafür auch die italienische Souveränität über die Inselgruppe des Dodekanes vor der türkischen Südküste anerkennen musste.

Der durch den Vertrag von Lausanne beendete sogenannte Türkische Befreiungskrieg ist in mehrfacher Hinsicht bis in die Gegenwart von Bedeutung. Die Türkei erhielt ihre heutigen Grenzen. Und der angeblich „kranke Mann am Bosphorus“ machte die Erfahrung, dass er sein heutiges Territorium gegen den Widerstand der Griechen und der europäischen Westmächte erstreiten musste und erstreiten konnte. Das war nicht geeignet, bei den Türken Minderwertigkeitsgefühle oder Wohlwollen gegenüber dem Westen zu erzeugen.

WOLFGANG VON GRONAU

„Fliegender Prinz von Homburg“

Der 1893 in Berlin geborene Luftfahrtpionier Wolfgang Gronau, ab 1913 von Gronau, machte sich Anfang der 1930er Jahre mit mehreren Langstreckenflügen einen Namen. So startete er vor 90 Jahren, am 18. August 1930, von List auf Sylt aus mit einem „Wal“ von Dornier zur ersten Atlantiküberquerung eines Seeflugzeugs von Ost nach West. Für seinen berühmtesten Flug hatte er keine Genehmigung. „Ihr Einverständnis voraussetzend, fliege ich nach USA“, ließ Gronau nach Deutschland funken, als sein Flugboot Island in Richtung Grönland passierte. Den Verantwortlichen in Berlin blieb nichts weiter übrig, als abzuwarten, ob Gronau mit seiner Besatzung tatsächlich die USA erreichte. Trotz schlechten Wetters erreichten die Flieger ihr Ziel und wurden am 26. August 1930 in New York begeistert empfangen. Der damalige Reichsverkehrsminister Theodor von Guérard schickte ein Glückwunschtelegramm und schenkte von Gronau sinnigerweise eine Prachtausgabe von Heinrich von Kleists Drama „Der Prinz von Homburg“. Gronau scheint die Anspielung verstanden zu haben, denn in seinem Buch über den Atlantikflug bezeichnet er sich als den „fliegenden Prinzen von Homburg“.

Gronau war ursprünglich Seeoffizier in der Kaiserlichen Marine gewesen. Während des Ersten Weltkrieges wurde er dann zum Seeflieger ausgebildet. Gronaus eigentliche Karriere in der Luftfahrt begann, als er Mitte der 1920er Jahre die in Warnemünde angesiedelte Seeflugabteilung der Deutschen Versuchsfliegerschule übernahm. Dort stellte er 1925 einen Höhenrekord auf und gewann im folgenden Jahr den Deutschen Seeflugzeugwettbewerb.

Schon während des Krieges hatte er davon geträumt, eines Tages die



Wolfgang von Gronau nach seinem Atlantikflug vor 90 Jahren

Metropole am Hudson River zu erreichen. In den folgenden Jahren arbeitete er zielstrebig auf diesen Flug hin. Er war überzeugt, dass Atlantiküberquerungen am besten über die Nordroute an Grönland vorbei durchzuführen seien. Bei seinem Flug 1930 nutzte er Treibstoffdepots, die eine britische Expedition angelegt, aber nie genutzt hatte. Sein eigentlicher Auftrag hatte gelaute, zum Nordkap und wieder zurück zu fliegen.

Gronau verbrachte den Zweiten Weltkrieg als Luftwaffenattaché in Japan. Danach beriet er die Lufthansa in Fragen der Flugnavigation. Er starb 1977 im bayerischen Frasdorf.

Friedrich List

VON ROLF STOLZ

Die heutige Antifa, als „Antifaschistische Aktion“, „autonome Antifa“ oder „militante Antifa“ firmierend, behauptet, Erbe der 1932 gegründeten Antifa zu sein. Das rot-schwarze Doppelfahnenemblem (Rot für Sozialismus, Schwarz für Anarchismus) ähnelt dem von 1932 mit zwei roten Fahnen, die das vergeblich erhoffte Zusammengehen von Kommunisten und Sozialdemokraten symbolisieren sollten. Aber außer diesen Anklängen und einigen neu aufpolierten alten Parolen hat die neue Antifa nur eine zwanghafte Wiederholung alter Fehler zu bieten.

„Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ – diese von dem ultralinken KPD-Chefideologen Heinz Neumann formulierte Phrase galt bis zu dessen Entmachtung 1932 uneingeschränkt, prägte aber noch bis zur Ausrufung der Volksfront-Politik 1935 eine KPD-Politik, die teils auf individuellen Terror setzte (Mord an zwei Polizisten in Berlin 1931 durch den späteren Stasi-Chef Erich Mielke), teils sich in ziellose brutale Straßenkämpfe stürzte.

Die Russische Oktoberrevolution hatte gezeigt, wie in einer zugespitzten Lage eine kleine, gut organisierte Minderheit mit taktischen Lügen („Land und Frieden“) und Terror die Macht ergreifen konnte. Für die reaktionären Reaktionen der Ultrarechten lieferte Lenin einerseits Umsturz-Ermütigung, aber auch panische Angst vor einem Sieg des Bolschewismus in Deutschland und damit reichlich Vorwände für eigene Terroraktionen.

Allerdings verweigerte der historische linke Antifaschismus sich der Einsicht, dass sowohl der italienische Faschismus des Ex-Sozialisten Mussolini als auch der Hitlersche Nationalsozialismus Zersetzungs- und Abspaltungsprodukte aus dem Sozialismus des 19. Jahrhunderts waren. Stattdessen beruhigten sich die Antifaschisten mit der These Stalins vom Januar 1934, dass es „selbst bei gründlichster Prüfung“ unmöglich sei, im Faschismus „auch nur eine Spur Sozialismus zu entdecken“.

Lauter verpasste Chancen nach 1918

Unter den Bedingungen eines geschlagenen, vor Besetzung, Annexionen und Ausplünderung durch das Versailler Diktat stehenden Landes waren die Aufstände der Rätekommunisten zwischen 1919 und 1923 nicht nur aussichtslos, sondern beraubten die Linke jeder Chance, das Volk für sich zu gewinnen. Dass ihre Anführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg moralisch integer und ihren Mördern geistig turmhoch überlegen waren, änderte daran nichts. Ohne die elementar notwendige Selbstkritik an der hoffnungslos fehlgeleiteten Novemberrevolution taumelte die Linke selbstgewiss vorwärts von der Niederlage 1918/19 zur Niederlage 1933.



Einst waren die „Sozialfaschisten“ von der SPD der Hauptfeind: Antifa-Schmierereien finden sich überall im Lande, hier in Würzburg

Foto: Mauritius

ANTIFA

Lügen, Irrtümer und schließlich völlige Verblendung

Die Geschichte der „Antifaschistischen Aktion“ und ähnlicher Gruppen reicht bis 1932: Ein Blick auf die Genese einer immer gefährlicher werdenden linksextremistischen Strömung

Dabei gab es durchaus Momente, wo eine Wende von der Radikalrandale zu einer Politik im Volksinteresse möglich gewesen wäre. In Oberschlesien wehrte sich eine alle deutschen Parteien umfassende Volksbewegung 1920/21 gegen die von Frankreich unterstützten Aufstände polnischer Freischärler, die zur polnischen Annexion Ostoberschlesiens führten, obwohl die Volksabstimmung mit deutlicher Mehrheit für Deutschland ausgegangen war. Es gab 1918 Nationalkommunisten wie Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim, die allerdings schon bald jeden Einfluss verloren. Es gab kurze Zeit 1923 im Ruhrkampf gegen die französischen und belgischen Besatzer im Zeichen des von Karl Radek vertretenen Schlageter-Kurses die Hoffnung, dass sich eine überparteiliche Einheitsfront gegen die Entrechtung des deutschen Volkes formieren könnte. Als dies nicht gelang, wurde es der Hitler-Partei ermöglicht, sich als einziger wahrer Gegner des Versailler-Systems hinzustellen und Millio-

nen Menschen gegen die Demokratie, gegen alle Linksstehenden und gegen die Juden aufzuhetzen.

Es war längst zu spät, als am 24. August 1930 die KPD mit der „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ versuchte, dem etwas entgegenzusetzen. Zutreffend heißt es dort: „In einer Zeit der Knechtung Deutschlands durch den Versailler Frieden, der wachsenden Krise, der Arbeitslosigkeit und Not der Massen versuchen die Faschisten durch zügellose Demagogie und schreiende radikale Phrasen, unter der Flagge des Widerstands gegen die Erfüllungspolitik und den Youngplan, bedeutende Schichten des Kleinbürgertums, deklassierter Intellektueller, Studenten, Angestellter, Bauern sowie einige Gruppen rückständiger, unaufgeklärter Arbeiter für sich zu gewinnen.“

Aber die Gegenwehr blieb schon allein deshalb sektiererisch, weil im Sinne der Sozialfaschismus-Theorie weiterhin die SPD als Hauptgegner galt, und weil man

die Mittelschichten mit zahllosen Provokationen gegen sich aufbrachte, so mit Drohungen gegen Gastwirte und Hoteliers, die Teilnehmer einer Tagung des „Stahlhelms“ 1929 in Berlin nicht zu bewirten und zu beherbergen – Vorbild der „Zutritt für AfD verboten“-Kampagnen unserer Tage.

Die SPD-Führer waren wie ihre Weimarer Koalitionspartner keine Lichtgestalten, sondern fixiert auf Machterhalt und Anpassung. Während der preußische SPD-Innenminister Albert Grzesinski 1928 das Redeverbot gegen Hitler aufhob und ihm so seinen ersten Auftritt im Berliner Sportpalast ermöglichte, ließ der Berliner SPD-Polizeipräsident Karl Zörgiebel am 1. Mai 1929 die Maidemonstrationen verbieten und trug, wie Carl von Ossietzky in der „Weltbühne“ schrieb, „in eine friedliche Stadt die Apparatur des Bürgerkriegs ... nur damit eine Staatsautorität gerettet werden konnte, die durch nichts gefährdet war als durch die Unfähigkeit ihres Inhabers“.

Mehr als 30 Menschen, darunter SPDler und Unbeteiligte, wurden von der Polizei erschossen. Empörung über diese SPD war also mehr als verständlich, aber die Brandmarkung als „Sozialfaschisten“ machte jeden Dialog unmöglich. Die antifaschistische Einheitsfront wurde so zur Propagandaphrase und zum KPD-Anhängsel.

Man kann aus der Geschichte und ihren Irrwegen lernen. Die Neo-Antifa kann es offenkundig nicht. Im Dezember 1933 hatte das Exekutivkomitee der Komintern dekretiert: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“ Nimmt man das als Maßstab, dann müssen also all die biedereren, gutbürgerlichen AfD-Anhänger, die von der Antifa als „Nazis“ verbellt werden, logischerweise ultrareaktionär und Anhänger einer offen terroristischen Diktatur sein. Wie durchgeknallt muss man sein, um das glauben zu können, und wie verhetzt.

FINANZKONZERNE

Die heimlichen Besitzer der Welt

BlackRock, Vanguard und State Street: Gigantische Beteiligungsgesellschaften sind mächtige Teilhaber zahlloser globaler Konzerne

Jemand, der heutzutage Waren einkauft oder Dienstleistungen in Anspruch nimmt, ahnt meistens nicht, an wen sein hart erarbeitetes Geld am Ende geht. Ganz gleich, ob er sich die Zähne mit Colgate putzt, Jeans der Marke Levis und Schuhe von Adidas trägt, dem Hund ein Leckerli von Eukanuba zuwirft, Nestlé-Schokolade nascht, Coca Cola trinkt, Pakete mit DHL verschickt, bei Shell tankt, mit dem iPhone von Apple und einem Tarif von Vodafone telefoniert oder auf dem Computer samt vorinstalliertem Microsoft-Betriebssystem nach Informationen googelt und Urlaubsbilder bei Facebook hochlädt. Die hauptsächlich finanziellen Nutznießer all dessen sind stets die-

selben, nämlich die Kunden der US-Vermögensverwalter BlackRock, Vanguard und State Street.

Man kann ihnen kaum ausweichen

Diese drei Finanzdienstleister fungieren oftmals als die größten Anteilseigner von Firmen rund um die Welt. So besitzt niemand mehr Aktien von Apple, Google, Microsoft, Shell und Nestlé als BlackRock. Das gilt gleichermaßen für die deutschen DAX-Unternehmen Bayer, BASF, Merck, Allianz, Munich Re und E.on – darüber hinaus erwarb BlackRock auch beachtliche Anteile an Siemens, SAP, Daimler, Volkswagen, BMW, der Deutschen Telekom und Deutschen Post, Linde, Henkel, Fre-

senius, Continental, Infineon, RWE, ThyssenKrupp und der Deutschen Bank sowie der Commerzbank.

Vanguard wiederum steht hinter BlackRock an zweiter Stelle der Großaktionäre von DAX-Firmen und hält gemeinsam mit dem Konkurrenzunternehmen einen größeren Bestand von Aktien des Online-Versandhändlers Amazon als dessen Chef und Gründer Jeff Bezos, der momentan die Rangliste der reichsten Menschen der Welt anführt.

Desgleichen ist auch State Street an fast jedem dritten der rund 3900 börsennotierten US-Unternehmen sowie diversen DAX-Konzernen beteiligt. Die dafür aufgewendeten Summen sind schlichtweg

gigantisch: BlackRock hütet momentan einen Aktienbestand im Wert von 6,5 Billionen US-Dollar, während Vanguard und State Street auf 5,6 beziehungsweise 2,5 Billionen kommen.

Tanken für George Soros?

Das Geld stammt aus ganz unterschiedlichen Quellen, wobei aber US-Pensionsfonds, Staatsfonds der Erdölförderländer im Nahen und Mittleren Osten sowie superreiche Einzelinvestoren hier an vorderster Stelle rangieren. Wer also als Deutscher sein Auto volltankt oder im Supermarkt Nahrungsmittel kauft, sichert damit möglicherweise auch die Rentenzahlungen von Polizisten in New York

oder Lehrern in Texas. Oder er hilft muslimischen Autokraten auf der Arabischen Halbinsel, für die Zeit nach dem Ende des Ölbooms vorzusorgen. Sofern sein Konsumverhalten nicht dazu führt, dass Investoren und „Philanthropen“ vom Schlage eines George Soros noch vermögender werden. Die Möglichkeiten, all dies zu vermeiden, sind leider höchst begrenzt. Am ehesten würde noch helfen, auf regionale und dann auch direkt vermarktete Produkte zurückzugreifen. Doch genau das ist oftmals unmöglich, weil die Firmen, welche faktisch unter der Kontrolle von BlackRock, Vanguard und State Street stehen, mittlerweile ganze Branchen dominieren.

Wolfgang Kaufmann



KÖNIGSBERG

Tag des Bernsteins am Wrangelturm

Der 21. Juli ist dem Gold der Ostsee gewidmet – Ausstellung vor dem künftigen Bernstein-Zentrum

VON JURIJ TCHERNYSCHEW

Königsberg hat einen neuen Feiertag, der in diesem Jahr am 21. Juli erstmalig gefeiert wurde. Er ist dem wohl bekanntesten Schmuckstein gewidmet, der mit dem nördlichen Ostpreußen in Verbindung gebracht wird – dem Bernstein. Bisher gab es kein Datum, das diesem Stein gewidmet war.

Der Vorschlag, einen solchen Feiertag einzuführen, kam Anfang Februar seitens Vertretern der Bernsteinindustrie. Die Idee dazu lieferte Natalja Schewtschenko, die Gründerin der Arbeitsgruppe „Amber Love“ und Schöpferin der bei Königsberger Bürgern und Touristen so beliebten Homlin-Märchenfiguren. Nach dem Plan der Bernsteinbranche wird ein solches Ereignis wie ein Bernstein-Feiertag zur Förderung der Region und des Sonnensteins, ihres bekanntesten Symbols, beitragen.

Die Ideengeber wurden bei der Wahl des Datums für den Feiertag von den Mitarbeitern des Bernsteinmuseums unterstützt. Am 21. Juli 1947 wurde nämlich ein Komplex für den Bernsteinabbau und die Bernsteinverarbeitung, das „Kombinat 9“, eingerichtet. Dieses Datum markiert den eigentlichen Beginn der Bernsteinindustrie nach dem Krieg im Königsberger Gebiet und in der Russischen Föderation überhaupt. Rund 130 Firmen und Unternehmen der Region beschäftigen sich inzwischen mit Bernstein. Die industrielle Gewinnung des Goldes der Ostsee erfolgt durch das Königsberger Bernsteinkombinat, das einzige in der Russischen Föderation und das weltweit größte Industrieunternehmen für den Bernsteinabbau mit Sitz in Palmnicken, in dem etwa 90 Prozent der weltweiten Vorkommen dieses wertvollen Steins konzentriert sind. Die Reserven werden auf 116.000 Tonnen ge-



Am Wrangelturm: Bernsteinhandwerker und -händler bieten ihre Erzeugnisse zum Verkauf an

Foto: J.T.

schätzt, was nach vorläufigen Berechnungen den kommerziellen Abbau noch für die nächsten 350 Jahre sichern wird.

Aufgrund der Coronavirus-Pandemie fiel die Feier des ersten Bernsteintages recht bescheiden aus. Die Veranstaltung wurde vom Verband der Bernsteinindustrie des Königsberger Gebiets unter Beteiligung des regionalen Ministeriums für Wirtschaftspolitik, Industrie und Handel ausgerichtet.

Eines der Ereignisse des Tages war die Eröffnung des Wrangelturms als Zentrum für Unternehmen des Bernstein-Verbands. Während drinnen die Reparaturarbeiten

116.000

Tonnen Bernsteinvorkommen werden im Samland vermutet, das voraussichtlich noch in 350 Jahren abgebaut werden kann

gerade erst beginnen, wurde draußen eine Verkaufsausstellung eröffnet und eine Gedenkfliese mit der Inschrift „Tag des Bernsteins“ angebracht. Den Plänen zufolge

wird im dritten Stock des Turms ein paläontologisches Zentrum untergebracht, das vom Bernsteinmuseum eingerichtet wird. Im Erdgeschoss sind ein Ausstellungsraum und ein gemeinsamer Arbeitsraum geplant. Der Innenhof des Turms soll mit einer Kuppel überdacht werden. Dies wird ein Ort für Freilicht-Veranstaltungen sein. Gleichzeitig können die Touristen dem Prozess der Herstellung von Bernsteinprodukten zusehen und sogar an deren Herstellung teilnehmen. Die Vertreter der Bernsteinindustrie hoffen, dass der Tag des Bernsteins künftig zu einem Feiertag für alle Bürger der Stadt wird.

SÜDLICHES OSTPREUSSEN

Tödliche Badeunfälle häufen sich

Mehr Gäste an der Ostsee und an den Seen wegen Corona – Behörden warnen vor Leichtsin

Hunderte von Urlaubern ertrinken jedes Jahr in der Republik Polen. Im Jahr 2019 kamen 456 Menschen im Wasser ums Leben. Vieles deutet darauf hin, dass die gegenwärtige Sommersaison eine der tragischsten sein wird. Wegen der Angst vor der Corona-Epidemie und aufgrund der Einschränkungen, die mit Reisen und Ausflügen in andere Länder verbunden sind, verbringen die meisten Polen ihren diesjährigen Urlaub zu Hause – in der Regel an der Ostsee oder an den Seen in Ostpreußen.

Bereits 108 Ertrunkene

Unterdessen geben die Polizeistatistiken Anlass zur Besorgnis. Im Juni und Juli verloren bereits 108 Menschen ihr Leben durch Ertrinken. Als eine der häufigsten Todesursachen im Wasser nennen sowohl Rettungskräfte als auch die Polizei, dass eine beträchtliche Anzahl von Strandbesuchern nach Alkohol- oder Drogenkonsum baden geht, dabei ihre Fähigkeiten überschätzt und die Reaktion des Körpers nicht mehr kontrollieren kann. Das Sicherheitszentrum der Regierung appelliert wörtlich an die Badegäste, nur in nüchternem



Schwimmen an „wilden“ Badestellen: Viele unterschätzen die Gefahr

Foto: D.K.

Zustand baden zu gehen. Die Dienste warnen auch davor, erhitzt ins Wasser zu gehen, ohne sich vorher abzukühlen. Ein thermischer Schock droht andernfalls.

Leider fallen auch häufig Kinder dem Wasser zum Opfer. Oft können sie nicht schwimmen und entfernen sich auf Luft-

matratzen vom Ufer oder begeben sich ohne Begleitung Erwachsener ins tiefe Wasser.

Ein Beispiel dafür ist eine Tragödie am Treuburger See, bei der ein zwölfjähriges Mädchen beim Spielen mit seinen Freunden auf dem Steg in den See fiel. Trotz

einer schnellen Rettungsaktion und Wiederbelebungsversuchen gelang es nicht, das Mädchen zu retten.

Ein häufig begangener Fehler ist, im offenen Wasser mit einem Kanu, Boot oder Tretboot ohne Schwimmweste zu fahren. Wie gefährlich das ist, zeigt der Fall eines 61-jährigen Anglers aus Allenstein, der im Juni früh morgens mit einem Boot in die Gewässer des Wulping-Sees bei Schönfelde fuhr. Einige Zeit später wurde das umgestürzte Boot bemerkt und die Polizei informiert. Polizisten und Feuerwehrmänner kamen an den Ort. Man leitete eine Suche ein, in deren Ergebnis die Leiche des Anglers gefunden wurde.

In der gegenwärtigen Situation werden wilde Strände und unbewachte Badegebiete immer beliebter, um Gedränge und Kontakt mit anderen zu vermeiden. Dort lauern weitere Gefahren, wie unebene, schnell wechselnde Böden, die bei einem Sprung ins Wasser zu einem schweren Unfall führen können. Auch sumpfige, steile Ufer oder reißendes Wasser stellen eine zusätzliche Gefahr dar.

David Kazanski

MELDUNGEN

Boots-Fäkalien in Seen

Allenstein – In diesem Jahr verkehren auf den Großen Masurischen Seen wegen der Corona-Pandemie mehr Boote als in den Vorjahren, schätzungsweise 14.000 Boote täglich. Die Mehrzahl der Bootsführer lässt den WC-Abfall einfach ins Wasser ab, denn von 161 masurischen Häfen bieten nur 45 die Möglichkeit zur Entleerung der WC-Kassetten. Obwohl die Kosten für die Entsorgung nur zwischen 2,50 und elf Euro betragen, ziehen die meisten es vor, ihre Fäkalien in die Seen abzulassen. Nach Schätzung von Magdalena Fuk, der Vorsitzenden der Stiftung zum Schutz der Großen Masurischen Seen, halten sich täglich zwischen 50- und 70.000 Personen auf den Seen auf, was die Kapazität der Abnahmestellen überschreite. Deshalb wollen die Kommunalverwaltung und die Stiftung an die Regierung appellieren, neue Vorschriften zu erlassen, die es ermöglichen, die Abflussrohre der Boote zu plombieren. Gleichzeitig wird man sich um Mittel der Europäischen Union für den Bau von Abfall-Annahmestellen in den Häfen bemühen. Es gibt auch die Idee, auf den Seen Sanitär-Schiffe für die Entsorgung der Fäkalien einzusetzen. PAZ

Lewandowski investiert

Lötzen – Die Verwirklichung der „Wasserwelt“ in Lötzen, eines gewaltigen Objekts, in dem vier Firmen eingebunden sind, rückt immer näher. An einer der Firmen hält der Fußballer Robert Lewandowski Anteile. Das Zentrum „Wasserwelt“ wird eine Segler-Siedlung mit Anlegestelle, einem „masurischen Aquarium“ und einem Restaurant auf dem Wasser sein, das man von einem Boot aus betreten kann. Mitinhaber der Gesellschaft, die das Restaurant bauen wird, ist Lewandowski. Die Ausschreibung für das Bauprojekt ist bereits erfolgt und in Kürze werden die Verträge unterschrieben. Die Bauarbeiten sollen im September beginnen. Der Wert der gesamten Anlage beträgt umgerechnet mehr als 16 Millionen Euro. PAZ

Zahl der Störche sinkt

Allenstein – Die Zahl der Störche nimmt ab. Grund ist der Rückgang an Wiesen mit überschwemmten Bereichen. Der weiße Storch ist eine der bekanntesten Vogelarten in der Republik Polen. Schätzungsweise 45.000 Paare nisten hier. Eine Untersuchung zeige, dass von 2001 bis 2015 die Zahl der Störche in der Republik Polen um 17 Prozent abgenommen habe, so der Ornithologe Sebastian Menderski. „Die Meinung, dass jeder vierte Storch aus Polen kommt, ist nicht mehr aktuell. Die meisten dieser Vögel werden derzeit in Spanien geboren.“ Den Rückgang des Storchbestands habe die Landwirtschaft zu verantworten. Deshalb warnen die Ornithologen davor, Wiesen und Überschwemmungsgebiete der Flüsse, die Nahrungsquellen der Störche, weiter umzuwandeln. PAZ



Wönkhaus, Irene, geb. **Kurrat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bondzio, Irmgard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 12. August

Ebnöther-Thurnheer, Martin, geb. **Ebnöther**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 12. August

Gonschorrek, Liselotte, geb. **Taetz**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 9. August

Handke, Leonore, geb. **Tetlowski** aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 11. August

Müller, Helga, geb. **Kummetz**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. August

Schmidtke, Elisabeth, geb. **Kaulbars**, aus Mülsen, Kreis Fischhausen, am 8. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fortak, Heinz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 11. August

Kirchen, Anna, geb. **Koose**, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, am 8. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Badziong, Siegfried, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 11. August

Barth, Herta, geb. **Gollack**, aus Wehlau, am 7. August

Czytrich, Helga, geb. **Bublitz**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. August

Mertsch, Elli, geb. **Hahnke**, aus Heiligenbeil, Kreis Wehlau, am 10. August

Nicolovius, Hans-Werner, aus Wehlau, am 12. August

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgende Veranstaltungen geplant:

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Wegen der Corona-Pandemie kann es zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesge-

schaftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Der geplante Festakt

„100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Diese virtuelle Gedenkveranstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Wir gratulieren...

Radtke, Gerhard, aus Windkeim/Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 13. August

Sadlowski, Erich, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Sauer, Dr. Christa, geb. **Alzuhn**, aus Lyck, am 13. August

Sewzik, Gertrud, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. August

Wagner, Hildegard, geb. **Mädig**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 10. August

ANZEIGE

Mein traumhaftes
**Ferienhaus
in Masuren,**
15 km von Lyck, direkt
am Laschmiedensee
steht zum Verkauf
Näheres per E-Mail:
h.g.pregel@web.de

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ciastek, Ursula, geb. **Haberland**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August

Cyrkel, Elisabeth, geb. **Wlotzki**, aus Krokau, Saberau, Kreis Neidenburg, am 10. August

Kirchhof, Anneliese, geb. **Motitz**, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 9. August

Kühn, Margarete, geb. **Kowalzik**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 10. August

Marx, Margarete, geb. **Jedaschke**, aus Wangnick, Kreis Preußisch Eylau, am 9. August

Pachan, Hugo, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Parakenings, Ernst, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 9. August

Piechottka, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. August

Schlösser, Fritz, aus Haselgrund, Kreis Ebenrode, am 10. August

Wallis, Walter, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 13. August

Wieter, Hildegard, geb. **Rojek**, aus Neidenburg, am 10. August

Windwehr, Käte, geb. **Endom**, aus Wehlau, am 9. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beling, Alfred, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 10. August

Donder, Günter, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. August

Hrastnick, Erna, geb. **Krüger**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 9. August

Kazich, Herbert, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 7. August

Keding, Helmut, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 10. August

Krohm, Ursula, geb. **Matz**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 8. August

Mark, Edith, geb. **Boeck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. August

Moeck, Martin, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 13. August

Nellesen, Helmut, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 10. August

Ollesch, Ursula, geb. **Wulf**, aus Wehlau, am 8. August

Peukert, Gretel, geb. **Joppien**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 12. August

Reese, Hildegard, geb. **Ceranski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg,

am 13. August

Rehberg, Kurt, aus Partheinen/Stuthenen, Kreis Heiligenbeil, am 8. August

Schmidt, Erika, geb. **Maschlinski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 9. August

Schoenecken, Leonore, geb. **Barzik**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 10. August

Söcknik, Harry, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. August

Walter, Ilse, geb. **Faust**, aus Korben, Kreis Fischhausen, am 10. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bölck, Frieda, geb. **Thiel**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 7. August

Cordts, Christel, aus Neudiems, Kreis Röbel, am 8. August

Debus, Charlotte, geb. **Piassek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 7. August

Graefe, Inge, geb. **Erdmann**, aus Lyck, am 9. August

Niewierrra, Hildegard, geb. **Masannek**, aus Neidenburg, am 11. August

Pietsch, Helga, geb. **Matties**, aus Warsche, Kreis Elchniederung, am 7. August

Radmacher, Gerhard, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 13. August

Rudat, Kurt, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 7. August

Schlennstedt, Annemarie, geb. **Müller-Heinemann**, aus Lyck, Hindenburgstrasse 65, am 7. August

Spohrer, Ursula, geb. **Matern**, aus Fischhausen, am 9. August

Tuchlinski, Carmen, geb. **Wöhre**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 9. August

Wegner, Ella, geb. **Kruck**, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 12. August

Zschäbitz, Ingeborg, geb. **Becker**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 11. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bautz, Adolf, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 9. August

Chaymowski, Emma, geb. **Bombor**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 8. August

Dzikowski, Waltraud, geb. **Joswig**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 9. August

Habermann, Ernst, aus Neidenburg, am 9. August

Hellwig, Gerhard, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 12. August

Katzenski, Herbert, aus Walden, Kreis Lyck, am 11. August

Korsch-Wacker, Ilse, geb. **Korsch**, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 9. August

Plewka, Gustav, aus Saffronken, Kreis Neidenburg, am 10. August

Schmidt, Ellen, geb. **Borowski**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 10. August

Schultz-Kalau, Dorothea, aus Sentken, Kreis Lyck, am 8. August

Slotta, Ursula, geb. **Greger**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. August

Stobbe, Helmut, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 8. August

Taubert, Horst-Werner, aus Lyck, am 11. August

Weyer, Edith, geb. **Höltke**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 10. August

Wolinski, August, aus Milucken, Kreis Lyck, am 10. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bann, Helga, geb. **Neumann**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 8. August

Biendarra, Manfred, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 12. August

Darden, Barbara, geb. **Krebs**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 12. August

Diehl, Elisabeth, geb. **Pruss**, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 10. August

Glienke, Karl-Heinz, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 11. August

Gollub, Manfred-Joachim, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 12. August

Hofmann, Eva, geb. **Schlisio**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 13. August

Licht, Gert, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 7. August

Oestreich, Elke, geb. **Denda**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 13. August

Peterson, Petra, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 9. August

Pfersich, Karin, geb. **Wagner**, aus Wehlau, am 11. August

Schmutzler, Erika, geb. **Timmler**, aus Wehlau, am 9. August

Weber, Wilhelm, Kreisgemeinschaft Lyck, am 8. August

Westphal, Peter, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 11. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Rattay, Erika, geb. **Lamers**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Zusendungen für die Ausgabe 34/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 34/2020 (Erstverkaufstag 21. August) bis spätestens Dienstag, den 11. August 2020, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: renker@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

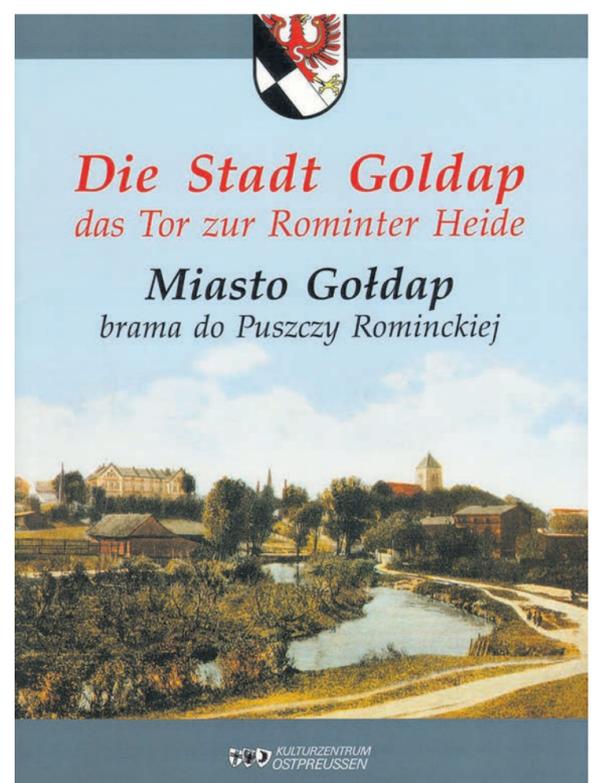
Kulturzentrum Ostpreußen

„Die Stadt Goldap – das Tor zur Rominter Heide / Miasto Gołdap – brama do Puszczy Rominckiej“ ist der Titel einer zweisprachigen Publikation, die das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen veröffentlicht hat.

Das 18-seitige, auf hochwertigem Kunstdruckpapier hergestellte Werk enthält zahlreiche historische, teilweise farbige Abbildungen. Der gesamte Text ist zweisprachig in Polnisch und Deutsch verfasst.

Das Heft kann beim Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Tel. 09141/86440, Fax: 09141/864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von 3,50 Euro zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden.

Weitere Informationen:
www.kulturzentrum-ostpreussen.de



Heimatkreisgemeinschaften

Allenstein-Land
Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Vellbert, Tel.: 02051 - 8 77 29, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de
Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel.: 05401 - 977-0

Vorstandssitzung: Am 27. Juni 2020 kamen in Meinerzhagen Mitglieder des geschäftsführenden und des erweiterten Vorstandes zur zweiten Vorstandssitzung 2020 zusammen. Nach Abgabe der Berichte des Kreisvertreters, des Schatzmeisters und des Schriftleiters wurde beraten, wie der Vorstand mit der Stadtgemeinschaft Allenstein, die sich im Rahmen des Zusammenschlusses der beiden Vereine von Stadt und Land Allenstein nicht an die gemeinsamen Vereinbarungen gehalten hat, künftig umgehen soll. Das Ergebnis wurde zu Protokoll genommen. Einen breiten Raum nahmen die Vorbereitungen zur anstehenden Kreisversammlung 2020 ein.

Kreisversammlung 2020 (ehemals Mitgliederversammlung): Die erste Kreisversammlung der neuen Kreisgemeinschaft findet am Samstag, dem 29. August 2020, um 10 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses der Gemeinde Hagen am Teutoburger Wald, Schulstr. 7, 49170 Hagen a.T.W. statt. Die eingetragenen Vereinsmitglieder und die Ehrenmitglieder sind persönlich eingeladen. Personen, die sich der neuen Kreisgemeinschaft verbunden fühlen, wie die Leser des Heimatjahrbuches, Förderer und Gönner,

können an der Sitzung teilnehmen. Bringen Sie alle bitte einen Nasenmundschutz mit!

Die Tagesordnung lautet: 1. Eröffnung, Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung; 2. Wahl des Protokollführers; 3. Genehmigung des Protokolls der außerordentlichen Sitzung vom 29. Juni 2019; 4. Grußworte der Ehrengäste; 5. Bericht des Kreisvertreters; 6. Bericht des Schatzmeisters für das Geschäftsjahr 2019; 7. Bericht der Kassenprüfer; 8. Entlastung des Vorstands; 9. Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 2020 (Schatzmeisterstraße); 10. Abstimmung über den Haushaltsplan 2020; 11. Ehrungen; 12. Berichte der Vorstandsmitglieder nebst Aussprache 13. Verschiedenes

Der Kreisvertreter



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 - 983-31 00; Fax: 04261 - 983 -31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

Angerburger Tage fallen aus

Der Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft Angerburg hat kürzlich entschieden, die diesjährigen Angerburger Tage abzusagen. Diese Maßnahme soll insbesondere dem Schutz der Risikogruppen dienen.

Bitte informieren Sie auch Ihre Freunde und Bekannten.

Vielen Dank!

Im Auftrag des Vorstandes Michael Meyer



Gumbinnen

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

In unserem „Gumbinner Heimatbrief“ Nr. 136, der im Juli verschickt wurde, haben wir bereits mitgeteilt, dass das diesjährige Bundestreffen am 5. und 6. September 2020 in Bielefeld wegen der gegenwärtigen Corona-Situation nicht stattfinden kann. Der Vorstand hat es sich nicht leicht gemacht, diese Entscheidung zu fällen.

Neben den gesundheitlichen Risiken ist das traditionelle Treffen nur mit großen Einschränkungen durchzuführen.

Wir können uns leider nicht in vertrauten Gesprächsrunden treffen, die Abstandsregelungen lassen das nicht zu. Auch das Konzert mit dem Kammerchor Kant kann nicht stattfinden, da der Chor wegen der Reisewarnung nicht kommen darf.

Viele von uns zählen zu den Risikogruppen, und die Reise nach Bielefeld kann nicht bedenkenlos durchgeführt werden. Das ist schade, aber wir wollen nicht leichtsinnig mit dieser Situation umgehen und haben uns für die Absage entschieden.

Auch amtlicherseits wird von einem Treffen zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgeraten. Da wir aber eine Mitgliederversammlung durchführen müssen, planen wir diese im ersten Halbjahr 2021. Den Termin werden wir im nächsten „Gumbinner Heimatbrief“ Nr. 137 im Dezember bekannt geben.

In heimatlicher Verbundenheit begrüßen wir herzlich und wünschen Ihnen allen einen schönen Sommer und bleiben Sie alle gesund, damit wir uns im nächsten Jahr wiedersehen können.

Für den Vorstand der Kreisgemeinschaft Gumbinnen

Karin Banse, Vorsitzende



Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Nachwahlen zum Kreisvorstand

Liebe Kreistagsmitglieder, im Namen des Vorstandes lade ich Euch/Sie zu unserer außerordentlichen Kreistagsitzung 2020 herzlich ein. Persönliche Einladungen an die Mitglieder des Kreistages sind erfolgt.

Diese außerordentliche Kreistagsitzung wird notwendig, da es darum geht, den Kreisausschuss zu vervollständigen. Sie findet statt am 12. September 2020 um 9 Uhr.

Ort der Kreistagsitzung ist das Hotel Haase in Burgdorf.

Gewählt werden ein Kreisvertreter/in und ein 2. Stellvertretender Kreisvertreter. Es haben sich für das Amt der Kreisvertreterin bereit erklärt zu kandidieren, Frau Viola Reyentanz, Stadtvertreterin Zinten. Als 2. Stellvertreterin kandidiert Brunhilde Schulz, Beisitzerin im Vorstand, Schriftleiterin des Heimatblattes, komm. Stadtvertreterin Heiligenbeil-Nord.

Um weitere Wahlvorschläge bis zum 1.9.2020 wird gebeten. Die Wahlvorschläge müssen enthalten:

Name, Vorname, Geburtsdatum, Heimatort sowie jetzige Anschrift des Kandidaten. Ferner das Amt, für das der Kandidat vorgeschlagen wird.

Wahlvorschläge können ausnahmsweise auch noch in der Sitzung vor dem jeweiligen Wahlgang gemacht werden. Diese Wahlvorschläge müssen die Unterschriften von drei wahlberechtigten Mitgliedern tragen.

Christian Perbandt Vorsitzender Heiligenbeil



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatumuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Wir haben uns entschlossen das für den 18./19. September 2020 geplante Kreistreffen in Verden/Aller nicht stattfinden zu lassen.

Der gesamte Vorstand hat darüber abgestimmt und ist einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht zu verantworten ist, das Treffen in der momentanen Situation der Corona-Pandemie stattfinden zu lassen. Die leider notwendigen Maßnahmen wie Abstandsregeln und strenge Vorschriften wie das Tragen eines Mundschutzes würden leider nicht zu einem unbeschwerten und gelungenen Treffen beitragen. Weiterhin ist uns gerade Ihre Sicherheit und Gesundheit wichtiger, zumal wir alle zu der ausgesprochenen Risikogruppe gehören. Wir setzen daher das Treffen in diesem Jahr aus und freuen uns auf ein gesundes und unbeschwertes Wiedersehen im Jahr 2021 in Verden.

Aus den genannten Gründen muss leider auch die Mitgliederversammlung ausfallen. Wir werden jedoch alle Mitglieder in einem Sonderheft, das im September erscheinen wird über die Einzelheiten in unserer Kreisgemeinschaft informieren und Ihnen als „Trostpflaster“ ein zusätzliches Kreisblatt zusenden.

Mit herzlichen Grüßen und bleiben Sie gesund!

Ihre Evelyn v. Borries Kreisvertreterin Pr. Eylau

PAZ wirkt!

Rätsel

Word search puzzle grid with clues in German. Clues include: erhöhen, auszeichnen; unecht, nachgemacht; Zweifler; aufdringlich anblicken; alkoholfreies Mischgetränk; schwer arbeiten, schufteten (ugs.); Philosph; Schauspieler; durchdringend schallend; kühn, unternehmungslustig; Überverteilung im Preis; norwegische Hauptstadt; 43. US-Präsident (George W.); Hafen in Südschweden; engl. Schriftsteller (Charles); Rolle zum Aufwickeln von Garn; Gestein aus Kalk und Ton; engl. Weitumsegler (James); Weltkampfstätte; Manège; abwertend: Feigling; männlicher Taufzeuge; deutsche Popsängerin; Bewohner eines dt. Bundeslandes; Wintersportgerät; schlechter Mensch, Schuft; Korridor, Gang; religiöser Brauch; Zeremoniell; stachelig; Verbrechen; semantisch: Windseite; Kreuzesinschrift; Abstammung, Ursprung; nordamerikanisches Rentier; ein Farbton; Spion, Spitzel; geschickte Täuschung; Leid, Not; Meeresstachelhäuter; wohl-schmeckend; Klettertrieb einer Pflanze; gefragt, begehrt, angesagt (engl.); Ostgermane; altröm. Politiker und Redner; aal-artiger Fisch; leicht anheben; Nachlassempfänger; Mädchen im Wunderland; braunhaarig; Stadt in den franz. Alpen; Bootswettfahrt; hochbetagt; besitzanzeigendes Fürwort; Gebirgspfad; Klage-lied; politischer Fanatiker; zaunartige Absperrung; Kretschke; 1. Uebung, 2. Krebs, 3. Reimer, 4. Meduse, 5. Lesung, 6. Norden - Stuten, Kuchen; Diagonalrätsel: 1. Stück, 2. Stabe, 3. Flucht, 4. Acher, 5. Wetter, 6. Nord - Stuten, Kuchen; So ist's richtig; Teppichmaterial; Pyrenäen-volk; golden lassen, zulassen; Bilderrätsel; Zensur; Strom in Ost-sibirien; chem. Zeichen für Gallium; Fein-gewicht für Edelmetalle; radio-aktives Schwermetall; Box-kampfab-schnitt; netz-artiges Gewebe; hoch-streben, sich türmen; Roman von Emile Zola; spöttisch: schmer Mann (franz.); höchste Spiel-karte; dt. TV-, Radio-sender (Abk.); Kanton der Schweiz; fasanen-artiger Vogel; Betreuer von Studenten; glätten, planieren; Bruder, Ordens-bruder (lat.); Ringel-, Saug-wurm; ein Europäer; Auer-ruf des Miss-fallens; persönl. Geheim-nummer (Abk.); fasanen-artiger Vogel; Betreuer von Studenten; Südost-asiat; glätten, planieren; Bruder, Ordens-bruder (lat.); Box-kampfab-schnitt; netz-artiges Gewebe; hoch-streben, sich türmen; Roman von Emile Zola; Nadel-baum, Fichten-art; dt. TV-, Radio-sender (Abk.); höchste Spiel-karte; spöttisch: schmer Mann (franz.); Fein-gewicht für Edelmetalle; radio-aktives Schwermetall; chem. Zeichen für Gallium; Teppich-material; Pyrenäen-volk; golden lassen, zulassen; Bilderrätsel; Zensur; Strom in Ost-sibirien; chem. Zeichen für Gallium

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 2, 7, 5, 1, 6, 8 in the top row and 1, 3, 4, 8, 9, 6 in the bottom row.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

6x6 Diagonal puzzle grid with numbers 1, 2, 3, 4, 5, 6 in the first column.

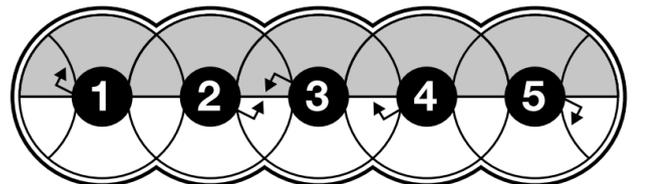
Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Backwaren. 1 Teil eines Ganzen, 2 Standbild, 3 eiliger Weggang, 4 Sportrunderboot, 5 Zustand der Lufthülle, 6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Überzeugung durch Worte.

- 1 Training, 2 Reich der Toten, Unterwelt, 3 Verseschmied, Poet, 4 Qualle, 5 parlamentarische Beratung



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Gedenken in Franken Der Vorsitzende der Gruppe Altmühlfranken, Dr. Jürgen Danowski, während seines Vortrags über die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen im Jahr 1920

Foto: Danowski



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe
Ringstraße 51a, App. 315, 85540
Haar Tel.: (089)23147021 stabe@
low-bayern.de, www.low-bayern.de

Sommerfest der Kreisgruppe Altmühlfranken - Erinnerung an die Volksabstimmung 1920

Weißenburg-Gunzenhausen - Monatlang gab es keine Veranstaltungen der Kreisgruppe. Nun endlich hat das landsmannschaftliche Leben „nach Corona“ wieder begonnen, und zwar noch nicht in einem öffentlichen Restaurant, sondern auf Einladung der frisch getrauten Landsleute Heike und Ralf Loos auf deren stattlichem und liebevoll restauriertem jahrhundertaltem Landgut im Altmühltal. Nach Führung durch Hofstelle und Garten hielt die Schar der Landsleute an dem dort errichteten historischen Wegkreuz inne, wo mit Schwester Gudrun, Diakonisse des Mutterhauses Hensoltshöhe in Gunzenhausen, Andacht gehalten wurde. Thema waren die Grenzen, die durch das Kreuz gekennzeichnet werden, sowohl im Lebensverlauf als auch zur Heimat im Osten hin.

Nach einem von den Damen Loos und Danowski bereiteten schmackhaften Abendessen in der prächtigen Festscheune und nach einem Choral des Ostpreußenliedes wurde das ost- und westpreußischen Jahrhundert-Ereignisses gedacht, der Volksabstimmung vom 11. Juli 1920. Der Vorsitzende Dr. Danowski erinnerte an die Bestimmungen des Versailler Vertrages, wonach die preußischen Provinzen Posen und Westpreußen ohne Befragung der betroffenen Bevölkerung von dem deutschen

Reich abgetrennt und dem neugegründeten polnischen Staat zugeschlagen wurden. Zudem wurde, ebenfalls ohne Abstimmung, die preußische Hansestadt Danzig als 'Freie Stadt Danzig' sowie der Teil der Provinz Ostpreußen nördlich der Memel, das sog. Memelgebiet mit der Stadt Memel, von dem Reich abgetrennt. Im Südwesten der Provinz Ostpreußen wurde die Stadt Soldau ohne Befragung der Menschen an Polen übergeben. Dies alles waren Verstöße gegen den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Allerdings durfte in elf ostpreußischen und vier westpreußischen Kreisen östlich von Weichsel und Nogat über die Zugehörigkeit zu Ostpreußen oder zu Polen abgestimmt werden. Dazu wurde das Abstimmungsgebiet vom übrigen Ostpreußen abgetrennt, deutsches Militär und Verwaltung hatten das Gebiet zu verlassen. Schon die Vorbereitungen zeigten den Willen der Ost- und Westpreußen, Teil Preußens und Deutschlands bleiben zu wollen: Im gesamten Abstimmungsgebiet wurden über 1000 Heimatvereine gegründet, Hunderttausende beteiligten sich an den Veranstaltungen der Vereine, Gesellschaften und Parteien. Für die 'im Reich' lebenden Abstimmungsberechtigten wurden Sonderzüge organisiert und der 'Seedienst Ostpreußen' geschaffen, in der Heimat wurden sie liebevoll betreut und in die Heimatorte weitergeleitet. In Polen wurden noch masurische und ermländische Hymnen komponiert, das war in Ostpreußen nicht nötig; dort sang man die althergebrachten jahrhundertalten Lieder, im Abstimmungskampf mit besonderer Inbrunst.

Das sensationelle Ergebnis dieser Abstimmung ist bekannt: Die Ostpreußen stimmten mit 97,9 %, die Westpreußen mit 92,4 % für Deutschland. Bevor die Ost- und Westpreußen wieder an die Arbeit gingen, die einen in der Heimat, die anderen in den Kohlerevieren des Ruhrgebietes, feierten sie die Wiedervereinigung mit dem übrigen Ostpreußen mit der Rückkehr der deutschen Verwaltung und ihrer Reichswehr-Garnisonen am 18. August 1920. In allen Orten, bis in das kleinste Dorf, wurden Gedenkstätten und Gedenksteine errichtet. Zum Abschluss verwies der Vorsitzende auf einen besonderen Gedenkstein, dessen Replik im nahegelegenen Kulturzentrum Ostpreußen

im Schloss Ellingen zu finden ist: Es ist der Gedenkstein aus dem Kreis Oletzko mit dem Hinweis auf 28.625 Stimmen für Deutschland und 2 Stimmen für Polen. Der Vorsitzende schloss mit dem Gedanken, daß sich die dortigen treuen Preußen und Deutschen aufgrund erwiesener Treue zu Heimat und Vaterland zurecht den Namen "Treuburg" geben durften, wie geschehen. Die zahlreichen Teilnehmer des Sommerfestes wurden sodann in die Sommerpause entlassen, nicht ohne den Hinweis auf die geplante Septemberversammlung, wo eine Mitarbeiterin des Bezirks Mittelfranken über die Partnerschaft mit der polnischen Woiwodschaft Pommern berichten wird.

Gerhard Bethke



Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende:

Klaus-Arno Lemke und Jürgen Zauner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax: (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Wahlaufruf außerplanmäßige Vorstandswahl

Aufgrund der erfolgten Rücktritte des Vorsitzenden, der Schriftführerin sowie des Schatzmeisters müssen diese Funktionen neu gewählt werden. Nach Rücksprache mit dem Vereinsregister sollte schnellstmöglich eine außerordentliche Delegiertenversammlung einberufen werden, die den Tagesordnungspunkt Wahlen zum Inhalt hat und diese durchführt.

Aufgrund der Corona Pandemie dürfen bis zum 31.12.2020 Mitgliederversammlungen, bzw. in unserem Fall Delegiertenversammlungen, abweichend von den bestehenden Satzungsregelungen, auch auf elektronischem Wege oder in einem Umlaufverfahren durchgeführt werden.

Die rechtliche Grundlage ergibt sich aus dem Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht vom 27. März 2020 BGBl 2020 I Nr. 14 S. 56 und hier in § 5 Vereine und Stiftungen.

Daher bitten wir um Verständnis dafür, dass der erweiterte Vor-

stand der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein - Westfalen e.V. diesen Weg für das Wahlverfahren beschlossen hat.

Der nun zu wählende Vorstand soll die Landesgruppe bis zur nächsten regulären Delegiertenversammlung im Frühjahr 2021 leiten.

Zur Wahl stehen:

- Vorsitzender: Jürgen Zauner
- Stellvertretende Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner und Klaus-Arno Lemke
- Schriftführerin: Dr. Bärbel Beutner
- Schatzmeister: Klaus-Arno Lemke.

Wahlberechtigt sind laut § 9 der Satzung vom 31.03.2001 der im Amt befindliche erweiterte Vorstand und die Vorsitzenden der Kreis- und Ortsgruppen. Die Gruppen Vertreter mit Vollmachten entsenden. Vertretung mehrerer Stimmen durch eine Person ist ausgeschlossen. Die Gruppen haben für je 50 zahlende Mitglieder eine Stimme.

Der Wahlschein beinhaltet die zu wählenden Funktionen und die vorgeschlagenen Namen. Die

Wahl erfolgt durch namentliche Abstimmung. Die Wahlberechtigten können durch Ankreuzen den Wahlvorschlag insgesamt annehmen, ablehnen oder sich der Stimme enthalten. Die Wahlberechtigten sollen ihre Stimme bis zum 15. August 2020 an die Postanschrift der Landesgeschäftsstelle, Brigitte Gomolka, Buchenring 21, 59929 Brilon oder E-Mail: buero@ostpreussen-nrw.de übersenden.

Die Vorsitzenden der Kreis- und Ortsgruppen innerhalb der Landesgruppe wurden bereits mittels Einschreibebrief und Rückantwort über dieses Wahlverfahren persönlich informiert, ebenso die Mitglieder des erweiterten Vorstandes. Dem Schreiben wurde der Wahlschein beigelegt. Zusätzlich zu diesem Vorgehen veröffentlichen wir diesen Wahlaufruf. Die Wahlunterlagen können bei der Geschäftsführerin der Landesgruppe Brigitte Gomolka, Buchenring 21, 59929 Brilon buero@ostpreussen-nrw.de angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Zauner,
Klaus-Arno Lemke
stellv. Kreisvorsitzende

ANZEIGE



Lobe den Herren, meine Seele, und vergiss nicht,
was er Dir Gutes getan hat: Psalm 103,2

Gott, der Herr, hat meine Ehefrau, unsere Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter nach einem langen erfüllten Leben in die Ewigkeit gerufen. Wir nehmen Abschied von Ihrer vollen Dankbarkeit, Liebe und Hochachtung!

Maria v. Below

geb. v. Wurmb
geb. 20.1.1930 in Wittenberg gest. 25.7.2020 in Döben

Karl-Friedrich v. Below-Serpenten
Otto und Reinhild v. Wahl, geb. v. Below
Dr. Hubertus und Dorothea v. Below, geb. v. Lengerke
sieben Enkel und drei Urenkel

Ihre Lebensmittelpunkte waren Mielkendorf und Kiel. Sie war lebenslang in Ihrem Herzen mit Ihrem Heimatdorf Lausnitz in Thüringen verbunden.

Schloßstraße 1a, 04668 Döben/Grimma
Ortsstr. 66c, 07806 Lausnitz bei Neustadt/Orla

Die Trauerfeier fand am 31.7. 2020 um 17.00 Uhr in der Kirche zu Döben bei Grimma statt. Wir freuen uns über eine Spende für die Kirche zu Neunhofen als historische Mutterkirche für das Dorf Lausnitz (DE 94 830 50 50 500 00070 262) statt Blumen.

Beilagen der PAZ zum Nachbestellen

In den vergangenen Wochen hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* einige Sonderbeilagen zu wichtigen Themen der preußischen und ostpreußischen Geschichte sowie zur Museumskultur herausgegeben.

Diese Beilagen stießen unter den Lesern auf großen Zuspruch und können nun auch einzeln in der Geschäftsstelle der PAZ bestellt werden.

Der Preis per Stück beträgt 1,- Euro, zzgl. Versandkosten.

Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter der E-Mail-Adresse: **selke@paz.de** oder telefonisch unter der Nummer **(040)414008-0**.



1945: Nullpunkt unserer Geschichte

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Doch die Menschen in Deutschland und Europa bewegt er bis heute. Betrachtungen und Denkanstöße aus verschiedenen Blickwinkeln und Ländern.



Erzähltes Preußen. Eine Museumsbeilage

Nach Wochen des Lockdowns sind seit Mai auch die Museen wieder geöffnet. Ein guter Anlass, einige derjenigen Häuser, die auf vielfältige Weise von der Geschichte Preußens und den Geschichten seiner Menschen berichten, (neu) zu entdecken.



100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen

Zum Gedenken an das Referendum vom 11. Juli 1920, als die Bewohner der südlichen Kreise Ostpreußens und einiger Kreise Westpreußens aufgefordert waren zu entscheiden, ob ihre Heimat bei Deutschland verbleiben oder zu Polen kommen sollte.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschen, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Tel.: (05901) 2968

Licht und Schatten – das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg

Glücklich, wer nach Ostpreußen reisen kann. Neben den imponierenden Bauten aus der Ordenszeit bestechen der hohe Himmel, das besondere Licht und die sich bis ins Unendliche türmenden Wolkengebirge – ein einzigartiges Spiel aus Licht und Schatten, das wohl jeden Urlauber berührt und verzaubert. Nicht anders geht es den meisten, die sich beruflich und in Vollzeit diesem besonderen Land widmen dürfen.

Für die Mannschaft des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg bietet sich eine Vielzahl an hochspannenden Themen, die mit wertvollen Exponaten ausgestellt und vermittelt werden können. Zugleich haben die schweren Zerstörungen, die 1944/45 und in den Folgejahren die Provinz heimgesucht hatten, zu Kulturgutverlusten geführt, die in diesem Ausmaß keine andere deutsche Region erlitten hat. Diese nicht zu heilenden Umstände erschweren nicht nur jede Sammlungstätigkeit, sondern stellen in Kombination mit außerordentlich geringen Kenntnissen der Landesgeschichte, besonders bei jüngeren Menschen, jede Vermittlungs- und Ausstellungsarbeit vor gewaltige Herausforderungen.

Die aktuellen Einschränkungen durch die Corona-Pandemie treffen das Museums daher besonders hart. Wochenlang war das Haus komplett geschlossen, und auch nach der Wiedereröffnung Mitte Mai bleiben die aktuellen Besucherzahlen weit hinter denen des Vorjahres. In ganz Lüneburg fehlen die Hunderttausenden Touristen, welche in den Sommermonaten normalerweise die Stadt bevöl-

kern, und ebenso werden all diejenigen vermisst, welche extra für einen Museumsbesuch anreisen. Welche Kreisgemeinschaft, welche Familie eines z.B. 80jährigen Jubilars macht sich derzeit auf den Weg in die Hansestadt? Führungen mit Gruppen über 10 Personen sind ohnehin untersagt. So fehlen wichtige Einnahmen aus den Eintrittsgeldern; vor allem aber geht wichtige Zeit verloren, in der die letzten Zeitzeugen ihren Familien die Besonderheiten der verlorenen Heimat vermitteln können.

Aber neben dem Corona-Schatten gibt es auch erfreulich viel Licht! Das Museum hat mit dem Fördererkreis des Ostpreußischen Jagdmuseums – Hans-Ludwig-Loeffke Gedächtnisvereinigung unter Vorsitz der Witwe des Museumsgründers, Dr. Barbara Loeffke, einen Partner an seiner Seite, der immer wieder wichtige Neuzugänge ermöglicht. In diesem Jahr wurde so der Ankauf möglich eines repräsentativen, fast lebensgroßen Porträts von König Friedrich I., dargestellt kurz nach seiner Krönung im Jahre 1701. Über 10.000 Euro hat der Verein kurzfristig aufgebracht, um diesen wichtigen Herrscher angemessen in den Ausstellungen des Museums abbilden zu können. Denn seine Leistung für den weiteren Aufstieg Preußens wird oft unterschätzt. Der Große Kurfürst hatte die Unabhängigkeit von der polnischen Krone errungen. Sein in Königsberg geborener Sohn Friedrich, zunächst Kurfürst von Brandenburg, Herzog in Preußen, Fürst und Herrscher in vielen anderen Gebieten, gelang mit der feierlichen Erhebung im Königsberger Schloss zum „König in Preußen“ die Vereinigung seiner vielen zersplitterten Landesteile unter einer Krone. Er zog damit nicht nur mit anderen Königen dieser Zeit gleich, wie August der Starke von Sachsen, sondern sorgte so dafür, dass sich der Name „Preußen“ nunmehr auf alle seine vom ihm in Personalunion regierten Ländereien übertrug.

Allongeperücke, Hermelinmantel, um den Hals die Kette des Schwarzen-Adler-Ordens, an der Brust der von ihm gestiftete „Ordre de la générosité“, die Krone im Hintergrund – das Gemälde eines anonymen Malers zeigt Friedrich I. in aller Pracht eines absoluten Herrschers. Das Museum dankt dem Verein herzlich für diese wichtige Erwerbung. Die feierliche Übergabe erfolgte passenderweise während der Jahrestagung der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft Ostpreußens,



Übergabe eines Portraits von Friedrich I. Mitglieder und Unterstützer des Fördererkreises „Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig-Loeffke Gedächtnisvereinigung“ bei der Übergabe des von ihnen gespendeten Portraits des ersten preußischen Königs an den Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums, Dr. Joachim Mähnert
Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

deren Vorsitz Frau Dr. Loeffke, auch hier eine Personalunion, ebenfalls innehat. Der Gruppe wurde anschließend durch Museumsdirektor Dr. Joachim Mähnert die neue Deutschbaltische Abteilung vorgestellt. Durch den hohen Anteil von adligen Großgrundbesitzern und wohlhabenden Kaufleuten ist die Abteilung von prächtigen, sehr hochwertigen Exponaten geprägt, Ausdruck des aufwendigen Lebensstils dieser deutschsprachigen Minderheit in ihren historischen Siedlungsgebieten Livland, Kurland und Estland. Die Ostpreußen zeigten sich durchaus beeindruckt.

Ebenfalls stellte Dr. Mähnert der Landesgruppe die neuen Erweiterungspläne des Landesmuseums vor. 2024 wird Immanuel Kant, der große, unvergessene Königsberger, seinen 300. Geburtstag feiern. Fraglos wird dieses Jubiläum in der ganzen Welt gefeiert werden, und auch die Bundesrepublik Deutschland will hier nicht zurückstehen. Daher wird das Museum einen Anbau erhalten und auf etwa 700 Quadratmetern mit einer Dau-

erausstellung „Kant, seine Heimatstadt Königsberg und die deutsche Aufklärung“ würdigen – erstmals in Deutschland. Durch den internationalen Ruhm des fraglos wichtigsten Philosophen der Moderne wird das Lüneburger Museum gänzlich neue Besuchergruppen anziehen und damit das Besondere Ostpreußens zukünftig weitaus mehr Menschen vermitteln können. Noch in diesem Sommer wird eine eigene

Wissenschaftlerstelle für dieses ambitionierte, zeitlich wie inhaltlich herausfordernde Projekt besetzt. In der zweiten Jahreshälfte soll dann der europaweite Architektenwettbewerb für den Neubau ausgeschrieben und parallel dazu archäologische Grabungen durchgeführt werden, damit direkt nach Genehmigung der Baupläne mit den Hochbauarbeiten begonnen werden kann. Viel Zeit bis 2024

bleibt nicht mehr. Aber die Vorfreude ist groß!

Denn so wächst das Museum weiter. Als ein herausragender Kulturleuchtturm wird es das historische Erbe Ostpreußens bewahren und einer wachsenden Zahl von Menschen aus aller Welt vermitteln. In Lüneburg werden also - in gewisser Hinsicht - der Reichtum, die Besonderheit und Schönheit Ostpreußens weiterleben.



Ostpreußisches Landesmuseum

Zum 300. Geburtstag des Barons von Münchhausen veröffentlicht das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung eine virtuelle Museumstour zu dem Geschichtenerzähler und lädt zum Mitmachen ein.

Auf einer Kanonenkugel geflogen oder mit einer Bohnenranke bis zum Mond geklettert – die Geschichten, die Hieronymus von Münchhausen erlebt haben will, sind abenteuerlich; nicht umsonst haben sie ihm den Beinamen „Lügenbaron“ eingetragen.

In Wirklichkeit war Hieronymus Carl Friedrich Freiherr von Münchhausen ein Baron aus dem Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg und wurde mit seinen Geschichten zum Star wider Willen. Im Dezember 1773 reiste er nach Russland und nahm am Russisch-Österreichischen Türkenkrieg teil. Viele der bekannten Abenteuer Münchhausens entstammen dieser und weiterer prägenden Erfahrungen seiner Russlandreisen. Seine Geschichten erzählte er zunächst zur allgemeinen Unterhaltung unter Freunden und Weggefährten. Rudolf Erich Raspe und Gottfried August Bürger, Zeitgenossen Münchhausens, schrieben diese wundersamen Geschichten auf

und schmückten sie aus, sodass sie noch haarsträubender wurden. Münchhausen missfielen diese Übertreibungen, da sie ein negatives Licht auf ihn warfen, dennoch wurde aus ihnen ein bis heute bekanntes Abenteuerbuch.

Anlässlich des 300. Geburtstags des berühmten Barons hat das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung gemeinsam mit dem Lüneburger Schauspieler und Sprecher André Beyer ein Video produziert, das Groß und Klein auf eine Münchhausen-Entdeckungstour durch das Museum nimmt. Neben erstaunlich wahren Fakten zu dem „Lügenbaron“ werden einige der unterhaltsamen Geschichten Münchhausens vorgelesen. Das Video ist auf dem Youtube-Kanal des Ostpreußischen Landesmuseums abrufbar. Ein Zugriff auf den Kanal ist auch über die Website des Museums unter www.ol-ig.de möglich.

Passend zu dem Video fordert das Museum Kinder auf, an einem Schreibwettbewerb teilzunehmen. Eigene haarsträubende „Lügengeschichten“ können erfunden werden und unter der Mailadresse bildung@ol-ig.de an das Museum gesendet werden. Die drei besten Lügen- oder

Phantasiegeschichten werden prämiert und in einer gemeinsamen Lesung vorgestellt. Einsendeschluss ist der 15. Oktober 2020.

Kontakt
Janina Stengel M.A., Volontärin Marketing und Öffentlichkeitsarbeit
Tel. +49 (0)4131 7599528,
E-Mail: j.stengel@ol-ig.de

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung
Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg
Tel. +49 (0)4131 759950,
Fax +49 (0)4131 7599511
E-Mail: info@ol-ig.de,
Internet: www.ostpreussischeslandesmuseum.de
Öffnungszeiten: Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei!
Führungen nach Vereinbarung, Preis: ab 50,00 € / Gruppe zzgl. 4,00 € pro Person

Folgen Sie uns auf Facebook: www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum
Folgen Sie uns auf Instagram: www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum



Feierliche Übergabe Dr. Karsten Uffhausen, Dr. Barbara Loeffke, Dr. Joachim Mähnert, MinR i.R. Horst Buschalsky (von links nach rechts)
Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

MUTTER-ANNA-WALLFAHRT

25. Jubiläum ohne Feier

Die Landsmannschaft Schlesien begeht seit 1995 in Velbert-Nevigés, Erzbistum Köln, jährliche Wallfahrten

Eigentlich sollte am 19. Juli in Velbert-Nevigés das 25. Jubiläum der schlesischen Mutter-Anna-Wallfahrt gefeiert werden. Der Apostolische Nuntius in Deutschland und Titularerzbischof von Cibale, Nikola Eterović, hatte sein Kommen angekündigt. Doch es sollte nicht sein. Die Coronavirus-Pandemie machte die Pläne zunichte.

Die Mutter-Anna-Wallfahrt in Nevigés mit ihrer erst 25-jährigen Geschichte gehört zu den jüngsten Wallfahrten in dem großen Erzbistum Köln. Trotzdem entwickelte sie sich zu einer der drei größten Wallfahrten in dem wiederum größten Wallfahrtsort dieses Erzbistums.

Es begann alles unscheinbar, als 1995 ein in Velbert-Nevigés wohnender älterer Oberschlesier sich an Damian Spielvogel vom örtlichen Vorstand der Landsmannschaft Schlesien wandte. Er fragte, ob im Nevigés Mariendom eine Heilige Messe zu Ehren der Heiligen Anna gefeiert werden könnte, um so den älteren Menschen aus dem Bergischen Land den beschwerlichen Weg zum westfälischen Annaberg bei Haltern am See zu ersparen und sich trotzdem an eine große Pilgerreise zum ober-schlesischen Sankt Annaberg erinnern zu können. Der Gedanke wurde sehr gern aufgenommen und dem damaligen Wallfahrtsleiter Pater Roland Bramkamp in einem persönlichen Gespräch von Spielvogel vorgetragen. Dabei dachte man 1995 keineswegs an eine „große Wallfahrt“, sondern eher an eine Familienmesse, bei der der Heiligen Anna besonders gedacht wird. Das St.-Annafest in Haltern am See, das bereits seit 1946 stattfindet, erfreute sich großer Beliebtheit. Als Erster zelebrierte es Paulus Tillmann, Diözesanpriester des Erzbistums Breslau, der nach seiner Vertreibung als Pfarrer aus Schlesien in Recklinghausen seelsorgerisch tätig war.

Die erste Heilige-Anna-Familienmesse in Velbert-Nevigés vor 25 Jahren wurde sehr gut angenommen. Daher beschloss man, diese 1996 erneut zu feiern. Pater Bramkamp schlug auch einen Namen für diesen besonderen Gottesdienst vor: Mutter-Anna-Festgottesdienst. Es wurden schnell zwei Parallelen zum Sankt Annaberg in Oberschlesien gefunden: Eine St.-Anna-Selbtritt-Figur befindet sich



Bei einer Mutter-Anna-Wallfahrt der Schlesier: Altarbild des Mariendoms in Nevigés

Foto: SN

in beiden Wallfahrtskirchen und beide Wallfahrtsorte werden von den Franziskaner-Patres betreut. Die letzte Gemeinsamkeit ist jedoch seit dem Wegzug der Franziskaner seit Ende 2019 nicht mehr gegeben.

Bereits 1998 konnte der damalige Abt des Benediktinerklosters in Maria Laach, Adalbert Kurzeja, als Zelebrant und Prediger für diesen Mutter-Anna-Festgottesdienst gewonnen werden. Im selben Jahr zogen erstmalig zwei junge Mädchen in schlesischen Trachten zum Altar. Die Anzahl der Gottesdienstbesucher stieg enorm, zumal auch nachmittags eine feierliche Schlesische Marienandacht mit Eucharistischem Segen eingeführt wurde.

Der Erfolg der Vorjahre zwang zu neuen organisatorischen Überlegungen, da es bereits 1998 nicht nur um eine Mutter-Anna-Familienmesse, sondern um eine regelrechte, auch wenn ursprünglich nicht geplante, Wallfahrt ging, die später als Großwallfahrt bezeichnet wurde. Es musste für das leibliche Wohl der Pilger gesorgt werden. Ein Bäcker, ein Metzger und ein Getränkestand mussten zusätzlich geordert werden, da die örtliche Gastronomie keine ausreichende Versorgung

der Pilger gewährleisten konnte. Außerdem wollte man den „volkstümlichen Charakter“ dieser Wallfahrt betonen und das gemeinschaftliche Zusammensein der Pilger nach dem Festgottesdienst fördern.

Der Festgottesdienst, der nun als Pontifikalmesse gefeiert wurde, sollte „op-

1998

Der Erfolg der Vorjahre führte dazu, dass die Mutter-Anna-Familienmesse, wenn auch ursprünglich nicht geplant, zur Großwallfahrt wurde

tisch und akustisch verschönert“ werden. Die Gruppe der Oberschlesischen Bergmänner aus dem Ruhrgebiet mit Heinz Skaletz, Georg Pyrlík und Alfred Zok als Leiter, und das Oberschlesische Blasorchester aus Ratingen mit Andreas Bartylla als Dirigent, kamen dazu. Zahl-

reiche Menschen in Trachten aus Nieder- und Oberschlesien sowie Fahnenabordnungen, nicht nur aus Nordrhein-Westfalen, schlossen sich in den Folgejahren dem Pilgergeschehen an.

Die örtliche Gruppe der Landsmannschaft Schlesien in Velbert hat vor über 20 Jahren die Verantwortung für die Ausschmückung des Mariendoms und des Außengeländes übernommen, wobei Johann Hurek, Bertold Wosnitza und Joachim Karwoczik, unterstützt von weiteren Helfern, stets dabei sind. Seit 2019 fungiert die Landsmannschaft Schlesien auf Bundesebene, neben der Schlesischen Jugend in NRW, als Veranstalter der nun traditionellen Mutter-Anna-Wallfahrt.

Erstmals in der jungen Geschichte der schlesischen Mutter-Anna-Wallfahrt findet dieses Jahr kein Wallfahrtsgottesdienst statt, im Jahr der Pandemie, aber auch in dem Jahr, in dem die Wallfahrt in Nevigés keine geistige Betreuung durch eine Ordensgemeinschaft aufzuweisen hat, denn die Nachfolge der Franziskaner wird erst im September durch die Gemeinschaft Sankt Martin übernommen. SN/SD

TRAKEHNER

Dreierlei Fohlenauktion

Die 16. Trakehner Fohlenauktion am 25. Juli stand im Zeichen einer Premiere: Gebote waren erstmals online sowie vor Ort und telefonisch möglich. Alle drei Wege zum Traumfohlen wurden intensiv genutzt. Bis zur letzten Sekunde vor Auktionsbeginn registrierten sich die Bieter online, und der „corona-konform“ hergerichtete Tribünenbereich am Auktionsring füllte sich bis auf den letzten erlaubten Platz.

Die Qualität der Kollektion rechtfertigte den Aufwand und die ausgelassene Stimmung der Bieter. 17 Fohlen erzielten den Spitzendurchschnittspreis von 14.470 Euro. Das waren gut 3.000 Euro mehr als im Vorjahr. Mit 37.000 Euro Preisspitze der Auktion war der schwarzbraune Kratos von Freiherr von Stein, ein Hengstanwärter mit unerschütterlichem Takt und dem begehrten „ganz großen Gang“. Aus der Zucht von Ines Eisold, Ahrensfelde, steht er in mütterlicher Verwandtschaft zum Prämienhengst Kwahu sowie zu zahlreichen erfolgreichen Dressurpferden. Das erkannten die Bieter online und vor Ort im Westfälischen Pferdezentrum und lieferten sich das Bieterduell des Abends. Den Zuschlag erhielt das Ehepaar Derlin aus Schleswig-Holstein, bei dem unter anderem bereits die gekörnten Hengste Integer, Under and Over und Blancor zu Hause sind. Der auch sportlich erfolgreiche junge Vererber Freiherr von Stein entpuppte sich nicht nur mit der Preisspitze als Bestseller, auch zwei Töchter und ein weiterer Sohn erhielten jeweils für mehr als 15.000 Euro den Zuschlag.

Zweitteuerstes Fohlen der Auktion war mit 29.000 Euro ein Hengst aus dem Premierenjahrgang des Kwahu mit dem Namen Top Secret, der von Familie Gellhaar aus Steinau gezogen wurde. Für 20.000 Euro wechselte das Stutfohlen Praise Me von High Motion, gezogen von Petra Grunert aus Bad Lauterberg, den Besitz. In auffälliger Scheckfarbe und mit der Bewegungsgüte ihres Vaters, seinerzeit Reservesiegerhengst und HLP-Sieger, setzte sie einen fulminanten Schlusspunkt des Auktionsabends. Fünf der 17 Fohlen wurden ins Ausland verkauft. Eine Käuferin aus Großbritannien sicherte sich den Schwarzgold-Sohn Karthago für 16.000 Euro online. EB

LANDSMANNSCHAFT WEICHEL-WARTHE

Publikation zum 70-jährigen Bestehen

Vertreibung aus der Heimat und Ankunft im Westen – Reich bebildeter Rückblick auf eine bewegte Geschichte

Die reich bebilderte Publikation „Jahrbuch Weichsel-Warthe“ erscheint zum 70. Jubiläum der Landsmannschaft Weichsel-Warthe. Es ist bereits der 66. Jahrgang, der Geschichte und Entwicklung der Region und ihrer Deutschen darstellt und beschreibt. In den abgelaufenen Jahrzehnten haben sich nicht nur in dieser Landsmannschaft die handelnden Personen und die Inhalte der Arbeit zum Teil grundlegend verändert.

In den ersten Jahren bestimmte die soziale Lage der aus Polen vertriebenen Deutschen die Arbeit der Landsmannschaft, in der Folgezeit wurden historische und kulturelle Themen wichtig und seit der sogenannten Wende 1989 die Öffnung nach Ostmittel- und Osteuropa, hier Polen und die Ukraine. Hauptaufgabe für die Gegenwart und Zukunft bleibt die Bewahrung des deutschen Kulturerbes in diesen Regionen.

Das wird in diesem Jahrbuch bei den Beiträgen der Autoren deutlich: Es sind insgesamt 19, darunter ein Historiker aus Polen. Etwa die Hälfte können der Erlebnisgeneration zugerechnet werden, alle im gesegneten Alter von über 70 Jahren, die andere Hälfte zählt eindeutig nicht mehr zu den Zeitzeugen von Krieg und Vertreibung.

Generationenwechsel

Der Generationenwechsel wird eindrucksvoll dokumentiert durch den aktuellen Bundessprecher der Landsmannschaft, einen Historiker des Jahrganges 1962 aus Dortmund. Hier wird das Grundproblem für alle Vertriebenenverbände deutlich: nach dem Abtreten der Erlebnisgenerationen aus den nachfolgenden Jahrgängen Nachwuchs zu gewinnen und auch über die gegenwärtige und künftige Ausrichtung der Arbeit nachzudenken.

Inhaltlich zeigen die Beiträge die Themen, die für die Menschen in der Landsmannschaft wichtig und erhaltenswert sind. Es wäre wünschenswert gewesen, eine Übersichtskarte über die Regionen in Ostmitteleuropa mit deutscher Bevölkerung, für die die Landsmannschaft „zuständig“ ist, voranzustellen. Es sind Territorien, die seit 1918/19 zu Polen gehören und in denen Polen und Deutsche gemeinsam lebten.

Die Organisation ist also keine ostdeutsche Landsmannschaft wie die der Schlesier, Pommern oder Ostpreußen. Der Leser findet Erinnerungen an eine Kindheit in der Heimat vor 1939, in der die polnische Mehrheit die Minderheit der Deutschen in allen Belangen benachteiligte und auch terrorisierte. Das verschärfte sich, je näher der Kriegsausbruch rückte. Es gibt aber auch Beiträge über ein freundschaftliches Zusammen-

leben der Menschen. Die Vertreibungen, die Ankunft in Restdeutschland – sie alle zeigen die gleichen Erfahrungen, die auch die vertriebenen Ostpreußen oder Schlesier hatten. Die Gründung der Landsmannschaft sowie einiger Landes- und Kreisverbände wird behandelt.

Bekannte Persönlichkeiten

Bemerkenswert ist das Kalendarium, in das wichtige Daten aus der Geschichte der Landsmannschaft der abgelaufenen Jahrzehnte eingetragen sind. Ein Kapitel nennt bekannte Persönlichkeiten aus Mittelpolen in Berlin. Es werden unter anderem Atze Brauner, der Filmproduzent, der Literat Jurek Becker oder der bekannte Literaturpapst Marcel Reich-Ranicki genannt, aber auch weitere mehr oder weniger bekannte Persönlichkeiten werden gewürdigt.

Die zahlreichen Fotos, meist in Farbe, unterstützen die Texte, sie schaffen einen visuellen Eindruck von der Arbeit der Landsmannschaft.

Jahrbücher wie das vorliegende sind ein unverzichtbarer Baustein für die Geschichte des deutschen Ostens sowie der deutschen Siedlungsgebiete. Es ist ein Teil der nationalen Geschichte der Deutschen. Das Buch ist ansprechend, informativ und lenkt den Blick nach Osten. Karlheinz Lau



Landsmannschaft Weichsel-Warthe (Hg.): „Jahrbuch Weichsel-Warthe 2020“, Wiesbaden 2020, broschiert, 176 Seiten, 12 Euro

PERSÖNLICHKEITEN – EIN SELBSTBEWUSSTES ENERGIEBÜNDEL

Motorflugpionier Hans Grade

Der „Vater des deutschen Motorfluges“ und Erbauer von Motorrädern und Kleinwagen kam aus Köslin



Der Kösliner Hans Grade vor seinem Heim, 1939

(Foto: Bundesarchiv)

Vor hundert Jahren hat es in Deutschland bedeutende technische und organisatorische Fortschritte im Bereich des beginnenden Luftverkehrs gegeben. Die erste Flugzeugfabrik wurde fertiggestellt, die erste Fliegerschule eingerichtet und der erste „Überlandflug“ absolviert, von Bork (ab 1938 Borkheide) in Brandenburg nach Berlin-Johannisthal. Hinter allem steckte das technische Multitalent Johannes Gustav Paul „Hans“ Grade (17.05.1879 – 22.10.1946) aus Köslin – der „Vater des deutschen Motorfluges“.

„Das Werk Hans Grades war typisch für die Zeit vor fünfzig Jahren. Ein Mann als Ideenträger, Konstrukteur, Handwerksmeister und Erfinder – und dann Einflieger und gleichzeitig Flugschüler ohne Lehrer!“ So beschreibt es treffend der „Deutsche Aero-Club“ in einem Bericht seiner Hauszeitschrift vom August 1957 über die deutschen Flugpioniere von 1910 bis 1914, die sich „Alte Adler“ nannten.

Bereits zwei Jahre vorher hatte Hans Grade sich vermutlich als erster Deutscher mit seinem selbst konstruierten Motorflugzeug bis zu acht Meter in die Luft erhoben und war sechzig Meter weit geflogen. Für die Starts und Landungen errichtete er 1909 den dafür erforderlichen ersten deutschen Flugplatz. 1911 konstruierte und baute er das erste deutsche Wasserflugzeug. In seiner Fliegerschule in Bork bildete er vom Frühjahr 1910 bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges rund 350 Flieger aus. 1912 beförderte er die erste deutsche Luftpost.

Zunächst baute er jedoch in Köslin sein Abitur, und zwar am 09.09.1899 ab 09:00 Uhr in demselben Gymnasium, in dem lange vor ihm Rudolf Virchow (1821-1902) schwitzte. Bereits als Fünfzehnjähriger hatte Hans brennendes Interesse an den Flugversuchen Otto Lilienthals gezeigt und begonnen, Gleitmodelle zu basteln. Dass er sie vom Dach seines Elternhauses startete, erregte für ihn unverständlicherweise bei seinen Eltern keinerlei Begeisterung. Während seines Studiums an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg von 1900 bis 1904 konstruierte der junge Grade Motoren, ihr Röhren bedeutete für ihn die schönste Musik.

Während der Semesterferien, die er stets in Köslin verbrachte, entwickelte er 1903 sein eigenes Motorrad, das er „Prontti“ (klar zum Gefecht) nannte. Später als Ingenieur wollte er größere Krafträder bauen. Ein Magdeburger Freund bot ihm Hilfe an, und so gründeten sie 1905 die erfolgreiche „Grade Motorenwerke GmbH, Magdeburg“. Durch diesen Ortswechsel ging leider der Bezug auf seine pommersche Herkunft verloren – ein Umstand, den ungezählte berühmte aus Pommern stammende Persönlichkeiten mit ihm teilen. Nach etlichen Stürzen stieg Hans Grade 1907 in sein erstes Auto um, selbstverständlich ausgerüstet mit einem von ihm selbst eingebauten Grade-Motor.

Nach seinem einjährigen Militärdienst, bei dem er sich mehr mit der Konstruktion von Fluggeräten („Flugzeug“ soll Otto Lilienthal seine Utensilien für die Flugübungen genannt haben) als mit Militärfragen beschäftigt hatte, vollendete er einen Dreiecker von acht Meter Spannweite mit einem Sechszylinder-Zweitaktmotor von 36 PS. Außer den Rädern, der Batterie, den Zündkerzen und der Zündspule war alles von ihm selbst produziert. Nach zahlreichen Fehlversuchen gelang ihm am 28. Oktober 1908 der erwähnte kurze Motorflug, und zwar auf dem Krakauer Anger bei Magdeburg.

Ein Jahr später gewann er in Berlin-Johannisthal den mit 40.000 Mark dotierten „Lanz-Preis der Lüfte“, den Dr. Ing. Karl Lanz zur Förderung des deutschen Flugwesens gestiftet hatte. Und von nun an wurde es gefördert. Hans Grade hatte nämlich die entscheidenden Bedingungen zur Erringung des Preises alleine erfüllt: Das Fluggerät musste mit deutschem Material von einem Deutschen gebaut und in



Der Bundeswehr-Airbus A 310 „Hans Grade“ über Paderborn .

(Foto: Presse- und Informationszentrum der Luftwaffe)

mindestens zehn Metern Höhe über eine Strecke von zweimal einem Kilometer eine Acht in den Himmel schreibend geflogen sein. Dieser Triumph gab der Fliegerei überall im Reich gewaltigen Auftrieb. Aber nicht nur dort. 1910 war sein Eindecker „Libelle“ das erste Motorflugzeug überhaupt, das sich über den japanischen Inseln in die Luft erhob. Vermutlich ist dies heute mehr Japanern als Deutschen bekannt.

Während der großen Gewerbe-, Industrie- und Landwirtschaftsausstellung (der „Weltausstellung“) vom 25. Mai bis zum 11. August 1912 in Köslin nahm Grade souverän an dem „Ersten Pommerschen Rundflug“ teil. Im selben Jahr verlieh ihm Kaiser Wilhelm II. den Kronenorden 4. Klasse.

Auch der Kinofilm holte Hans Grade mehrmals. 1914 rettete er als erster deutscher fliegender Pilot in dem Stummfilm „Der Flug in die Sonne“ die Hauptdarstellerin Tilla Durieux vom Dach eines brennenden Turmes, später war er der Stuntman für Harry Piel. In dem verfilmten Roman „Das Ziel in den Wolken“ spielte er 1937 sich selbst.

Ab dem Sommer 1914 war es zunächst vorbei mit der deutschen Privatfliegerei. Ein böser Schlag gerade auch für unseren Grade! Doch was tat er? Zur Überbrückung konstruierte er den ersten deutschen Kleinwagen und baute ab 1919 seine „Autos für jedermann“. Das erste Modell war ein Zweisitzer mit einem Einzylindermotor von 800 Kubikzentimetern, ein luftgekühlter Zweitakter schon vor

DKW(!). 1924 war der bereits vorher als „Volkswagen“ beworbene „Kleine Grade“, das „Flugzeug mit gestutzten Flügeln“, das meist gebaute deutsche Mini-Auto. Dann überholten ihn das Hanomag-„Kommissbrot“ und der Opel-„Laubfrosch“. Alle „Grades“ waren, obwohl sie etliche patentierte Neuerungen besaßen, äußerst robust und, wie es hieß, „von jedem Dorfschmied zu reparieren“. Hans Grade hat also auch seinen festen Platz in der Geschichte des deutschen Automobils.

1939 erschien seine Biografie „Spiel und Lebensziel“ mit einer Widmung von Ernst Udet. Ihrem Verfasser Rolf Italiaander schrieb er ins Gästebuch: „Der Flieger ist ein Krieger und schont sich nicht. Ein Leben ohne Streben, das lohnt sich nicht.“

Nach Kriegsende haben die Besatzer ihn gedemütigt und die deutschen Kommunisten ihn enteignet. Welch schäbiges und unwürdiges Verhalten gegenüber diesem außergewöhnlichen Mann.

Die Luftwaffe hat einen Airbus A310 nach ihm benannt. Zuvor führte eine Boeing 707 der Flugbereitschaft („Präsidentenmaschine“) seinen Namen, drei weitere Maschinen wurden nach weiteren deutschen Flugpionieren genannt. Der Güstrower Flugsportverein nennt sich „Aero Club von Güstrow Hans Grade e.V.“. Die Deutsche Bundespost hat in den Jahren 1978 und 1991 Sondermarken über Flugpioniere herausgegeben, auf denen auch seine „Libelle“ erscheint.

Detlef Schwenkler
Heimatkreis Köslin

DER POMMERNADLER = SCHREIADLER

Der Schreiadler im Brutjahr 2020



Für zirka 60 Prozent der Vorkommen liegt der Nachweis einer Revierbesetzung in Mecklenburg-Vorpommern vor, weitere 20 % sind noch ohne Infos (Betreuer melden meist erst gegen Ende der Saison). Es kann erwartet werden, dass etwa 70-75 % der Reviere besetzt sind. Dies entspricht der üblichen Rate. Wieviel erfolgreich brüten, ist derzeit noch nicht absehbar. Erfreulich ist, dass es erneut 2 neue Vorkommen gibt, darunter ist ein Paar, das aus in MV geborenen Adlern besteht (beide Vögel tragen Ringe). Zusätzlich gibt es weitere Vorkommen, die noch nicht bestätigt werden konnten, wo aber immer wieder Adler angetroffen wurden. Spannend ist außerdem, dass südwestlich Rostocks immer wieder Beobachtungen erbracht werden, die vorsichtig interpretiert auf eine Erweiterung des Areals hindeuten könnten.

Leider ist der Schreiadler, trotz seines Namens, kein besonders auffälliger Vogel und es bedarf viel Zeit und Aufwand einen exakten Nachweis zu erbringen. Auch beginnt die Fortpflanzungsreife erst nach 4-5 Jahren, wobei Reviere bereits Jahre vorher gehalten werden können.

Eine Gesamtbilanz lässt sich erst im September ziehen. Langfristig beträgt die Besetzungsrate der Reviere 75 %. In diesen besetzten Revieren beginnen mind. 45% eine Brut (wegen der o.g. Erfassungsprobleme liegt dieser Wert möglicherweise etwas höher). Gut zwei Drittel der begonnenen Bruten verlaufen erfolgreich. Im Durchschnitt liegt der Bruterfolg bei 0,65 juv/Brutpaar. Unregelmäßig gibt es dabei immer wieder erfolgreiche 2-er Aufzuchten. 2019 waren es zwei Bruten. Durch die Beringungen werden solche Fälle in den letzten Jahren häufiger er-

kant. Risiken für den Bruterfolg stellen neben menschlichen Störungen Verluste durch Habicht, Marderartige und auch Waschbär dar. Brutausfälle durch Schlagopfer (Windkraftanlagen, Straßenverkehr – bekannte Fälle sind etwa gleichgroß) sind mir nicht bekannt geworden.

Der Landesbestand entwickelt sich seit 2015 weiter positiv und lag 2019 bei 104 Brutvorkommen, hinzu kommen neun Reviere in denen nur der Nachweis eines Adlers gelang, sowie ein halbes Dutzend Verdachtsorte.

Deutschlandweit waren 2019 133 Brutvorkommen registriert worden, wobei hier auch die o.g. ungeklärten Vorkommen zusätzlich gesehen werden sollten, so dass die zu erwartende Revierzahl in Deutschland mindestens bei 140-145 liegen dürfte. Seit wenigstens 1985 lag der deutsche Brutbestand über 110 (1975 wur-

de ein Bestand von 92 angenommen), nur in den Jahren 2006-2012 sank die Zahl unter 110, um dann erneut anzusteigen.

Insgesamt erweist sich der Bestand in den letzten 35 Jahren als relativ stabil, wobei lokal durchaus Fluktuationen auftreten. Die Schutzmaßnahmen (Horstschutzzone, Waldschutzzonale in MV) haben dazu beigetragen, wobei Auswirkungen durch den Langstreckenzug und in den Überwinterungsgebieten nicht beeinflussbar sind, was immer wieder zu Depressionen im Landesbestand führen kann.

Wilfried Starke
Nordvorpommersche Waldlandschaft
www.schreiadlerland.de

UNGLAUBLICH

In diesem Jahr wurde bei Stralsund ein kompletter Schreiadler-Horst gestohlen.

HEIMATKREIS STETTIN



Stettiner trauern um Manfred Höft

Er wurde am 22. April 1935 in Stettin-Alttdamm/Kreis Randow geboren und verstarb am 19. Juli 2020 in Bremen. Seine schriftstellerische Tätigkeit begann Anfang der 1980er Jahre mit heimatkundlichen u. zeitgeschichtlichen Beiträgen in der wöchentlich erschienenen „Die Pommersche Zeitung“.

1990 kam im Eigenverlag die Alttdammer Stadtchronik „Zwischen Wald und Heide“ heraus, mit einem Umfang von 550 Seiten und mit 250 Abbildungen. Danach begann der Autor mit der Materialsammlung über die Stettiner Vulcan-Werft, die 1851 als Schiffswerft und Maschinenfabrik Fruchtenicht & Brock am Ufer der Oder in Bredow bei Stettin gegründet wurde und bis zum 1. Weltkrieg die größte deutsche Werft und eines von fünf weltweit führenden Schiffbauunternehmen war und damit ein hervorragender Leistungsträger der deutschen Industrie.

In etwa acht Jahren sammelter Tätigkeit füllten sich achtzig Ordner! Daraus entstand in drei Bänden die Unternehmens-Monographie:

„Der Vulkan in Stettin und Hamburg“, Schiffswerft – Lokomotivfabrik – Maschinenfabrik

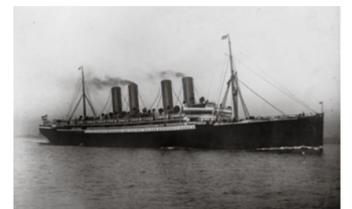
(ISBN 978 3 95 494 140, 7. Edition Falkenberg. Unter dieser ISBN-Nummer ist der Band 3 bestellbar, Band I + II sind ebenso erhältlich.)

2017 stellte Manfred Höft in der Volksbücherei am Bremer Wall als Abschluss den letzten Bandes noch persönlich vor. Dieser Band III beinhaltet vielfältig das Thema: Der Stettiner Vulkan 1938 – Der Kriegsschiff-, Lokomotiv- und Eisenbahnbau – mit 163 Abbildungen.

Man kann dem verstorbenen Verfasser nur dankbar sein für diese bleibende Erinnerungsarbeit und ihm posthum noch eine große interessierte Leserschaft wünschen. Seine Arbeit für die Heimat Pommern und Stettin wird unvergessen sein.

Für den Historischen Arbeitskreis
Stettin, Kurt Bergunde, Bremenfür den Heimatkreis Stettin
Ursula Zander, Lübeck

Alttdamm (Archiv)



Zahlreiche Bilder zeigen die ganze Produktionspalette des „Vulcan“ (Fotos Wikip.)



„Moral und Gewissen ist keine Frage der Erfolge“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Seit Langem bin ich Abonnent und mit dem Inhalt bis zur Neugestaltung der PAZ äußerst zufrieden über die Aufklärung und Unterrichtung der Leser“

Rainer Röddel, Flörsheim



Ausgabe Nr. 30

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

TÄTER UND OPFER ZUGLEICH

ZU: ALBRECHT VON HAGEN IM WIDERSTAND (NR. 29)

Beruhigend zu wissen, dass es in allen Bevölkerungsschichten Widerständler gegen den NS-Staat gab. Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen hat sich lediglich das misslungene Attentat des militärischen Widerstandes vom 20. Juli 1944 festgesetzt, und die zivilen Opfer werden vergessen.

Die Verschwörer opferten ihr Leben für das Attentat auf Hitler und dafür werden sie zu Recht geehrt. Nur, es waren teilweise auch dieselben Leute, die Hitler so lange treu gedient haben. Sie wurden Täter und Opfer zugleich, aber nicht zu Märtyrern; denn der Kulminationspunkt zum Attentat und Staatsstreich war anscheinend erst dann erreicht, als auch die deutsche Heeresführung im Frühjahr 1944 erkannte, dass der Krieg verloren war.

Das Gedenken an die Toten des 20. Juli soll dadurch nicht geschmälert werden, aber für welche Überzeugung sind sie gestorben? Um vielleicht weiteres sinnloses Blutvergießen und weitere Millionen von Kriegstoten zu verhindern? Aber das wäre bereits zu der Zeit gegeben gewesen, als nur gesiegt wurde.

Moral und Gewissen ist doch keine Frage der Erfolge. Und wie bei einem gelungenen Attentat die „ungeschehene Geschichte“ Deutschlands weitergegangen wäre, ist immer noch strittig. So gilt heute das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 geschichtspolitisch als Beweis für eine größere deutsche Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus und sollte ein Gedenktag für alle Widerstandsoptionen des NS-Regimes sein.

Dr. Hans-Dieter Seul, Berlin-Lichterfelde

MEDIZINISCH GESEHEN FALSCH

ZU: „WIR HABEN UNVERHÄLTNISSMÄSSIG GEHANDELT“ (NR. 29)

Raffelhüschchen geht in seinen Berechnungen der Reduzierung der Lebenserwartung aller zugunsten Einzelner von einer

Ex-post-Betrachtung aus, also erfassen seine Berechnungen nur das, was geschehen ist, und nicht das, was hätte geschehen können, wenn wir in Deutschland und fast überall den „Lockdown“ nicht durchgeführt hätten. Das mag für einen Volkswirt opportunistisch, aus medizinischer Sicht ist diese Sicht der Dinge grundsätzlich falsch.

Verschwiegen werden auch die Beispiele von Ländern wie Israel, die Freiheitsrechte wesentlich radikaler eingeschränkt haben, und als Gegenbeispiel die USA, die die Freiheit des Einzelnen über die Gesundheit der Volksgemeinschaft stellen. Zudem kann ein Land wie Schweden mit einer geringeren Einwohnerdichte nicht ohne Weiteres mit bevölkerungsdichten Ländern hinsichtlich der Krankheitsausbreitung verglichen werden.

Hätten wir in Deutschland dieses Experiment wie in Schweden durchgeführt, hätten wir tatsächlich die, im Nachhinein nicht benötigten, „Feldlazarett“-Betten gebraucht. Als Arzt bin ich für unser Land glücklich, dass es so gekommen ist, wie es ist. Dr. med. Frank Donnerstag, Hannover

„NUN IST SIE HALT WEG“

ZU: WIEDERGEGWINNUNG EINES GOTTESHAUSES (NR. 30)

Mit wachsender Fassungslosigkeit las ich den Artikel über die Hagia Sophia. Da wird dieser Ayatollah vom Bosphorus als verfolgte Unschuld dargestellt. Ein Mann, der auch die al-Aqsa-Moschee in Jerusalem von den Juden „befreien“ will. Ganz im Gegensatz zu Atatürk, der mit seiner Modernisierung die armen Türken ihrer Wurzeln beraubte. Und das ist nun einmal dieser ungemein friedliche Islam, der eroberten Völkern kein Härchen krümmt – solange diese sich mit ihm „arrangieren“.

Überhaupt schwimmt der Autor ganz im Fahrwasser der christlichen Kirchenoberen hierzulande. Die im Islam nur das Spirituelle sehen und den aggressiven weltlichen Machtanspruch ausblenden. Das Motto „lieber Moschee als Touri-Tempel“ ist daher an Weltfremdheit kaum

zu überbieten. Es geht mir nicht um einen Kreuzzug zur Wiedergewinnung einer (bedeutenden) christlichen Kirche. Aber dieses zynische „nun ist sie halt weg“ kommt einem irgendwie bekannt vor. Ich bin schon jetzt auf einen Artikel des Autors gespannt, wenn es dereinst um den Kölner Dom geht. Frank Märten, Berlin

WAHRES GESICHT DES ISLAM

ZU: WIEDERGEGWINNUNG EINES GOTTESHAUSES (NR. 30) UND: EXODUS DER CHRISTEN (NR. 30)

Der Autor (beim Thema Hagia Sophia, d. Red.) geht religionsgeschichtlich großzügig mit dem Thema um. Man ist voller Verständnis für das Vorgehen von Präsident Erdoğan, entgegen dem Laizismus eines Kemal Pascha Atatürk, der islamischen Konfession den Vorzug zu geben. Beim Islam mag man ungern von „Religion“ schreiben.

Man anerkennt zu Recht die Toleranz von Sultan Mehmet II. gegenüber den griechisch-orthodoxen Christen nach der Eroberung der Stadt im Jahre 1453 und betont zu Recht die Eroberung als Sprungbrett „für den Blick nach Westen“. Auch dass die Umwandlung von Kirchen in Moscheen nichts Ungewöhnliches sei, wobei Syrakus und Cordoba erwähnt werden.

Da scheint doch einiges vergessen zu werden: Dass es islamische Eroberer waren, die schon ab 711 die längst christianisierte iberische Halbinsel überrannten, also „den (christlich-arianischen) Westen“ im Blick hatten. Wären sie nicht 732 bei Poitiers durch Karl Martell besiegt worden, wäre möglicherweise auch das Frankenreich damals wie Iberien jahrhundertlang Beute des Islam geworden.

Dann war die Eroberung von Konstantinopel, freilich schmählich vom katholischen Christentum im Stich gelassen, das Sprungbrett nach Europa: 1529 und 1683 stand „man“ vor Wien.

Man sollte bitte beim Verhältnis Christentum und Islam mehr Geschichtsbewusstsein aufbringen und auch für die Tatsache, dass der Islam bereits ab Mitte

des 7. Jahrhunderts daran ging, sich gewaltsam in und dann über Arabien hinaus auszubreiten. Auch auf der arabischen Halbinsel gab es längst christliche Gemeinschaften und Gotteshäuser. Die wenigen überlebenden Christen in islamischen Ländern von heute könnten von islamischer Intoleranz und Gewaltbereitschaft zeugen.

Gerade das bestätigt nun der in derselben Ausgabe auf der Auslandsseite erschienene Beitrag über Bosnien und Herzegowina. Dort sind es bosnische Muslime, die sich gewaltsam ausbreiten. Und das in Europa. Dies zeigt doch, wie sich heute islamische Dominanz verhält, so in der Mehrheit. Ganz anders also als seinerzeit Sultan Mehmet II. So ist dem Autor sehr zu danken für diesen sachkundigen, abwägenden Hintergrundbericht über Bosnien und Herzegowina.

Peter Götz, Stuttgart

JEFFERSONS WARNUNG

ZU: FURCHT VOR DEM INFLATIONSMONSTER (NR. 26)

Den Ausführungen in dem Artikel kann ich nur zustimmen, da er gut begründet erscheint, denn die damalige Reichsregierung hat Geld gedruckt (ohne Deckung) und Hilfen verteilt. Genauso wird hinsichtlich der EZB heutzutage verfahren, nur dass der unerwartete Zusammenbruch der Wirtschaft infolge der Corona-Krise nicht unerwartet kam, sondern verordnet wurde. Und dies so stümperhaft, bar jeder sachlichen und fachlichen Überlegung, aber mit der klassischen Begründung „zum Wohle aller“.

Je länger das freie wirtschaftliche Handeln eingeschränkt bleibt, desto gravierender werden die Folgen langfristig für die Gesamtwirtschaft ausfallen, und man kann sagen, dass ohne wirtschaftliche Freiheit auch die politische Freiheit stirbt. Thomas Jefferson hat gesagt: „Um die Unabhängigkeit des Volkes zu bewahren, dürfen wir unserer Regierung nicht erlauben, uns mit ewigen Schulden zu belasten.“ Günter Algner, Berlin-Tempelhof

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Wie in Deutschland die Demokratie abgebaut und ein totalitärer Staat aufgebaut wird

■ Geheime Dokumente aus dem Innenministerium belegen, dass die Bundesregierung in der Corona-Krise gezielt die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt hat, um so massive Grundrechtseinschränkungen durchsetzen zu können.

Seit Beginn des Jahres 2020 wurden die Bürger gezielt von Politik und Medien mit apokalyptischen Horrorszenarien konfrontiert. Die tägliche Veröffentlichung der Corona-Todeszahlen gleich einer Kriegsberichterstattung. Doch in der Zwischenzeit sprechen immer mehr Wissenschaftler, Mediziner und Sicherheitsexperten von einem »Fehlalarm«. Eine entscheidende Frage ist daher: Handelt es sich um einen bewusst ausgelösten Fehlalarm? Und wenn ja, welche politischen und/oder finanziellen Interessen verbergen sich dahinter?

**Kontrolle und Denunziation halten
Einzug in unseren Alltag**

Das Überwachungssystem, das die Bundesregierung im Schatten der Corona-Krise am Parlament vorbei und ohne jegliche gesellschaftliche Debatte beschlossen hat, erinnert an Kontrollsysteme totalitärer Staaten. Aktuell warnt auch Edward Snowden, dass diese »Notfallmaßnahmen« zu einem permanenten Überwachungssystem zu mutieren drohen. Snowden spricht von einer »Architektur der Unterdrückung«, die die Regierungen auch nach Corona beibehalten werden.

Dabei stellen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung nur einen Bereich dar, um die Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken. Auch im Zuge der Migrationsdebatte, der Klimahysterie, des EU-Zentralismus und des zur Staatsdoktrin erhobenen »Kampfes gegen Rechts« werden im Grunde Sprech- und Denkverbote mit ständig neuen Gesetzen durchgesetzt.

Die offene Ermutigung zur Denunzierung und die bisweilen brutale Ausgrenzung Andersdenkender lassen das typische Gebaren totalitärer Regime erkennen. Und aufgrund der Vorgaben der Politik bekämpfen Justiz und Sicherheitsbehörden, wie der Verfassungsschutz und das BKA, nicht mehr nur Kriminelle, Gewalttäter und Terroristen, sondern regierungskritische Bürger und Medien.

**Nicht überall, wo Demokratie draufsteht,
ist auch Demokratie drin**

Stefan Schubert: Vorsicht Diktatur! • gebunden • 320 Seiten • Best.-Nr. 980 400 • 22,99 €



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de



Temporäre Schutzmaßnahme in Österreich: Ein Zelt am Uniklinikum Salzburg zur Aufnahme von mit dem Corona-Virus infizierten Personen

Foto: pa

CORONA IN ÖSTERREICH

Die Sorge hält sich in Grenzen

Die Alpenrepublik hat die Pandemie bislang recht gut bewältigt – Auch dank vielen freiwilligen Helfern

VON ALEXANDER GLÜCK

Schließen, distanzieren, kontrollieren – die Handhabung der Corona-Pandemie erfolgte in Österreich nicht erheblich anders als in den meisten anderen Ländern Europas mit Ausnahme von Schweden. Österreich reagierte nach den Infektionsfällen im Tiroler Skiort Ischgl sehr schnell und entschlossen, der Verlauf der Krankheit blieb deshalb handhabbar. Im Rückblick wissen wir, dass Deutschland mit seinem etwas ungeeinten und verspäteten Vorgehen auch nicht schlechter abschnitt. Doch wie gingen Österreichs Krankenhäuser mit Corona um? Einige Streiflichter aus unserem südlichen Nachbarland.

Österreichs Gesundheitswesen ist insgesamt gut aufgestellt. Zahlreiche Landeskliniken mit jeweils überschaubarem Einzugsbereich, das bestens ausgestattete Wiener Allgemeine Krankenhaus, mehrere Universitäts- und weitere Fachkliniken bieten eine ausreichend hohe Versorgungskapazität.

Rein zufällig wurde vor zwei Jahren die Eintragung in ein landesweites Gesundheitsberuferegister verpflichtend, um in diesem Bereich arbeiten zu dürfen. Für die Dauer der Corona-Krise wurde diese Pflicht zwar ausgesetzt, der Hintergrund der Erfassung dürfte jedoch darin liegen, im Krisenfall auf Krankenschwestern und Mediziner zurückgreifen und sie zur Not auch zur Dienstpflicht heranziehen zu können.

Im Mahlwerk der Bürokratie

Bereits im Februar und März bildete sich in der Bevölkerung eine deutlich sichtbare Solidarisierung heraus. Ehemalige Zivildienstleistende wurden gebeten, sich zu melden. Ein Radiosender organisierte Freiwillige für leichte Hilfsarbeiten, beispielsweise in Supermärkten. Nicht wenige Menschen meldeten sich auch in den Krankenhäusern für Hilfsdienste.

Personen mit Notfallausbildung machten dabei folgende Erfahrungen: Zu-

erst wurden sie gebeten, sich an einen zentralen Ansprechpartner für das Bundesland zu wenden. Dort wurde das Hilfsangebot an die Personalabteilung weitergegeben, und die machte nichts anderes, als was sie auch sonst mit Bewerbungen macht: Sie schickte sie ins Mahlwerk der Bürokratie. Und das hieß, die „Bewerber“ auf Amtswege einzustimmen, unter anderem zur Beschaffung eines Führungszeugnisses. Unter anderem hieran war frühzeitig erkennbar, dass die Kliniken in den weniger betroffenen Bundesländern wie Niederösterreich keinen Bedarf an zusätzlichen Helfern hatten. Dementsprechend wurde auch später nur selten auf Freiwillige zurückgegriffen.

Keine Maskenpflicht beim Einkauf

Wie sich auch in anderen Ländern Europas zeigte, wurden Routineuntersuchungen, geplante Operationen und dergleichen heruntergefahren, um Ansteckungsrisiken zu vermindern und um Kapazitäten freizuhalten. Mit Ausnahme einer überschaubar geringen Zahl infizierter Patienten wirkte sich die Pandemie selbst bislang nicht besonders belastend auf das Gesundheitssystem Österreichs aus. Dafür aber sehr wohl aufgrund der verordneten und auch mitgetragenen Distanzierung in Arztpraxen, medizinischen Einrichtungen und eben Krankenhäusern.

Im Niederösterreichischen Landesklinikum Hollabrunn etwa verschwand der gesamte Ambulanz-Anmeldeschalter hinter einem Brettverschluss. Patienten wurden nur einzeln und nach Temperaturkontrolle hereingelassen, Begleitpersonen in der Regel abgewiesen. Wo man sich sonst in volle Wartebereiche gesetzt hatte, war es nun weitgehend leer und man kam auch schneller dran als sonst. Diese Situation blieb bis Ende Juni und in den Juli hinein nahezu unverändert.

In den Kliniken gilt nach wie vor die Maskenpflicht für Mitarbeiter, Patienten und Besucher. Auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln tragen die Leute Mund-Nasenschutz, während sie zum Einkaufen

– anders als in Deutschland – zunächst abgelegt werden durften. Jetzt sind wieder alle maskiert. Österreich fährt damit offensichtlich ganz gut. Für den Arbeitstag in der Krankenpflege bedeutet das allerdings, bei sommerlich heißen Temperaturen stundenlang unter einer FFP-2-Maske zu atmen. Für das Personal ist das eine Tortur. Patienten hingegen tragen ihre Masken nicht so lange und auch nicht ununterbrochen.

Beispielsweise wird man in Kliniken vor einer Röntgenaufnahme des Kopfes gebeten, die Maske abzunehmen, weil der metallische Nasenbügel sonst mit auf die

Corona selbst wirkte sich bislang nicht besonders belastend auf das Gesundheitssystem Österreichs aus

Aufnahme gelangt. In einem privaten Ambulatorium in Wien trägt man zwar als Patient ab Betreten des Hauses eine Maske, doch auch hier gibt es Situationen, wo man etwas freier durchatmen kann – beispielsweise vor einer Gastroskopie (Magenspiegelung). Erfolgt sie mit Sedierung, also mit Ruhigstellung, etwa durch ein Schlafmittel, so findet man sich hinterher liegend, von einem milden Schlaf erwachend, mit seiner Maske wieder, die nur an einem Ohr hängt und locker über dem Kopf liegt.

Bereits vor wenigen Wochen rechnete man fest mit einer zweiten Welle der Pan-

demie, dementsprechend zögerlich wurden die Krankenhäuser wieder hochgefahren. Mitte April hieß es, sie würden sich wieder auf die Normalität vorbereiten, doch auch Ende Juli war diese noch nicht erreicht. Allerdings hängen diese Umstellungen auch stark mit der regionalen Corona-Situation zusammen. So gab es zuletzt in St. Wolfgang am Wolfgangsee ein neues Epizentrum mit über 60 Neuinfektionen.

Rückstau in Kliniken befürchtet

Allen Verantwortlichen ist jedoch gemeinsam, den entstandenen erheblichen Rückstau an nicht von Corona verursachten Krankenhausbesuchen abzubauen. Zu diesem Zeitpunkt gilt noch, die Dinge mit großer Vorsicht zu entwickeln. Die steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft wirbt für ein abgestimmtes Vorgehen, sicher auch mit dem Hintergedanken, innerösterreichischen Kliniktourismus zu verhindern. In den österreichischen Bundesländern wird dann weitgehend selbstständig über das Hochfahren beraten.

Die Mehrbelastung des österreichischen Gesundheitswesens durch die Corona-Belastung wird nach der eigentlichen Krise durchschlagen, weil dann der Rückstau auf die Stationen strömt. Wichtige Untersuchungen und Therapiemaßnahmen können nicht länger verschoben werden und fehlende Betreuung wirkt sich dann als Verschlechterung der Krankheitssituation aus.

Das wird auch noch aus einem weiteren Grund zur Großaufgabe werden: Die Wartezeiten waren im Kassensystem schon vor der Krise enorm und werden aufgrund dieses Rückstaus noch deutlich zunehmen. Wer kann, nutzt Beziehungen – in Österreich traditionell verankertes System, das gleichwohl weiter zur Benachteiligung derjenigen beiträgt, die auf der Warteliste bleiben. Das betrifft nicht nur Krankenhäuser, sondern auch viele Arztpraxen. Wer dort neu ist oder seltener hingeht, darf schon mal zwei Stunden und länger herumsitzen.

VOR 150 JAHREN

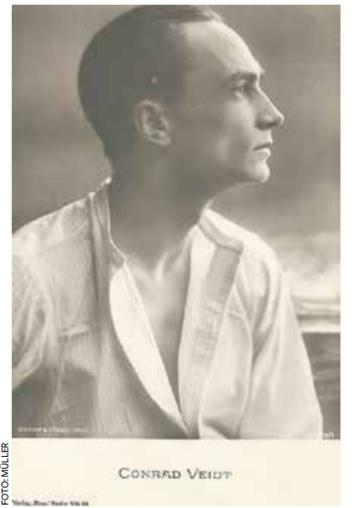
Erfinder der Kunstpostkarte

„Du, ich hab Dich so furchtbar lieb! Möchtest Du mir nicht ein einziges Mal ein Küßchen geben?“ Die verzweifelte Kinoliebhaberin, die 1919 diese Zeilen an den Schauspieler Conrad Veidt schrieb und die Kurt Tucholsky in der „Berliner Volkszeitung“ veröffentlichte, hatte damals die Qual der Wahl. Sie konnte ihren Liebling in kontemplativer, verträumter oder heldenhafter Pose käuflich erwerben, allerdings nur auf Bromsilberpapier.

Die meisten der damals in Schreibwarenläden verkauften Starpostkarten zierte ein kleines Pferd, das für den Gründer des Berliner Postkartenverlags, Heinrich Ross, stand. Der vor 150 Jahren, am 10. August 1870, in Rokytno/Österreich-Ungarn geborene Heinrich Ross ließ sich am Ende des 19. Jahrhunderts in Rixdorf, das 1912 zu Neukölln wurde, nieder, und machte sich im Jahr 1902 als „Fabrikant von Luxuspapierwaren“ selbstständig.

1907 gründete er die Ross-Bromsilber-Vertriebs-GmbH, aus der später der Berliner Ross-Verlag hervorgehen sollte. Ross setzte dabei auf Qualität und Vielfalt, bis zu 40.000 verschiedene Motive umfasste sein Programm zu den Glanzzeiten des Stummfilms, wobei es mehrere Reihen gab: Filmstars, „Bühnensterne“ und Filmszenen, fotografiert in so renommierten Berliner Studios wie denen von Alexander Binder oder Becker & Maaß.

1930 würdigte ihn die „Filmwoche“ in einem Artikel anlässlich seines



Starpostkarte vom Ross Verlag: Der Schauspieler Conrad Veidt

60. Geburtstags. Da hätte er eigentlich längst in Rente gehen und sich nur noch seiner Arbeit in der Jüdischen Brüdergemeinde von Neukölln widmen können, deren Erster Vorsitzender er seit 1922 war. Doch 1933 brachte die Zäsur. 1934 legte Ross sein Gemeinde-Amt nieder, 1936 starb seine Ehefrau Berta, ein Jahr später wurde der Ross-Verlag arisiert und der Tobis Filmkunst GmbH einverleibt.

Am 13. Mai 1939 schiffte sich Ross in Hamburg auf die „St. Louis“ ein, was durch die Weigerung Kubas, das Schiff anlegen zu lassen, zur Irrfahrt werden sollte. Am 17. Juni durften die Flüchtlinge in Antwerpen von Bord gehen und wurden von verschiedenen Gastländern aufgenommen. 1947 wurde aus dem mittellosen Ross in Chicago schließlich ein US-Staatsbürger.

Eine Entschädigung im Rahmen der „Wiedergutmachung von NS-Unrecht“ erhielt er kurz vor seinem Tod. Am 3. August 1957 verstarb Ross in Chicago an den Folgen eines Schlaganfalls. Seine Wahlheimat Neukölln sah er nie mehr wieder. Bettina Müller

● FÜR SIE GELESEN

Ein grantiger Ermittler

Noch einmal steht der Polizeigent Josef Maria Nechyba schwierigen Fällen gegenüber. Er löst sie mit Bravour, wenn auch nicht immer auf die vornehme Art.

Eigentlich hatte der Schriftsteller Gerhard Loibelsberger den von ihm erfundenen Wiener Ermittler Joseph Maria Nechyba vom k.k. Polizeiagenteninstitut nach sechs Romanen und einigen kürzeren Geschichten mit dem Ende der Donaumonarchie auf einen Schreibtischposten befördert. Dort verbringt er seine letzten Berufsjahre und löst offenbar keine Fälle mehr, die für seine Leserschaft von Interesse wären.

Glücklicherweise erzählt uns Loibelsberger nun aber rückblickend doch noch etwas aus dem Leben und von der Arbeit des dicken, immer hungrigen und grantigen „Inspectors“ beziehungsweise späteren „Oberinspectors“, der die „Pülcher“ und die, die er dafür hält, einfach duzt, seinerseits aber Wert darauf legt, korrekt angesprochen zu werden.

Das Buch „Morphium, Mokka, Mördergeschichten“ enthält 13 Erzählungen, in denen man in der österreichischen Hauptstadt sowie im Umland auf Nechyba trifft. Fast noch ein Kind, „ermittelt“ er im Jahr 1873, was es mit dem „Gespenst vom Kadoltsberg“ auf sich hat – wofür sich das „Gespenst“ bei ihm zu bedanken hat, sonst wäre es nicht nur als Dieb, sondern auch als Mörder angeklagt worden.

Die für Nechyba persönlich dramatischste Angelegenheit dürfte der Tag sein, an dem ihm niemand etwas Nahrhaftes verkaufen oder servieren will. Sogar der ihm unterstellte Pospischil weigert sich. Es gebe einen Erlass des Polizeipräsidenten, Essen und Bier im Dienst seien jetzt verboten. Die Angelegenheit klärt sich später zugunsten des „Inspectors“. Von Speisen und deren Zubereitung ist im Buch des Öfteren die Rede.

Nach wahren Begebenheiten

Vor allem aber löst Nechyba Kriminalfälle, einige davon beruhen auf tatsächlichen Begebenheiten. So die letzte, im Januar 1917 spielende Geschichte. Hier ist ein Einheimischer wenig begeistert davon, dass kriegsbedingt die Glocken und das Kupferdach der Wallfahrtskirche Maria Taferl requiriert werden. Wegen des signierten Fotos einer Wiener Theater-Diva kommt ein Gymnasiast auf dem Naschmarkt zu Tode. Loibelsberger legt Wert darauf, Nechyba an reale Orte zu schicken. Zum Beispiel ins Burgtheater oder ins Café Sperl, wo man noch heute einkehren kann. Historische Personen treten auf, etwa Sigmund Freud.

Es heißt, die Verhörmethoden des „Inspectors“ seien „zwar effizient, aber nicht korrekt“. Sensibilität ist nicht seine Stärke – aber die gute alte Zeit in der Mitte des Habsburgerreiches und so manchen Abgrund kann man mit ihm wunderbar nacherleben.

Erik Lommatzsch

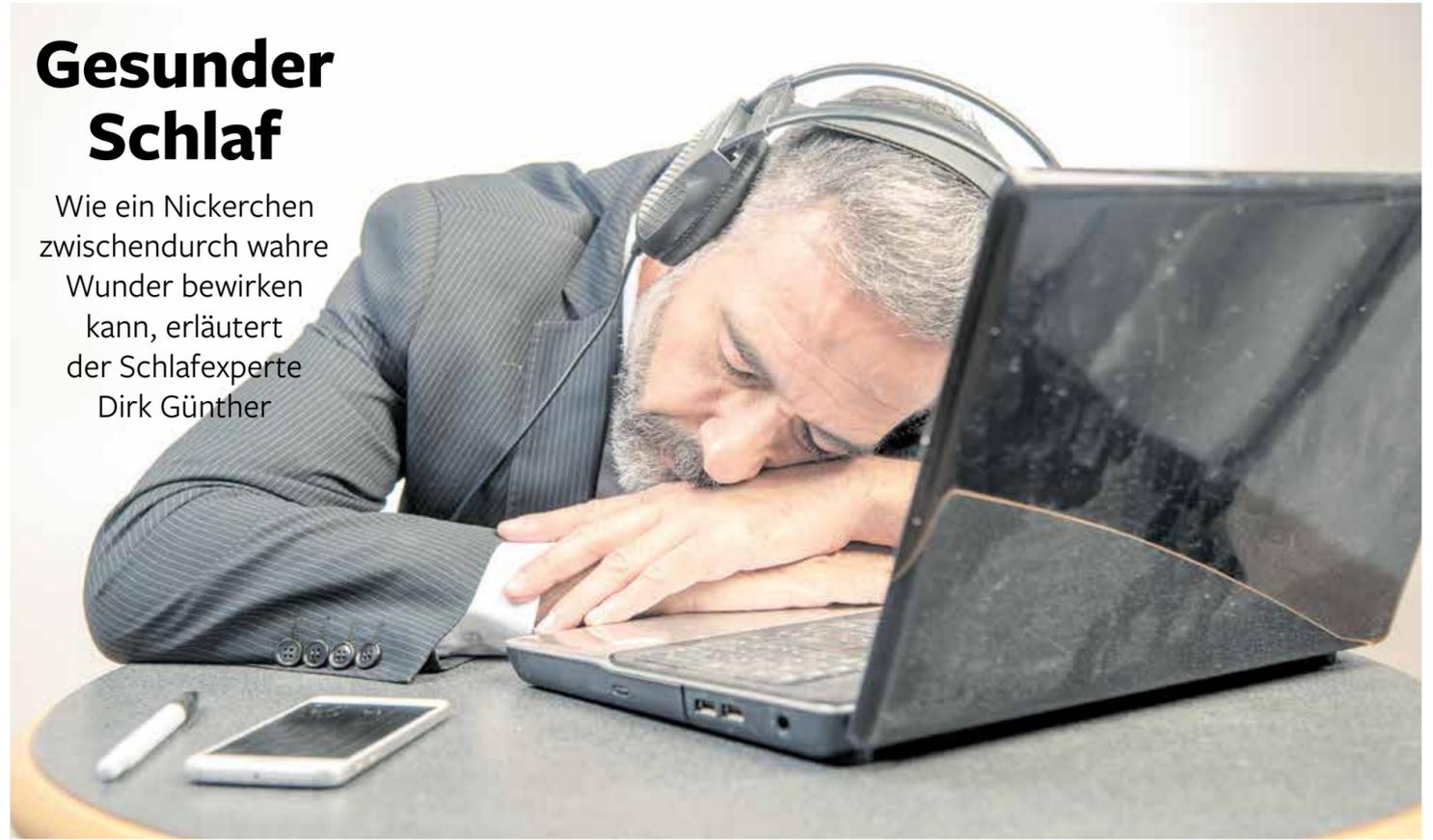
Gerhard Loibelsberger: „Morphium, Mokka, Mördergeschichten. Wien zur Zeit Joseph Maria Nechybas“, Gmeiner Verlag, Meßkirch 2018, broschiert, 279 Seiten, 14,50 Euro



Gesunder Schlaf

Wie ein Nickerchen zwischendurch wahre Wunder bewirken kann, erläutert der Schlafexperte Dirk Günther

FOTO: COLOURBOX



Ausgeschlafen lautet der Titel eines Ratgebers, den der Schlafexperte Dirk Günther herausgegeben hat. Darin erklärt der Mediziner und Inhaber eines Bettengroßhandels die von ihm entwickelte „ENS-Methode“ für einen besseren Schlaf. Diese basiert allerdings auf weithin

bekanntem Erkenntnissen der Wissenschaft. Günther gibt als Schlafcoach Seminare und schöpft eigene Erkenntnisse aus den Erfahrungen seiner Klienten. Angenehm ist, dass er an keiner Stelle Werbung für seine Firma macht oder ein Non-Plus-Ultra-Bettensystem anpreist. MRK

Dirk Günther: „Ausgeschlafen. Ihre persönliche Schlaf-Formel zu mehr Glück und Erfolg im Job“, Wiley Verlag, Weinheim 2020, broschiert, 223 Seiten, 17,99 Euro

DDR

Eine zerrissene Persönlichkeit

Der Historiker Lutz Maeke zeichnet den Lebensweg des ersten Innenministers der DDR, des SPD-Politikers Carl Steinhoff, nach

VON DIRK KLOSE

Am 22. April 1946 vereinigten sich in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – SED. Zu den stärksten Befürwortern dieser „Einheitsfront“ auf SPD-Seite gehörte neben Otto Grotewohl der brandenburgische Ministerpräsident Carl Steinhoff (1892–1981). Dessen Vita war ein Leben in fünf Herrschaftsformen (Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Diktatur, SBZ und DDR), das fast zwangsläufig, wie der Historiker Lutz Maeke zeigt, voller Widersprüche und damit beispielhaft für viele Lebensläufe in Deutschland war.

Steinhoffs Lebenslauf zeigt ein zwiespältiges Bild. Zum einen hochgebildet, in Kunst, Literatur und Musik bewandert, in der schweren Zeit nach 1933 mutig zu seinen jüdischen Bekannten stehend, zum anderen ein fast skrupellos die eigene Karriere verfolgender Politiker, der bedenkenlos die kommunistische Diktatur unterstützte. Der Autor nennt ihn eine zerrissene Persönlichkeit.

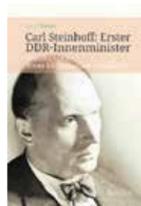
Steinhoff entstammte einer gut situierten westfälischen Bürgerfamilie, die ihm nach einer humanistischen Schulausbildung ein Studium ermöglichte, das – nach traumatischer Kriegserfahrung – eine Laufbahn im Staatsdienst eröffnete. Ein höchst karrierebewusstes Selbstbewusstsein ließ ihn mit guten Verbindungen virtuos vom Reichsinnenministerium über die sächsische Landesvertretung in Berlin bis

in höchste Positionen in Preußen (Vizeoberpräsident in Ostpreußen) springen. 1923 war Steinhoff eher aus Opportunismus der SPD beigetreten, in der er dezidiert sozialistische Positionen vertrat.

Die NS-Diktatur brachte Ächtung und Isolation, was ihn aber 1945 als unbescholtenen und hochqualifizierten Fachmann sofort für hohe Ämter qualifizierte. 1945 wurde er Präsident der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, dann, nach Gründung der DDR, deren erster Innenminister, als der er durch radikal kommunistische Parolen hervortrat. In der Praxis steuerte er einen eher traditionellen Verwaltungskurs, womit er rasch bei der SED aneckte. 1952 musste er gehen. Nach einem kurzen Intermezzo an der Humboldt-Universität zog er sich bis ins hohe Alter in sein Heim in Wilhelmshorst zurück. Die SED hat ihn bis zu seinem Ende zwar nach außen hochgehalten, de facto aber wurde er zum Niemand.

Die faktenreiche, nüchtern geschriebene Biografie hätte noch gewonnen, wenn vermehrt auch persönliche Zeugnisse aufgenommen worden wären. Die beim Leser geweckte Neugier, wie Steinhoff die Jahre der Isolation materiell überlebt hat, wird leider nicht beantwortet.

Lutz Maeke: „Carl Steinhoff: Erster DDR-Innenminister. Wandlungen eines bürgerlichen Sozialisten“, Wallstein Verlag, Göttingen 2020, 224 Seiten, 22 Euro



USA

Kesseltreiben gegen den US-Präsidenten

Der Jurist Helmut Roewer deckt die Machenschaften der Anti-Trump-Verbündeten in Ministerien der USA, FBI, CIA und NSA auf

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Juni 2015 betrat der Unternehmer und Milliardär Donald Trump die politische Bühne, um sich für das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu bewerben – und im Jahr darauf gewann er die Wahl dann auch. Das kann man mit Fug und Recht als politisches Wunder bezeichnen, weil Trump keine Erfahrungen in der Politik hatte und nie zuvor in der US-Geschichte derart massiv gegen einen Präsidentschaftskandidaten gehetzt und intrigiert worden war. Wobei sich das Kesseltreiben nach dem Einzug von Trump ins Weiße Haus sogar noch verstärkte. Für den Juristen und ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten von Thüringen, Helmut Roewer, handelte es sich bei den Machenschaften der Trump-Gegner de facto um einen Putschversuch, dessen Hintergründe er in seinem Buch „Spygate“ beleuchtet.

Dabei liefert Roewer Unmengen akribisch zusammengetragener Informationen über die konzertierten Einzelaktionen im Rahmen der Bemühungen, Trump das Präsidentschaftsamt zu verwehren oder wieder zu entziehen, sowie auch über die jeweils involvierten Organisationen und Personen. Die Bandbreite der Letzteren reichte dabei vom US-Außen- und Justizministerium, der Bundespolizei FBI und den Geheimdiensten CIA und NSA über die Ex-Präsidenten Clinton und Obama bis hin zu einer abgehalfterten Porno-Darstellerin und einer Muslim-Aktivistin. Gleichzeitig zeigt Roewer auch, wie viele Mitarbeiter und

scheinbare „Vertraute“ Trumps Maulwürfe der Gegenseite waren, was die abrupten Personalentscheidungen erklärt, die von den Medien hierzulande als Belege für Trumps mangelnde Zurechnungsfähigkeit aufgeführt wurden.

Der versuchte Putsch des US-Establishments gegen den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten fand seinen vorläufigen Höhepunkt in dem von den Demokraten angestrebten Amtsenthebungsverfahren, welches am 5. Februar 2020 scheiterte. Damit endet auch die Darstellung Roewers. Seitdem hat es allerdings schon wieder zwei neue Anläufe gegeben, Trump ins Messer laufen zu lassen und mit Schimpf und Schande aus dem Amt zu jagen: Der eine erfolgte anlässlich der Corona-Krise, in der der Präsident angeblich versagt habe, der andere vor dem Hintergrund der inszenierten Krawalle nach dem Tode des schwarzen Kleinkriminellen George Floyd, welche die USA offenbar in komplette Anarchie stürzen und Trump provozieren sollten, das Militär gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. Inwieweit die Todfeinde Trumps hier im Hintergrund die Strippen gezogen haben, könnte das Thema eines Fortsetzungsbandes von „Spygate“ sein.

Helmut Roewer: „Spygate. Der Putsch des Establishments gegen Donald Trump“, Kopp Verlag, Rottenburg 2020, gebunden, 176 Seiten, 19,99 Euro





Früher € 69,90
Jetzt € 55,00

Onyx-Set
Hochaktuelle, dekorative Onyx-Ohringe und Onyx-Kettenanhänger mit 925er silberner Fassung für Jung und Alt geeignet.
Nr. P A0865 **Onyx-Schmuckset** 55,00 €



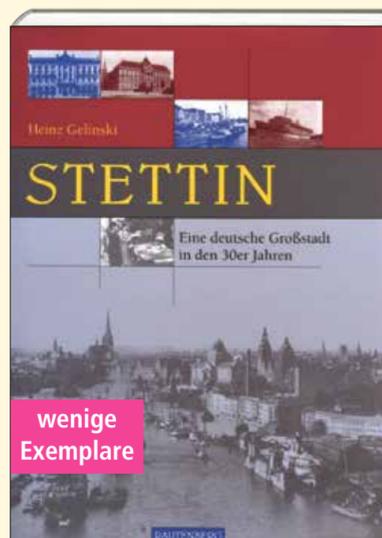
Friedrich Venohr
Fridericus Rex – Friedrich der Große
Porträt einer Doppelnatur
464 Seiten/Gebunden
Nr. P A0651 29,80 €

Schon zu seinen Lebzeiten rankten sich zahlreiche Legenden um die Person jenes Preußenkönigs, der als Friedrich der Große in die Geschichte eingegangen ist. In den vergangenen Jahrhunderten hat sich das Friedrichbild wiederholt gewandelt. Wer aber war dieser kunstsinigste Preußenkönig wirklich? In seiner Friedrich-Biografie, die durch ihre Anschaulichkeit besticht, versucht Wolfgang Venohr, jenseits aller Legenden und Glorifizierungen die Persönlichkeit Friedrich II. in all ihren Facetten auszuleuchten, die Widersprüche in seinem Charakter herauszuarbeiten und ein Porträt dieses Mannes zu zeichnen, das zu einem neuen, an den historischen Tatsachen orientierten Bild führt.



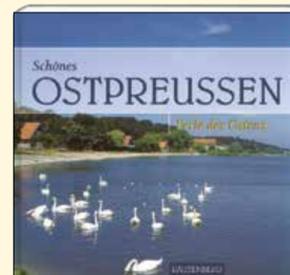
Michael Welder
Reise nach Danzig
Auf Spurensuche in Westpreußen zur Königin der Ostsee
Diese „Reise nach Danzig“ führt in eine Stadt mit einzigartiger Kultur, zahlreichen Kirchen und Denkmälern. Nicht umsonst wird sie dank ihrer ruhmvollen Vergangenheit als Königin der Ostsee gerühmt. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken zeigt Bekanntes und Neuzuentdeckendes. Die steinernen Zeugnisse der Hanse wurden wieder aufgebaut, enge Gassen, alte Giebelhäuser und historische Fachwerkspeicher laden in diese bedeutende Stadt ein.
290 Abbildungen/224 Seiten.
Nr. P 533030 Gebunden mit Schutzumschlag 29,90 €

Solange der Vorrat reicht

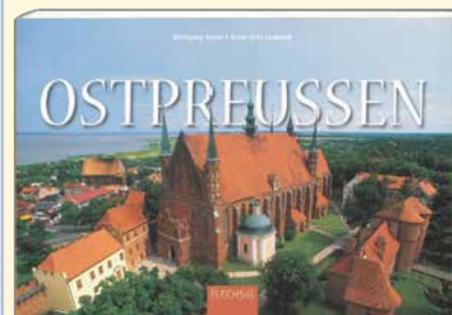


Heinz Gelinski
Stettin
Eine deutsche Großstadt in den 30er Jahren
Stettin - Eine deutsche Großstadt in den 30er Jahren: Stettin - die ehemalige Hauptstadt der Provinz Pommern wird in diesem reich ausgestatteten Bildband in ihrer alten Gestalt zu Zeit der 30er Jahre dargestellt. Die einzigartigen Fotografien geben ein umfassendes Bild dieser traditionsreichen Stadt, es zeigt den Hafen, das kulturelle Leben, die Bauten und Menschen. Über 200 Abbildungen porträtieren das Tor zur Ostsee mit seiner berühmten Hakenenterrasse, dem Residenzschloss der pommerschen Herzöge und dem prächtigen Rathaus. Die glanzvolle Vergangenheit Stettins ist in diesen historischen Fotografien festgehalten, seine Straßen, Kirchen und anderen Baudenkmäler laden zur Spurensuche in einer vergangenen Epoche.
222 Seiten.
Nr. P 533108 Gebunden mit Schutzumschlag 29,90 €

wenige Exemplare



Michael Welder
Schönes Ostpreußen
Ostpreußen ist mit seinen herrlichen Landschaften Städten und Dörfern eine Perle des Ostens. In den zahlreichen Farbaufnahmen dieses Bildbandes wird Ostpreußen porträtiert und der Text gibt einen guten Überblick über die Geschichte der Region. 60 farbige Abb. 60 Seiten
Nr. P 1100 Gebunden 9,95 €



Wolfgang Korall (Fotograf)/Ernst-Otto Luthardt (Autor)
Ostpreußen – Ein Panorama-Bildband
Format 28 cm (Breite) und 19 cm (Höhe), 239 farbige Abbildungen auf 256 Seiten zeigen Ostpreußen wie es heute ist.
Nr. P 542016 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Gunther Ipsen (Hrsg.)
Wir Ostpreußen
Ein literarischer Bilderbogen, der den geschichtlichen, geistigen und seelischen Gehalt Ostpreußens wiedergibt, breitet sich in diesem Werk vor dem Leser und Betrachter aus. Die Beiträge aus der Feder bedeutender Ostpreußen und Persönlichkeiten, denen das Land Wahlheimat oder vorübergehender Aufenthalt war, zeigen die große Liebe zu diesem Grenzland, das wie selten eine Landschaft Menschen gefesselt hat. Behandelt werden historische Ereignisse, Heimatkundliches, die Landschaft, Tierwelt, Sprache, Künstler und viele andere Themen. Das einstige Leben in diesem weiten Land mit seinen vielfältigen Landschaftsbildern und Städten tritt noch einmal in die Erinnerung. Neben den poetischen und literarischen Beiträgen finden sich Berichte aus dem landwirtschaftlichen Jahr mit statistischen Angaben, die zeigen, wie sehr die Landwirtschaft und Tierzucht das Wirtschaftsleben Ostpreußens bestimmt haben. Im Anhang ziehen Fotografien aus dem Ostpreußen vor der Vertreibung noch einmal vorüber. Prosatexte reihen sich neben Gedichten zu einer Einheit, die ein originelles und interessantes Bild ostpreußischer Lebens- und Geisteshaltung durch die Jahrhunderte wiedergibt.
24 Fotos/406 Seiten + XXXII
Nr. P 517 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €

Solange der Vorrat reicht



Wilhelm Pleyer (Hrsg.)
Wir Sudetendeutschen
Der Titel spricht für die Millionen aus der Heimat vertriebenen Sudetendeutschen, denen diese Heimat als schwerste und geliebte Last im Herzen bleibt. Gleichzeitig bringt dieser Titel ein Selbstbewusstsein zum Ausdruck und den Willen zur Selbstbehauptung: zu bleiben, was die Sudetendeutschen einmal waren. Die Beiträge bewahren etwas, das keinesfalls verlorengehen sollte, die geistige Überlieferung einer langen Geschichte der Sudetendeutschen, die das Schicksal oft nicht gut behandelt hat, die sich aber immer wieder als Minderheit durchsetzen konnten, bis zur endgültigen Vertreibung 1945. Die große Zahl der Autoren sind ehemalige Bewohner des Sudetenlandes oder solche, die sich mit dem Land und seinen Bewohnern verbunden fühlen. Darunter befinden sich u.a.: Marie von Ebner-Eschenbach, Joseph von Eichendorff, Goethe, Schiller, Fontane, Rainer Maria Rilke. Dazu kommen viele Zeitgenossen, die sich mit dem Verlust der Heimat auseinandersetzen.
24 Fotos/390 Seiten + XXXIII
Nr. P 518 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

Solange der Vorrat reicht



Karl Turley (Hrsg.)
Wir Schlesier
Mit dieser Anthologie hat der Herausgeber den Zustand der schlesischen Seele beschreiben wollen, wie sie sich nach dem Verlust der geliebten Heimat befand. Das Inhaltsverzeichnis gibt eine Fülle berühmter Namen wieder. Dabei tritt zutage, wie viele bedeutende Männer aus Schlesien kommen. Dazu haben Schriftsteller und Dichter in dieser Sammlung das Land beschrieben und besungen, denen Schlesien Wahlheimat oder vorübergehender Aufenthalt war. Die Beiträge sind in verschiedene Themenkreise geordnet: Die Landschaft der Heimat; Schlesisches Volk; Im Wandel der Zeiten; Die schlesische Seele; Das schaffende Schlesien; Die großen Taten unserer Zeit; Heimat im Herzen. Das sprichwörtlich schlesische Gemüt wird mit den zahlreichen poetischen Beiträgen dokumentiert, daneben gibt es Berichte über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, historische Ereignisse, die Arbeitswelt, Kunst, einzelne Städte und Landschaften, Sitten und Bräuche und vieles andere, die Schlesien in seiner ganzen Vielfalt in Erinnerung bringen.
24 Fotos/374 Seiten + XXXII
Nr. P 519 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

Solange der Vorrat reicht



Porzellanminiatur Sisi
Hochwertige Malerei nach einem Gemälde von Franz Xaver Winterhalter von Elisabeth, Kaiserin von Österreich und Königin von Ungarn, in Miniaturausführung. Rahmengröße: 9,5 cm x 10,5 cm. Relief: 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P 5 20 Porzellanminiatur 49,00 €

wenige Exemplare



Porzellanrelief Ludwig van Beethoven
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief von Komponist Ludwig van Beethoven in Miniaturausführung. Der Rahmen aus Vogelaugenhorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Größe des Reliefs: 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P 521 Porzellanrelief 49,00 €

wenige Exemplare



Kette mit kleinen bunten Natur-Bernsteinbohnen
Die Bernsteinkette hat eine Länge von ca. 43 cm und besteht aus verschiedenfarbigen ovalen Bernsteinbohnen.
Nr. P A0864 29,90 €

wenige Exemplare

Natur-Bernsteinarmband
Dekoratives Bernsteinarmband mit mehrfarbigen Natur-Bernstein für Jung und Alt geeignet. Formen: als Kugel oder Splitter.
Nr. P A0865 Bernsteinarmband 29,90 €



Marcel Krueger
Von Ostpreußen in den Gulag
Eine Reise auf den Spuren meiner Großmutter
Viele Geschichten hat Marcel Kruegers Großmutter ihrem Enkel erzählt, als er klein war. Verstanden hat er sie damals nicht so recht, denn es waren Geschichten aus Ostpreußen und Russland, Geschichten von Kartoffelernten und Gefangenenlagern. War das, was die Oma im friedlichen Solingen der 1980er Jahre erzählte, wirklich geschehen? Nach dem Tod seiner Großmutter sucht Marcel Krueger nach Antwort und begibt sich auf ihre Spuren. Eine Reise voller bewegender, komischer und trauriger Momente beginnt. In Gesprächen zwischen Kuchen, Makrelen, Wodka und Bier erkundet Krueger die weißen Flecken in Oma Cillys Biographie. Er findet die wahre Geschichte einer bewundernswerten Frau, die sich nie unterkriegen lässt, die die Zwangsarbeit im sowjetischen Arbeitslager überlebt und sich ein neues Leben mit Familie in Deutschland aufbaut. 264 Seiten
Nr. P A1372 Gebunden 20,00 €



Natur-Bernsteinsplitterkette
Die Bernsteinsplitterkette hat eine Länge von 45 bis 48 cm und besteht aus abgerundeten, verschiedenen cognacfarbenen Bernsteinsplittern und kann zu vielen Anlässen getragen werden.
Nr. P A0763 39,90 €



Porzellanminiatur „Das Schokoladenmädchen“
Hochwertige Malerei von dem Gemälde „Das Schokoladenmädchen“ 1744 von Jean-Etienne-Liotard in Miniaturausführung. Rahmengröße: 9,5 cm x 10,5 cm. Größe des Reliefs: 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P 522 Porzellanminiatur 49,00 €

wenige Exemplare

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● **AUFGESCHNAPPT**

Nach dem Ausschluss ihres Mannes Thilo Sarrazin hat dessen Frau Ursula nach 40 Jahren Mitgliedschaft die SPD verlassen. Die Tochter von Ernst Breit, DGB-Chef von 1982 bis 1990, beklagt in einem Brief vom 3. August an den Parteivorstand, dass man die „brennenden Probleme der Gegenwart, Migration und Islam, nicht mehr offen diskutieren darf“. Die einstige große Volkspartei SPD mutiere zur „Sekte“. In der SPD werde „nur noch zu hören sein, dass Migration grundsätzlich gut ist, da sie ja so vielfältig ist, dass der Islam harmlos und integrierbar sei“. Und da in der Partei nur noch solche Stimmen zu hören seien, werde „man glauben, dass dieses Bild der Wirklichkeit entspricht“. Das führe zur Verkennung der tatsächlichen problematischen Gegebenheiten, zu Illusionen und zu Ideologie, die letztlich allen und allem übergestülpt würden. Ursula Sarrazin warnt die SPD: „Wer so regiert und Macht ausübt, richtet großen Schaden an. Wozu das schon mehrmals in der Geschichte geführt hat, ist hinlänglich bekannt.“ *H.H.*

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Rainer Zitelmann hält dem bürgerlichen Lager den Spiegel vor, indem er bei „Tichys Einblick“ (2. August) enthüllt, warum linke Hetzkampagnen so gut funktionieren:

„Unser Problem in Deutschland sind nicht linksgrüne Ideologen, nicht der Shitstorm der linken Sprachpolizei, sondern die Feigheit und der Opportunismus des Bürgertums, das sich anpasst, statt ein ‚Stopp‘-Schild aufzustellen und dem Meinungsterror entgegenzutreten. Die an sich lächerlichen Kampagnen – heute gegen ‚Negerküsse‘ morgen gegen einen Kabarettisten, der nicht auf Linie liegt – wären vollkommen wirkungslos, wenn die Kampagnenmacher nicht immer wieder die Erfahrung machten, dass ihre Einschüchterungskampagnen funktionieren.“

Ulrich Schödlbauer fragt sich im Internetmagazin „Globkult“ (1. August), was aus Demonstrationen wie der Berliner Kundgebung gegen die Corona-Restriktionen am vergangenen Wochenende erwachsen könnte:

„Bald könnte sich zeigen: Das Thema ‚SARS-CoV-2‘ hat das Zeug dazu, die verheerende Links-Rechts-Polarisierung von Politik und Gesellschaft im Dienst einer nicht mehr so großen Koalition und einer nicht mehr so erfolgreichen Kanzlerin zu überspringen und, auf mittlere Sicht, zu depotenzieren (entkräften, d. Red.). Die in der Regierungsverantwortung stehenden Parteien dürften also, dessen kann man sicher sein, Gefahr wittern und fürs erste mit dem üblichen Mix aus entdifferenzierender Propaganda und administrativer Hartleibigkeit reagieren.“

Hans Hermann Tiedje wundert sich im „Euro am Sonntag“ (26. Juli) über rätselhafte Investitionsentscheidungen in Berlin:

„Für die Kosten des BER hätte man vier neue Hauptbahnhöfe bauen können oder jedem Deutschen etwa 100 Kugeln Erdbeereis schenken. Man hätte dafür auch den alten Flughafen Berlin Tegel noch 60 Jahre weiter betreiben können. Nun wird Tegel stillgelegt und erwartet das Schicksal des Flughafens Tempelhof, des Bierpinsels Steglitz, des Kongresszentrums ICC. Alles gammelt vor sich hin und verrottet.“

Henryk M. Broder zieht in der „Welt“ (4. August) eine unbequeme Konsequenz aus der Forderung von SPD, Grünen und Linkspartei, das Wahlalter auf 16 Jahre zu reduzieren:

„Auch das Jugendstrafrecht müsste geändert werden, volle Strafmündigkeit ab dem 16. Lebensjahr und kein Nachlass aufgrund ‚einer unreifen, noch in der Entwicklung stehenden Persönlichkeit‘. Wer wählen darf, muss auch sitzen können.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Das ansteckende Pappschild

Warum mangelnder Abstand mal brandgefährlich, mal völlig risikolos ist

VON HANS HECKEL

Wie ansteckend ist das Virus nun eigentlich? Das ist die große Frage, an der die Wissenschaft schon das ganze Jahr herumdoktert. Zum Glück gibt es kaum noch wissenschaftliche Fragen, die in unserer modernen, aufgeklärten Welt allzu lange auf eine Antwort warten müssen, so ist es auch in diesem Falle.

Seit diesem Wochenende wissen wir es: Wie ansteckend Covid-19 wirkt, hängt entscheidend davon ab, welche politische Richtung der mögliche Überträger vertritt. Die Teilnehmer der teils überaus gewalttätigen „Black Lives Matter“-Demos stellen kaum ein Risiko dar, selbst wenn die Demonstranten dicht an dicht marschieren und viele von ihnen auf Masken verzichten. Auch körpernahe Übergriffe mit Boxen, Spucken und Schreien stellen kein Ansteckungsrisiko für den Attackierten dar, wenn es sich bei den Angreifern um linke „Aktivisten“ handelt.

Hoch infektiös dagegen sind Demonstranten, die sich gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung wenden, so wie die vielen Tausend, die vergangenes Wochenende durch Berlin wogten. Das Entsetzen über die gesundheitlichen Risiken, die von deren Auftritt ausging, war gewaltig. Wobei ein heftiger Streit darüber ausgebrochen ist, wie viele beim „Tag der Freiheit“, wie die Restriktionsgegner ihre Demo nannten, dabei waren.

Etlliche hunderttausend bis zu mehr als einer Million sagen die Veranstalter. Sie weisen auf Bilder, die den gesamten Bereich zwischen Siegestsäule und Brandenburger Tor voller Menschen zeigen. Völlig übertrieben, behaupten Behördenvertreter und politische Gegner der Corona-Demonstranten. Das seien viel weniger gewesen, 17.000, vielleicht auch 20.000, und Letzteres auch nur bei der Schlusskundgebung. Die Bilder der Massen erklärten sich mit den großen Lücken zwischen den Demonstranten. Durch sie füllten die Wenigen so viel Raum aus, dass sie weit aus zahlreicher wirkten.

Eine bemerkenswerte Erklärung: Wurde die Auflösung der Demonstration nicht gerade damit begründet, dass die Abstände zwischen den Protestierern viel zu gering gewesen seien? Dann müsste der Schauplatz doch ziemlich voll gewesen sein und längst nicht so dünn bevölkert, wie von den Kritikern der Corona-Demo angegeben. Dann kommt man

mit einer Zahl von nur 20.000 schnell an den Rand des Glaubwürdigen.

Ach, was sollen wir uns herumquälen mit den schnöden Zahlen. Anlass und Ablauf der Kundgebung sind doch sowieso viel wichtiger. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller von der SPD beschwerte sich über die „Randale“ in seiner Stadt, die von den Corona-Demonstranten ausgegangen sei. Eine TV-Nachrichtensendung wusste von einer „bitteren Bilanz“ zu berichten: „45 verletzte Polizisten“ und „133 Festnahmen“ beklagte die Sprecherin, während im Hintergrund die Bilder von den demonstrierenden Maßnahmen-Gegnern auf der Straße des 17. Juni zu sehen waren. Erst später sickerte indes durch, dass die 45 verletzten Beamten und 133 Festnahmen gar nichts mit der Demo im Zentrum der Hauptstadt zu tun hatten. Die Übergriffe und daraufhin die Festnahmen ereigneten sich auf einer linken Demonstration in Neukölln. Aber wer will denn das so genau nehmen!

Außerdem liege „Randale“ auch dann schon vor, wenn jemand seiner Maskenpflicht nicht nachkommt, findet Sozialdemokrat Müller. Es ist also ganz gleich, ob sie jemanden zusammenschlagen oder ohne Maske unter freiem Himmel mit nur 50 Zentimetern Abstand an ihm vorbeischlendern. So gehen sind Deutschlands Fußgängerzonen die reinsten Bürgerkriegszonen. Dort trägt so gut wie niemand eine Maske und die Abstände unterscheiden sich kaum vom vergangenen Sommer. Es grenzt an ein Wunder, dass an Hamburgs Hafensperrpromenade noch niemand in die Elbe gedrückt wurde bei dem Gedränge, das dort seit Ende des strengen Lockdowns immer wieder herrscht. Zu massiven Corona-Ausbrüchen hat die massenhafte Tuchfühlung indes noch nicht geführt.

Das würde sich vermutlich schlagartig ändern, sobald ein „Covidiot“ (so titulierte SPD-Chefin Saskia Esken bekanntlich die Berliner Demonstranten) in dem Getümmel auftaucht mit einem kleinen Pappschild in der Hand, mit dem er gegen die Restriktionen rebelliert. Das Ansteckungsrisiko, das von dem Pappschild und der verdächtigen Gesinnung seines Halters ausginge, würde einen sofortigen Polizeieinsatz unabdingbar machen, begleitet von Verwünschungen in Politik und Medien, wie rücksichtslos Schild und Gesinnung die Gesundheit aller anderen Promenadendränger gefährden. Schließlich rechnen wir seit Monaten geradezu stündlich

Die „zweite Welle“ hat die Rolle des Bürgerschrecks übernommen und könnte dabei sogar die „Gefahr von Rechts“ vom Thron stoßen

mit dem Ausbruch der „zweiten Welle“. Diese zweite Welle hat die Rolle des dauerdräuenden Bürgerschrecks übernommen und könnte dabei fast die „rechte Gefahr“ vom Thron stoßen. Was wir nun auch wieder nicht möchten, weshalb wir beides mit allen Mitteln verdrängen. In Berlin hatte jemand die Fahne des Kaiserreichs dabei, ein anderer eine preußische. Reicht doch schon für „Nazi“, oder? Außerdem ist „Tag der Freiheit“ der Titel eines Leni-Riefenstahl-Films, wie der „Spiegel“ aufdeckt, womit erst recht alles klar ist.

Auf jeden Fall gilt es, den treuen Glauben an die zweite Welle am Leben zu halten. Das Problem: Die Deutschen warten schon ganz schön lange auf diese Welle. Die Vorgänge von Berlin zeigen, dass es immer mehr Bundesbürgern spanisch vorkommt, wenn sie sich von morgens bis abends vor einer angeblich akuten Gefahr fürchten sollen, die nicht eintreten will.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat die Lösung. Er spricht einfach jetzt schon von steigenden Infektionszahlen, und der Ärzteverband Marburger Bund verkündet, die zweite Welle sei schon da. Natürlich baut sich so eine Welle nicht von selbst auf. Aber glücklicherweise konnte die Zahl der Tests von der 24. bis zur 29. Kalenderwoche von 326.000 schrittweise auf 532.000 gesteigert werden. Und wo mehr getestet wird, da kommen auch mehr positive Ergebnisse heraus, so die Erwartung.

Trotz dieser Bemühungen blieb die Ausbeute bislang bescheiden: Ende Juli zeigt sich ein kleiner Buckel in der Linie der Neuinfektionen. Den hatten wir allerdings Mitte Juni auch schon mal, danach flachte alles wieder ab. Und der Anteil der positiven Ergebnisse von allen Tests fiel von der 24. bis zur 29. Kalenderwoche gar von 0,8 auf 0,6 Prozent. Selbst ein Wiederanstieg auf 0,8 von Hundert ließe sich schlecht als „statistisch erwiesene zweite Welle“ verkaufen.

Also muss man anders beweisen, dass Kritiker der rigiden Corona-Maßnahmen unrecht haben, nämlich, weil sie böse, dumm oder gefährlich sind. So will der ARD-„Faktenfinder“ ermittelt haben, dass gerade rechtsradikale Facebook-Gruppen die Zahl der Berliner Demonstranten besonders hoch ansetzen. Damit wären alle Kritiker der Maßnahmen entlarvt und damit auch die Kritik. Nun gilt es nur noch, die Deutschen Tag für Tag mit Horrormeldungen und Drohungen unter Dampf zu halten.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● **WORT DER WOCHE**

„Wir haben es mit einer neuen Form des Politjournalismus zu tun. An die Stelle der Neugier ist das Urteil getreten, an die Stelle der Frage die Verdächtigung.“

Jan Fleischhauer im „Focus“ (1. August) zum immer mehr um sich greifenden Kampagnen-Journalismus in Deutschland